



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhals pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Erscheinung: Sontags- und Feiertags-Nummern. Außerordentlich übernehmene alle Post-Entsendungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 241. Morgen-Ausgabe.

Seibzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 5. April 1889.

Zur Kritik des bürgerlichen Gesetzbuches.

I.

Vor einem Jahre ist der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich der öffentlichen Kritik übergeben worden. Dreizehn Jahre lang hatte die mit seiner Herstellung betraute Commission hinter verschlossenen Thüren ihrer gewaltigen Arbeit obgelegen, in tiefer Heimlichkeit hatte sich der Werdepocess des großen Werkes vollzogen. Nunmehr trat es in vollendeter Gestalt gleichsam geharnischt in die Schranken und forderte die ganze Nation heraus, ihm gegenüber Stellung zu nehmen. Nicht nur den Juristen erwuchs die Aufgabe, ihr sachmännisches Urtheil abzugeben, nicht allein Volkswirthe und Socialpolitiker können sich der Prüfung der wirtschaftlichen und socialen Grundlagen des Entwurfs nicht entziehen, sondern alle Stände, Klassen und Berufe, Adel, Landwirthschaft, Handel und Gewerbe, die Religionsgenossenschaften, die besitzlosen Volksschichten, kurz alle Lebenskreise, deren Interessen durch die neue Privatrechtsordnung in irgend einer Weise berührt werden, müssen sich die Frage vorlegen, inwieweit jene Interessen durch diese Ordnung geschützt, gefördert oder beeinträchtigt werden. So hat die Publication des Entwurfs den Anstoß zu einer mächtigen geistigen Bewegung gegeben, die äußerlich in einer immer stärker anschwellenden Litteratur zu Tage tritt. Wenn sich die Zahl der juristischen neuen Erscheinungen auf dem deutschen Büchermarkt im Jahre 1888 gegen das Vorjahr um 9 Procent, von 1369 auf 1490 erhöht hat, so ist dieser Zuwachs gewiß hauptsächlich auf Rechnung der zahlreichen Schriften zu setzen, welche der Entwurf bereits hervorgerufen, und denen noch die nicht minder zahlreichen Besprechungen desselben hinzutreten, die sich in den verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften zerstreut finden. Innerhalb dieser reichhaltigen Litteratur lassen sich im Wesentlichen zwei Standpunkte und bezw. Methoden unterscheiden. Die Einen lösen den Entwurf in seine Bestandtheile auf; nach dem Princip der Arbeitstheilung suchen sie den Gegenstand zu bewältigen, indem sich Viele vereinigen und jeder immer ein einzelnes Rechtsinstitut für sich allein auf seine Regelung im Entwurf hin untersucht und sich über die leitenden Gesichtspunkte und die speciellen Bestimmungen zustimmend oder tadelnd äußert und Verbesserungen in Vorschlag bringt. So hat der deutsche Anwaltsstand, so haben zahlreiche Rechtslehrer deutscher Hochschulen bereits eine größere Reihe derartiger Einzelgutachten veröffentlicht. Andere dagegen fassen den Entwurf als Ganzes ins Auge, sie treten mit großen grundsätzlichen Forderungen allgemeiner Natur an ihn heran und untersuchen, inwieweit er dieselben verwirklicht. Und wenn sie sich hierbei ebenfalls vielfach in die Erörterung von Einzelpunkten einlassen, so ist ihnen dies nicht Selbstzweck, sondern dient in erster Linie dazu, ihre Thesen mit Beispielen zu belegen.

So wenig nun die Tagespresse dazu berufen erscheint, sich an der Discussion der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs zu betheiligen, so dürfte es ihr doch andererseits wohl geziemen, die großen, allgemeinen Gesichtspunkte, die bisher zur Sprache gekommen, aus dieser Discussion herauszuheben und damit auch ihrem Leserkreise eine Anschauung von der Tragweite und Bedeutung der Fragen zu geben, die sich an die bevorstehende Codification unseres Privatrechts knüpfen.

Die erste von diesen Fragen ist: ob die Fassung des Entwurfs, die Sprache, die er redet, die Form, in der sein Inhalt sich verkörpert, eine solche ist, wie sie dem künftigen Gesetzbuche geziemt. Die Aufgabe, die sich die Commission hierbei selbst gestellt hatte, war „in der Formulierung der auszunehmenden Rechtsätze sich gleichmäßig von einer gelehrten Geheimsprache, wie von einer die unentbehrliche technische Bestimmtheit und Genauigkeit verweisenden sogenannten Populärform fernzuhalten, vielmehr gebrungene Kürze und eine zwar gemeinverständliche, aber in consequenter Technik durchgeführte Rechtssprache zu erstreben“. Inwieweit dies Streben der Commission erfolgreich gewesen, hat — außer Gierke, dessen Ausführungen jedoch in einem anderen Zusammenhang besprochen werden sollen — am eingehendsten Dr. Ludwig Goldschmidt, ein Breslauer, gegenwärtig Gerichts-Assessor und Privatdocent in Göttingen, in einer größeren Abhandlung kritisch erörtert. Er geht davon aus, daß es in erster Linie die weiten Kreise des Volkes sind, an deren Adresse der Gesetzgeber seine Normen richtet, daß er sich daher einer Sprache bedienen müsse, die bei aller specifisch juristischen Präcision es doch vor allem dem Volke ermöglicht, wenigstens den unmittelbaren Gehalt des Gesetzes durch eigene Geistesthätigkeit in sich aufzunehmen. Der Entwurf aber habe weder jene Präcision noch diese Gemeinverständlichkeit erreicht. Die gebrungene Kürze sei verloren gegangen, einmal durch das Streben, mit der Fassung jeder Norm alle denkbaren und selbst undenklichen Möglichkeiten zu decken, und sodann durch den Gebrauch nicht nur von bestimmten technischen Bezeichnungen, sondern von ganzen umständlichen typischen Wendungen, deren beständige Wiederholung den Entwurf mit schleppender Schwere belaste und er nicht überall gelingen, absolute Correctheit des Ausdrucks zu erzielen, den Wechsel der Bedeutung einer und derselben technischen Bezeichnung zu vermeiden und den gleichen Gedanken überall durch denselben Ausdruck wiederzugeben, um so mißverständlichen Auslegungen vorzubeugen. Noch viel weniger aber könne von Volksthümlichkeit der Fassung die Rede sein. Vielmehr werde der Geist der deutschen Sprache in dem Entwurf in einer Weise mißhandelt, wie noch nie zuvor. Ein überaus häufiges Mißtrauen gegen die künftig zur Interpretation des Gesetzes Berufenen habe dahin geführt, alle Ausdrücke des gewöhnlichen Lebens, die eine unmittelbare concrete Vorstellung erwecken, und eben darum im juristischen Sprachschale des Volkes heimisch geworden, auszumärzen, die Gesetzesprache gleichsam zu entkörnern und zur blutleeren Abstraction sich verflüchtigen zu lassen. Vor vielen Sätzen des Entwurfs stehe auch der gebildete Laie wie vor einem kunstvoll aufgebauten Räthsel, und selbst der Jurist bedürfe einer complicirten Geistesthätigkeit, sich ihres Inhalts zu bemächtigen. Die Unvollständigkeit werde noch erhöht durch Gespreiztheit und Gefühlseltheit des Ausdrucks, das Streben nach Correctheit arte in Pedanterie und Schablonenhaftigkeit aus. Zahlreiche Bestimmungen des Entwurfs bilden kein in sich ge-

schlossenes, aus sich verständliches Ganze, sondern weisen über sich selbst hinaus, entweder im Wege der Fictiven, von denen der Entwurf wimmelt, oder durch Citate anderer Paragraphen, die eine „entsprechende Anwendung“ finden sollen, und ihrerseits nicht selten wieder auf andere Paragraphen Bezug nehmen, so daß mitunter Verweisungen in fünfter und sechster Potenz vorkommen. Endlich seien durch Einschachtelung aller möglichen Voraussetzungen und Vorbehalte vielfach wahre Satzungenstümpfe entstanden; eben so häufig weise der Entwurf unschöne und selbst sprachwidrige Ausdrücke und Wortbildungen, Geschmackslosigkeiten, Pleonasmen, Tautologien und dergl. auf. Und zwar seien gerade diejenigen Materialien, bei denen die Volksthümlichkeit am wenigsten entbehrt werden könne, wie das Familien- und Erbrecht, noch weiter von ihr entfernt, als das Obligationenrecht und der Allgemeine Theil des Gesetzbuches. Einen weiteren Grundfehler des Entwurfs findet Goldschmidt darin, daß derselbe die richtige Grenze zwischen Gesetzgebung und Rechtslehre nicht überall inne gehalten, vielmehr oft verwirrt und verwirrt habe. An Stelle von Rechtsätzen biete er Lehrsätze, an Stelle von unmittelbar praktischer Anwendung fähigen Vorschriften wissenschaftliche Abstractionen, Distinctionen und Conclusionen, Denkregeln ohne positiv rechtlichen Gehalt. Häufig begnüge er sich nicht, einen Grundsatz aufzustellen, sondern spreche einzelne Consequenzen desselben, die sich logisch von selbst daraus ergeben, in besonderen Sätzen aus. Dadurch werde nicht nur Ueberflüssiges in das Gesetz gebracht und die Durchsichtigkeit und Uebersichtlichkeit desselben gestört, nicht nur die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung verkümmert, der allein die Aufgabe zufalle, aus den allgemeinen Gesetznormen die darin begrifflich enthaltenen Folgesätze methodisch zu entwickeln, sondern es entstehe auch die Gefahr, daß die vom Gesetz besonders statuirte Consequenz einer Rechtsregel eben deswegen nicht als Anwendung derselben, sondern als Ausnahme erscheint und so die Stellung des Gesetzes zu der betreffenden Materie in ein falsches Licht setze.

Zum Beweise seiner Anklagen begnügt sich Goldschmidt nicht mit dem Herausgreifen besonders crasser Beispiele, vielmehr durchspült er in jedem einzelnen Abschnitt seiner Schrift das ganze Feld des Entwurfs von Anfang bis zu Ende und stößt auf Schritt und Tritt an feinstes, unfruchtbares Geröll, er stellt eine wahre „Reporrelliste“ von Ungenauigkeiten, Zweideutigkeiten, Irrthümern, Sprachfehlern, Curiositäten u. s. w. zusammen und versichert, dieses Sündenregister leicht vervielfältigen zu können. So gelangt er denn zu dem Schlusse, daß es ein nationales Unglück wäre, wenn der Entwurf so, wie er vorliegt, zum Gesetze erwürde.

Ob dieser Schluß gerechtfertigt ist und ob die Vorschläge zu einer Um- und Ueberarbeitung des Entwurfs, welche Goldschmidt an seine Kritik knüpft, Zustimmung verdienen, bleibe späterer Erörterung vorbehalten. Zunächst soll in einigen weiteren Artikeln eine Anzahl der wichtigsten materiellen Bemängelungen des Entwurfs zur Sprache kommen und erst dann eine zusammenfassende Beurtheilung der gegen den Entwurf erhobenen Ausstellungen versucht werden. Dr. H.

Deutschland.

○ Berlin, 3. April. [Boulangers Flucht.] Das Drama, welches den Titel Boulanger führt, nimmt mit künstlerischer Steigerung des Interesses seinen Fortgang. Wie oft ist nicht in den letzten Jahren der Name des „tapferen Generals“ genannt worden, der jetzt sein Heil in der Flucht gesucht hat! Es muß wohl wahr sein, daß Boulanger zu einer Gefahr für den Staat geworden war, wenn die französische Regierung sich zu Maßregeln verleitete, welche aller Grundzüge eines Rechtsstaates und gar einer demokratischen Republik spotteten. Boulanger hat sich der geplanten Verhaftung durch seine Flucht nach Brüssel zu entziehen gewußt, und einige republikanische Blätter jubeln auf, als sei nunmehr der Staat endgiltig gerettet. Aber wir fürchten, die Proclamation Boulangers wird in Frankreich mehr Klänge finden als der Jubel der Opportunisten. Denn ist es nicht wahr, was Boulanger sagt, daß man Ausnahmegeetze gegen ihn schmiedete, daß man ihn vor Ausnahmegerichte stellen wollte, nicht weil man ihn eines Verbrechens überführen konnte, sondern weil man vergebens nach einem Verbrechen suchte, dessen man ihn mit einiger Aussicht auf Erfolg vor den ordentlichen Gerichten anklagen konnte? Noch heute weiß man nicht, was Boulanger gethan, wie er die Gesetze übertreten, mit welcher Handlung er den Wunsch seines Herzens durch ungeheuerliche Gewalt in die That zu übertragen suchte. Denn daß er die Wähler bearbeitete, daß er nach der höchsten Macht im Staate geizte, daß ist im Sinne des Strafrechts kein Verbrechen. Hätte die Regierung Beweise für eine verbrecherische Thätigkeit Boulangers, so hätte sich auch der Generalsstaatsanwalt Bouché der Anklage nicht geweigert. Dann hätte auch die Regierung mit der Verhaftung nicht bis heute gezögert. Dann hätte nicht erst ein Ausnahmegezezt zur Verurtheilung Boulangers geschaffen werden müssen. Thatsächlich befindet sich die republikanische Regierung auf einer schiefen Ebene. Sie hat den Boden des gemeinen Rechts verlassen und Gewalt zu üben versucht, welche dadurch nicht besser wird, daß sie in den Formen des Gesetzes gekleidet werden soll. Man mag dem General jetzt vorwerfen, daß er mit Sir John Falstaff die Vorsicht für den besseren Theil der Tapferkeit halte. Aber er müßte geradezu verblendet und albern sein, wollte er sich dem Senat, seinen geschworenen Gegnern, als Angeklagter stellen, um sich unfehlbar nach Neu-Caledonien deportiren zu lassen. Die Reise nach jenem Eilande dauert lange Zeit, und die Wahlen zur neuen Kammer müssen spätestens in diesem Herbst erfolgen. Bis dahin wird sich auch das Geschick derer entscheiden, welche jetzt Boulangers Ankläger und Richter sind. Und bis dahin kann auch Boulanger getrost im Auslande weilen, wo er seine Ziele nicht minder gut verfolgen kann, als in Frankreich selbst. Wir vermögen den Vortheil, den die republikanische Partei durch die Entfernung Boulangers gewonnen haben soll, schlechterdings nicht zu erkennen. Im Gegentheil, in wenigen Tagen dürfte sich schon zeigen, daß der Nachtheil überwiegend auf Seite der Verfolger ist. Boulanger ist man einseitig los, aber der Boulangismus ist geblieben und wird durch die neuesten durchaus reactionären Maßregeln der französischen Regierung nur gefördert. Zudem hat die Republik ein sehr böses Beispiel für die Zukunft gegeben. Was werden nach dem nächsten Staatsstreich die

Republikaner zu erwidern haben, wenn man sie selbst vor Ausnahme-gerichte stellt und nach einer gründlichen Reinigung aller Justizbehörden die heutigen Ankläger auf so windige Bezeichnungen hin nach Cayenne deportiren läßt, wie sie der Anklage gegen Boulanger zu Grunde liegen?

[Von der angekündigten Preß- und Strafnovelle.] Scheinen selbst die Conservativen wenig erbaut zu sein. Die „Conf. Corr.“ meint, „daß es manche Materien giebt, an deren gegenwärtige, auf einem Gebot der Religion beruhende oder in dem bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystem begründete Ordnung wir nicht rühren lassen wollen, deren Begriffsinhalt aber in einer Form festzustellen und in das Strafgesetzbuch einzuführen, die den Unterschied zwischen einer berechtigten und unberechtigten Erörterung oder Reformanregung ganz klar in die Augen springen läßt, ein bisher ungelöstes Problem ist.“ Das Eigenthum sei „gegen jeden gewaltthätigen Eingriff durch das gegenwärtige Strafgesetzbuch ja vollkommen geschützt, die „Anreizung zu einer Umwälzung der bestehenden Eigenthumsordnung“ aber ein so vieldeutiger Begriff, daß sich mit einer so zugepißten Strafbestimmung auch die legitimste, vor die Öffentlichkeit gebrachte Gedankenarbeit des Socialreformers todtschlagen ließe.“ Die „Conf. Corr.“ faßt ihr Urtheil schließlich dahin zusammen: „Wir glauben nach alledem, daß der Gedanke, die Umsturzbestrebungen nicht mit einer Specialgesetzgebung, sondern mit Paragraphen des gemeinen Strafrechts zu bekämpfen, nur dann Aussicht auf Billigung und Erfolg hat, wenn das mit einem besondern Schutz zu umgebende Gebiet mit wenigen, einfachen und ganz klaren Formeln bezeichnet werden kann und — man trotz dieser Beschränkung das erstrebte und vorgezeichnete Ziel sicher erreichen zu können glaubt.“

[Flaggen- und Salut-Reglement.] Der Kaiser hat unter dem 26. März d. J. folgende Cabinets-Ordre, betreffend das Flaggen- und Salut-Reglement, erlassen:

Ich bestimme, daß der commandirende Admiral als Commandozeichen die Admiralsflagge mit der Kaiserkrone nach dem von Mir genehmigten Muster zu führen hat. Dieselbe ist nach den §§ 6, 7a und 34 des Flaggen- und Salut-Reglements von 1878 gleich der früheren Flagge des Chefs der Admiralität, welche in Fortfall kommt, zu führen und zu salutiren. Der Staatssecretär des Reichs-Marineamts führt als Flagge die Admiralsflagge mit zwei gekreuzten goldenen Antern im unteren Felde nach dem von Mir genehmigten Muster. Diese Flagge ist im Großtopp und im Boot zu führen, jedoch nicht als Commandozeichen, sonst aber nach den Bestimmungen des Paragraphen 34 des Flaggen- und Salut-Reglements gleich der früheren Flagge des Chefs der Admiralität zu behandeln und mit 15 Schuß zu salutiren. Sie haben hiernach das Flaggen- und Salut-Reglement zu vervollständigen. Berlin, den 26. März 1889. Wilhelm.

An den Chef der Admiralität.

[Die Geschenke des Sultans von Marokko.] An den Kaiser und die Kaiserin, welche vor einigen Wochen in feierlicher Audienz im Berliner Schloß überreicht wurden, sind jetzt im Lichthofe des königlichen Kunstgewerbe-Museums ausgestellt. Es sind, wie die „Nat.-Ztg.“ schreibt, Teppiche, seidene Gewänder, gestickte Decken, gestickte Pantoffeln, vier Flinten und ein Säbel. Wenn dem Gesandten nach der Sitte des Orients die Ablicht zu Grunde liegt, dem Deutschen Kaiser eine Probe von dem Besten zu überbringen, was Marokko auf dem Gebiete der industriellen Thätigkeit zu leisten vermag, so giebt die Ausstellung den Beweis, daß die marokkanische Kunst gegenwärtig bereits bedenklich durch das Beispiel der europäischen Fabrikwaren ihren selbstständigen künstlerischen Charakter eingebüßt hat. Die sechs großen Knüppelteppiche sind nur wegen ihrer außergewöhnlichen Größe bemerkenswerth. Jeder dieser Teppiche ist so lang, daß er die ganze Höhe der Bogenstellungen des Lichthofes bedeckt. Doch statt des zarten Schimmers der Pflanzenfarben, welche den Reiz der orientalischen Teppiche ausmachen, sind hier die billigen, grell und bunt wirkenden europäischen Anilinfarben verwendet. Von der zarten Harmonie der Farben der echten alten Knüppelteppiche aus Kleinasien oder Persien ist hier keine Rede. Auch die Knüpfarbeit selbst ist nicht vom besten, denn die Teppiche hängen windisch in Falten herunter. Auf dem Fußboden ausgebreitet, würden sie gar keine gerade Fläche bilden. Der grelle Eindruck dieser großen bunten Flächen ist durch die geschickte Aufstellung im Kunstgewerbe-Museum so viel als möglich vermindert. Während sonst in den Teppich-Ausstellungen die Schönheit der Arbeit gerade dadurch zur Geltung gebracht wird, daß man die Gewebe in ihrer ganzen Ausdehnung frei herabhängen läßt, sind in dieser Ausstellung die breiten, bunten Teppichflächen zum Theil mit Geweben und Stidereien in gefälliger, malerischer Anordnung bedeckt. Da hängen in schrägen Linien, etwa wie die Thürbeklänger eines Zeltes, die seidnen Shawls der marokkanischen Frauengewänder, und darunter die aus schwerem Goldbrokat gewebten Pferdebeden. An den Balustraden daneben hängen die zu den Frauengewändern gehörigen kolossalen Leibbinden aus Goldbrokat. Jede dieser Binden bedeckt einen ganzen Pfalter. Auf den Stufen davorstehen die im Viereck zusammengestellten langen arabischen Flinten. Diese ganze Gruppe bietet ein anziehendes materielles Bild dar. Am meisten überraschen die wunderlichen Leibbinden. Die etwa einen Fuß breiten, von der oberen Gallerie bis auf den Fußboden herabhängenden Binden sind folgendermaßen gemalt: Die Fäden, welche die Kette bilden, sind auf beiden Hälften verschieden gefärbt. Dadurch wechselt in der Mitte die Farbe des Grundes. Auch die Webmuster sind auf beiden Hälften verschieden. Jedes der fünf Frauengewänder besteht aus einer solchen Leibbinde und drei langen seidnen Shawls. Die Letzteren sind dünn und durchsichtig gewebt, so daß sie nach unseren Anschauungen mehr den Eindruck eines Schleiers als den eines Gewandes machen. Unter den Gewändern befinden sich auch einige seidene Shawls mit eingewebten Friesenstreifen. Dieselben sind wohl die Bestandtheile des Burnus, des Ueberwurfs der Männerkleidung der Beduinen in Afrika. Die Brokatmuster der Pferdebeden zeigen eine so merkwürdige Uebereinstimmung mit den maurischen Ornamenten der Alhambra, daß man hier eher auf eine absichtliche Nachahmung des Alhambra-Stils als auf die naive Kunstthätigkeit der marokkanischen Hausindustrie schließen möchte. In deutschen und schweizerischen Webereien pflegt man in solcher Weise den Mustern der für den Orient bestimmten Gewebe den Stempel des Orientalischen zu geben. Erwähnt seien ferner die kleinen gestickten Decken, welche im Orient zum Aufstellen der Getränke oder des Tischs auf den niedrigen Tabourets oder auf dem Teppich benutzt werden; ferner die gestickten Bezüge zu kleinen runden Polsterstühlen; ferner zehn Paar Pantoffeln mit reicher Goldstickerei auf rothem Sammet. Die Flinten haben die charakteristische Form, welche im ganzen arabischen Orient vorkommt: den langen durch Lauchschirbe oder durch aufgenietete Bänder aus Gold- oder Silberblech verzierten Lauf und die kleinen zierlich ausgeschweiften, mit Eisenbein-Ornamenten ausgelegten Kolben. Die Lauchschirbe ist nicht die alte solide Arbeit, bei der die Gold- und Silberfäden in die gravirten Furchen der Eisenflächen eingestickt wurden, sondern eine weniger dauerhafte Herstellungsart. Die zu verzierende Eisenfläche wird wie eine Feile rauh gemacht. Die Silber- oder Goldbrokate werden entsprechend den Linien des Musters aufgelegt und dann das Ganze glatt geschämmert. Die Ausstellung ist in Vertretung des Professors Kesting, der sich auf einer Studienreise in Konstantinopel befindet, von Dr. v. Falke veranstaltet.

* Kritische Erörterungen zum Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich. Heft 1: Die formalen Mängel. Leipzig, 1889. Verlag von Duncker u. Humblot.

[Wegen unbefugter Annahme eines ärztlichen Titels] hatte sich gestern der Dr. med. et chir. Jilz vor der VI. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte hat f. z. in Bonn Medicin studirt und promovirt an der dortigen Universität zum Dr. med. et chir., hat jedoch ein medicinisches Staatsexamen nicht abgelegt. Er betreibt das nach der Gewerbeordnung Jedermann freistehende Gewerbe der Heilung von Krankheiten und bezeichnet sich bei jeder Gelegenheit als „Doctor der Medicin, Chirurgie und Geburtshilfe.“ In der Aufnahme der letzteren Bezeichnung erblickt das Schöffengericht eine auf Täuschung des Publikums berechnete Annahme des Titels einer geprüften Medicinalperson und verurtheilt den Angeklagten zu 20 M. Geldbuße. Derselbe legte hiergegen ein und behauptete vor der Strafkammer, daß der von ihm gewählte Titel, welcher lediglich eine Uebersetzung der ihm in seinem Doctordiplom in lateinischer Sprache zugesprochenen Würde sei, unmöglich das Publikum täuschen könne, da sich eine geprüfte Medicinalperson niemals in dieser Weise bezeichne. Die Berufungskammer erkannte aber doch auf Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten nicht für befugt, sich als Geburtshelfer auszugeben und meinte, daß das Publikum gerade durch diese Bezeichnung in der That leicht getäuscht werden könne.

[Die Festnahme einer vierzehnjährigen Holländerin] aus dem Haag macht in Köln großes Aufsehen. Das Mädchen, Konstante Hoppel, die Tochter einer sehr achtbaren Kaufmannsfamilie aus der holländischen Hauptstadt, hatte vor kurzer Zeit die Bekanntschaft eines achtzehnjährigen jungen Mannes, des Sohnes eines Kölner Musik-Instrumentenfabrikanten gemacht, und Beide waren in inniger Liebe zu einander entbrannt. Man schrieb sich Liebesbriefe, bedauerte die Trennung und weite Entfernung und dergl. Schließlich konnte es das Mädchen, welches noch die Schule besucht, vor Sehnsucht nicht mehr aushalten. Die junge Dame verschaffte sich das nöthige Reisegeld und fuhr, als ihre Eltern annehmen, sei sie zur Schule, mit der Eisenbahn, die Schulbücher unter dem Arm, nach Köln. Einer ihr bekannten Frau aus dem Haag, welche zufällig in demselben Coupée fuhr, erzählte sie eine ganz ungläubliche Entführungsgeschichte, durch welche ihre Reise nach Köln veranlaßt sei. Sie gab an, man habe sie im Haag entführt und mit verbundenen Augen an einen Ort gebracht, wo ihr mitgetheilt worden sei, daß sie nicht Hoppel heiße, und daß ihr richtiger Vater in Köln wohne; man habe ihr Reisegeld gegeben, daß sie in die Arme ihres wahren Vaters zurückkehren könnte. Bei der Ankunft des Zuges in Köln trat ein Criminalbeamter an den Wagen, fragte sie nach ihrem Namen und wies ihr eine Drachmehelung ihres Vaters vor, worin dieser der Polizei mittheilte, daß das Mädchen seinen Eltern entlaufen und wahrscheinlich nach Köln zu ihrem „Schatz“ gereist sei. Der Vater hatte rechtzeitig erfahren, daß seine Tochter statt in die Schule zur Bahn gegangen war. Der durch den Draht von der Festnahme benachrichtigte Vater holte die junge Ausreißerin in Köln ab und fuhr mit ihr nach Holland zurück.

[Militär-Wochenblatt.] Köhnenmann, Sec.-Lt. vom 3. Oberstl. Inf.-Regt. Nr. 62, auf ein Jahr zur Dienstzeit, bei dem Festungsbesatzung in Wesel commandirt. v. Busse, Pr.-Lieut. vom Dragoner-Regt. König Friedrich III. (2. Schl.) Nr. 8, in das 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, Lubendorf, Pr.-Lt. vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, unter Befehl in dem Commando als Bureauchef und Bibliothekar bei der Kriegsschule in Engers, in das Drag.-Regt. König Friedrich III. (2. Schl.) Nr. 8, verlegt. v. Voigts-Rheß, General der Art. und Gen.-Inspector der Feld-Art., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pension zur Disp. gestellt; derselbe verbleibt auch ferner a. la suite des 1. Garde-Feld-Regts. Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Herzog zu Sachsen, Goethe, Oberst und Commandeur des Kaiser Franz-Garde-Regts. Nr. 2, unter Beförderung zum Gen.-Major, vorläufig ohne Patent, und unter Beförderung a. la suite des 6. Thüring. Inf.-Regts. Nr. 95, zum Commandeur der 4. Garde-Inf.-Brig., v. Mikulich-Buchberg, Oberst und Chef des Generalstabes des XIV. Armeekorps, zum Commandeur des Kaiser Franz-Garde-Regts. Nr. 2, ernannt. Leitz, Oberst z. D., zuletzt Commandeur des jetzigen Feld-Regts. von Clausen (Oberstl.) Nr. 21, der Charakter als Gen.-Major verliehen. Baron von Collas, Gen.-Major und Commandeur der 4. Garde-Inf.-Brig., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disp. gestellt. v. Sobbe, Major von der 3. Gen.-Brig., mit Pension und der Uniform des Drag.-Regts. von Arnim (2. Brandenburg.) Nr. 12 der Abschied bewilligt. Stauch, Zahlmeister vom 1. Bat. Grenadier-Regts. Kronprinz Friedrich Wilhelm (2. Schl.) Nr. 11, auf seinen Antrag zum 1. April b. z. mit Pension in den Ruhestand versetzt. Zahlmeister: a. verlegt: Jacobi vom 3. Bat. Inf.-Regts. von Grolman (1. Polen.) Nr. 18, zum 1. Bat. 4. Oberstl. Inf.-Regts. Nr. 63, b. infolge Ernennung überwiesen; Schöps dem 2. Bat. Inf.-Regts. Nr. 132.

Schweiz.

[Die neue Pilatusbahn] wird demnächst eröffnet werden. Ihr Unterbau besteht aus einer von unten bis oben durchlaufenden, mit Granitplatten und Kalkschalung gedeckten Mauerung, die auf Steingewölben

über zahlreiche Bäche und Schluchten steht. Theils über diese kurzen Brücken, theils durch Tunneln führend, die überaus höchsten Aus-, Tief- und Rückblicke gewährend, scheint die ganze Linie in die Luft gebaut zu sein oder doch nur lose anzuleben. Mit jenem eigenthümlichen Gefühl, das zusammengeführt ist aus ruckhaltiger Bewunderung und einem heimlichen Grauen, befährt man zum ersten Mal die Strecke, hart an den Felsabgründen vorbei; doch bald kommt das Bewußtsein völliger Sicherheit, hervorgerufen durch den äußerst festen Unterbau und die gleichmäßige, ruhige Arbeit der Maschine, welche durch eine selbstthätige Bremse sofort zum Stillstand gebracht wird, wenn das Fahrzeug, das ein Dienstgewicht von 10500 Kilogramm hat, die vorgesehene Geschwindigkeit von 1 Meter in der Secunde überschreiten sollte. Diese Hemmungsrichtung gestattet dem aus der Locomotive und einem Personenwagen von 32 Sitzplätzen bestehenden Zug, auf einem Centimeter Schienenlänge anzuhalten. Nach einer Fahrt von 1 Stunde und 20 Minuten, die im letzten Theil durch Felsengalerien des Pilatushochmassivs führt, endet die 4 Kilometer 618 Meter lange Bahn in jener Gasse, wo bisher das „Hotel Bellevue“ stand, auf einer Höhe von 2070 Metern über Meer, nur 63 Meter unter dem höchsten Gipfel und der am häufigsten besuchten Spitze des Pilatusgebirges, dem Tomlishorn. Tritt man dort aus der Bahnhofshalle, so sieht man Luzern, den Vierwaldstätter See und genießt eine ungemeine Aussicht in den Norden und Osten. Eine bequeme, sichere Felsengalerie von 1250 Metern Länge führt auf das Tomlishorn, ein guter Bergpfad nach dem Esel, dem Oberhaupt, dem Matterhorn und dem Kilmferhorn. Man hat schon die Ansicht geäußert, daß nun der Pilatus ein Nebenbuhler des Rigi werde, doch mit Unrecht; denn für einen längeren Aufenthalt im Gebirge wird der Rigi der bevorzugte Berg bleiben, wozu er sich durch seine grünen Matten, seine herrlichen Tannenwälder eignet. Auf dem Pilatus dagegen ist man in der ausgeprägtesten Hochgebirgsnatur. Nach Alpnach, dem Ausgangspunkte der Pilatusbahn, kann man von Zürich, Luzern und Interlaken in kürzester Frist gelangen.

[Freisprechung.] Wie man sich erinnern wird, plakte im vergangenen Jahre bei Montreux ein Wasserbehälter, und den entsefelten Fluten fielen mehrere Menschenleben zum Opfer. Verschiedene Personen wurden darauf unter Anklage gestellt, weil sie die für die Festigkeit des Behälters vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln verabsäumt haben sollten und deshalb für das entstandene Unglück verantwortlich gemacht wurden. Indessen sind sämtliche Angeklagte freigesprochen worden.

Frankreich.

[Ueber den Zwischenfall] bei der Verhandlung gegen die Patriotenliga berichtet die „Voss. Ztg.“: Als der Staatsanwalt Lombard sagte, die Angeklagten seien keine Republikaner, erhob sich Laguerre und rief: „Ich lasse nicht sagen, daß ich kein Republikaner bin.“ Lombard: „Und ich erlaube Ihnen nicht, mich zu unterbrechen.“ Déroutède: „Sie sind bumm und tödlich.“ Laissant: „Man verurtheile uns, aber man zerre uns nicht in den Roth!“ Raquet: „Lassen wir doch diesen Herrn geistern, wie es ihm beliebt.“ Lombard beantragt Raquets Bestrafung wegen dieser Beleidigung, Raquet nimmt auf Vorstellung des Vorsitzenden seinen Ausdruck zurück, den ihm der Unwille entrisen habe. Laguerre: „Ich verlasse den Saal, wenn der Staatsanwalt diesen Ton beibehält.“ Déroutède: „Gehen wir fort.“ Schließlich beruhigen sich die Angeklagten auf Zureden des Vorsitzenden und Lombard kann die Anklage weiter entwickeln.

Großbritannien.

London, 2. April. [In der gestern wieder aufgenommenen Untersuchung wider Parnell und Genossen] vor der Drei-Richter-Commission begann vor vollen Tribünen Sir Charles Russell, der Hauptanwalt der Parnelliten, sein Plaidoyer, welches wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte. Er begann mit einem Hinweis darauf, daß die Commission jetzt ihre 63. Sitzung erreicht habe. Ueber 340 Zeugen seien vernommen worden, darunter 114 Polizeibeamte, zahlreiche Grundbesitzer und Gutsverwalter, 18 Angehörige (darunter einige Feiery), ein irischer Priester u. s. w., deren Aussagen größtentheils mit der eigentlichen Streitfrage nichts gemein hätten. Der Nachweis der Fälschung der Briefe hätte die Untersuchung ihres ganzen Markes beraubt. Ohne diese Briefe würde eine solche Untersuchung schwerlich beschloffen worden sein. Diese Briefe wären die einzige Grundlage gewesen, auf welche sich die rücksichtslosesten und verleumdendsten Anklagen stützten. Wer seien die Angeklagten? 65 an Zahl, bildeten sie die Mehrheit der Vertreter Irlands im Parlament. Man hätte ebenso gut die übrigen 20 Mitglieder der Partei Parnells auf die Anklagebank stellen können, denn sie unterschieden sich in nichts von den angeklagten 65. Schon Burke habe gesagt, daß man nicht eine ganze Nation in Anklagezustand versetzen könne. Seit den letzten 10 Jahren sei in Irland eine große Revolution im Gange und

die Richter des Ausschusses säßen thätig über eine Revolution zu Gericht. Wer seien die Ankläger? Ein Syndicat, welches man die „Times“ nenne, ein Blatt, welches, wenn es in nichts anderem consequent war, consequent in seiner unerbittlichen Feindseligkeit gegen die Sache des irischen Volkes gewesen. Vor länger als einem halben Jahrhundert drückte die „Times“ ihr Ersauern darüber aus, daß Lord Mulgrave, der damalige Vizekönig von Irland, „jenen gefährlichen und verleumdenden Buben“ O'Connell beiseite zu schieben geladen habe. In dieser Phrase läge der Schlüssel zu der ganzen Mißverwaltung Irlands. Glücklichweise sei es das Loos der „Times“ gewesen, den Erfolg jeder Sache zu fördern, welche sie befämpfte. Als die Conservativen 1885 mit den Parnelliten liebäugelten und einen Bund mit ihnen schloffen, hätte man nichts davon gehört, daß die Parnelliten die directen Mithandlungen von Verbrechen seien, auch nicht als Lord Carnarvon während seiner Amtszeit als Vizekönig von Irland mit Viscount Salisbury's Justin McCarthy und Parnell betreffs der Verwaltung Irlands zu Rathe zog. Die Anklage behauptete, die nationalitische Bewegung in Irland wäre betrieben worden mittels eines organisierten Nord- und Ausbreitungssystems, welches die Führer der Bewegung sorgfältig berechnet und tactvoll angewendet hätten. Wenn so, warum habe die Regierung diesen Männern nicht in einem Criminalgerichtshof den Proceß gemacht? Wahrscheinlich wußte sie, daß sie damit nicht durchgebrungen wäre. Nach einigen abfälligen Bemerkungen über die Weise, in welcher der Generalanwalt die Sache der „Times“ geleitet, behandelte Sir Charles zunächst die politische und historische Seite des Falles, wobei er hervorhob, daß Irland schon vor der Gründung der Landliga in 1879 kein Paradies war und daß mit landwirthschaftlichen Nothlagen und der Expropriation der Grundbesitzer stets Agrarverbrechen Hand in Hand gingen. Die Unionsacte habe wohl die Legislaturen Großbritanniens und Irlands mit einander vereinigt, aber die Völker dieser Länder entzweit. Das Feindthum artele allerdings in einen Nordbund aus, aber Parnell habe die Bestrebungen Irlands wieder in verfassungsmäßige Bahnen gelenkt. Mit seltener wiederkehrenden Nothständen hätten sich auch die Agrarverbrechen vermindert. Wiederholt betonte Sir Charles Russell, daß es sich lediglich um eine irische Revolution handle, deren Früchte Agrarverbrechen wären, welche in der Zeit entstanden, wo der Bedrückung der Grundbesitzer nicht gesteuert wurde. Durch Citate aus den Werken Froude's, Lecky's, Goldwin Smith's und Anderer suchte der Redner auch den Nachweis zu führen, daß Irland schlecht verwaltet wurde und daß die verübten Verbrechen größtentheils auf agrarische Ursachen zurückzuführen seien.

Rumänien.

[Ueber die Ausweisung russischer Unterthanen aus Rumänien] wird dem „Bett. A.“ aus Bukarest vom 31. März geschrieben: „Seit dem Regierungsantritte des Ministeriums Mostet-Carp und auf Grund des Freundschaftsvertrages vom Jahre 1881 sind außer dem durch ein Attentat auf den Minister Radosovich berichtigt gewordenen früheren Beamten der hiesigen bulgarischen Agentie, Kisselew, noch drei Serben und ein Montenegro und endlich drei Russen ausgewiesen worden. Die Ausweisung der Serben und des Montenegro erfolgte wegen feindseliger Agitationen gegen die Ruhe und Sicherheit befreundeter Nachbarstaaten, während die erwähnten drei Russen, darunter die Brüder Zaritschik, überwiesen waren, bei Betrieb ihres Geschäftes als Bilderhändler zugleich die Rolle politischer Spionagen unter der rumänischen Bauernschaft gespielt zu haben. Sie hatten diesen die baldige Rückkehr der russischen Truppen, die Zuteilung von Grundbesitz durch den Zar als den allmächtigen Beschützer der orthodoxen Welt und dergleichen Dinge in Aussicht gestellt; und wenn auch die hiesige Regierung diese Ausstreuungen nicht für genügend anjah, um daran politische Recriminationen zu knüpfen, so kann doch sicherlich Niemand daran Anstoß nehmen, daß sich Rumänien derlei Bauernverheer auf kürzestem Wege vom Halse zu schaffen suchte. Doch hat man auch in Rumänien seit den Bauernrevolten des letzten Frühjahrs Gelegenheit und Veranlassung genug gehabt, auf das Treiben der russischen Bilderhändler, der sog. Zonaren, ein aufmerksames Auge zu richten, so ist doch vollständig unrichtig, was in hiesigen und fremden Blättern über die Massenausweisung dieser Leute berichtet wurde. Wahr ist nur, daß dieselben das Betreten der rumänischen Dörfer auf Grund des Hausvertrages verboten wurde, welches allerdings den Handel mit Heiligenbildern und mit Gegenständen der heimischen Hausindustrie vom Hausverbot ausnimmt, aber deshalb nicht gestattet, daß fremde Händler mit Heiligenbildern gleichzeitig auch der leichtgläubigen Landbevölkerung die miserablen, grell colorierten Bilder fremder Souveräne, Generale und Staatswürdenträger aufschwängen dürfen. Nun erklärten zwar die vom vorerwähnten Verbot betroffenen russischen Zonaren, daß sie auf den weiteren Betrieb ihres Geschäftes im Lande verzichteten und Rumänien verlassen wollten. Dagegen hatte natürlich die hiesige Regierung ganz und gar nichts einzuwenden. Nur wurde den auswanderungslustigen Bilderhändlern bedeutet, daß sie ihre Rückreise nach Ausland nicht auf einem Wege nehmen dürfen, welcher sie durch die Dörfer Rumäniens führt und denselben zur Vermeidung eines jeden Mißverständnisses eine entsprechende Route vorgeschrieben. Von Ausweisungsberechnungen war in diesen Fällen, wo es sich um die freiwillige Rück-

Nachdruck verboten.

Friedrich der Große und der Kaffee.

Es war eine gute alte Zeit, als unsere Altvordern statt des Kaffees, den sie nicht kannten, ihr Warmbier tranken oder eine Mehlsuppe aßen. Für manche Theile unseres Vaterlandes ist diese Zeit noch gar nicht so lange verstrichen. Zwar schon im 17. Jahrhundert drang der Kaffee nach Deutschland und machte sich im Westen heimisch, allein erst im siebenjährigen Kriege nahm er seinen Zug nach der Mark Brandenburg, während ihm der östliche Theil des heutigen Deutschlands noch länger verschlossen blieb. Manche Großmutter im Posenischen weiß sich gewiß noch ihrer jungen Jahre zu erinnern, wo ihr einmal der aufmerksame Ehegatte versuchsweise so ein Päckchen des raren Kaffees, von dem man so viel gehört, aus der Residenz kommen ließ, und sie kann gewiß auch von jener jungen Frau erzählen, welche die Kaffeebohnen stundenlang in einem Kochtopf braten ließ und dann, ganz so wie es einer anderen jungen Frau mit den hartnäckigen Gern am Herde erging, trostlos zu ihrem Manne klagte kam, daß sie nicht weich werden wollten. — Daß der Extract von diesen gelb, grün, braun und blau schillernden Bohnen ein vollwertiger Ersatz für die Brot- und Mehlsuppe sei, das wollte der König nicht wissen. Aber wie dem Gindringling, der sich immer mehr Terrain eroberte, erfolgreich wehren! Der König sann auf Mittel. Hatte das wichtige Schwert des Strategen Laffen, Desfereux und Franzosen aus dem Lande gejagt, so sollte jetzt der friedfertig-hartnäckige Gegner, welcher die Lebensweise von Bauer und Bürger beeinflusste und so viel schöne preussische Thaler ins Ausland schleppte, durch die Zwangsmaßregel der Gefälle beseitigt werden. Bisher hatte der Einfuhrzoll für jedes Pfund Kaffee nur ein paar Pfennige betragen. Der König legte jetzt 2 Groschen darauf. Die städtische Consumtionssteuer belief sich bis dahin bereits auf 2 Groschen. Der König verdoppelte sie, so daß jeder Städter, der sich den Luxus des Kaffeetrinkens gestatten wollte, für jedes Pfund 6 Gr. zahlen mußte. Dadurch wurde aber das Kaffeetrinken nicht eingeschränkt. Es war bereits in den weitesten Schichten der Bevölkerung zur Gewohnheit geworden, und die Gewohnheit, diese mächtige Befehlsherin der Sitten, ist eben durch Zwangsmaßregeln niemals auszurotten. Der Reiche zahlte und trank weiter, Mittelstand und Arme griffen theils zu Surrogaten wie Buchecker, Kunkelrüben, Eichorienwurzeln, Eichen und Mais, theils zu solchem Kaffee, den der üppig blühende Schmuggelhandel ihnen billig zuführte. Während daher die Accise- und Zollregister ziffermäßig eine Verminderung des Kaffegebrauchs aufwiesen, war thatsächlich der Consum immer größer geworden. Dem scharf a Blick des Königs entging dieser Uebelstand nicht. Als er erkannt hatte, daß auch die verdoppelte Aufmerksamkeit der Accisebeamten und die Verstärkung des Deficientenpersonals nichts ausrichtete, gab er die Befämpfung der Mode des Kaffeetrinkens auf. Aber Friedrich der Große wäre nicht der vollkommene Finanzmann und Taktiker gewesen, wenn er diese Gewohnheit seiner Unterthanen nicht zur „mellenden Ruß“ gemacht

hätte, die das Staatsfädel „mit Butter versorgte“. Nur über das Wie konnte der Monarch nicht gleich ins Klare kommen. Wiederholt besprach er diese Angelegenheit mit seinem Finanzrath Delaunay. Dieser, ein tüchtiger Beamter seines Ressorts, machte dem Könige den ihn verblüffenden Vorschlag, die Abgabe zum Zwecke der Erhöhung der Einnahmen herabzusetzen. Friedrich der Große lächelte. Ihm schien ein error in calculo vorzuliegen. Wie sollte eine Verminderung von Zoll und Accise eine Vermehrung der Einnahmen zur Folge haben! Aber der Finanzrath Delaunay, fest überzeugt, daß viele Wenige eher ein Viel geben, als wenige Viel, entgegnete dem Könige mit devoter Zuversicht: „Die Art zu rechnen beim Accisewesen weiche von der allgemeinen Rechnungszuweisen sehr ab. In der Berechnung der Steuereinkünfte mache zwei mal zwei nicht immer vier, und dies hoffe er, Sr. Königl. Majestät beweisen zu können, wenn Allerhöchstdieselben ihn ermächtigen wollten, die Kaffeesteuer auf die Hälfte herabzusetzen.“

Friedrich ließ seinen Rath gewähren und schon im ersten Jahr nach der Steuerverminderung hatte der König die Freude zu sehen, daß sowohl der Schmuggelhandel, bei dem es so viele blutige Kausereien gegeben, ganz bedeutend nachgelassen hatte, als auch die Einnahmen aus den Gefällen trotz der nur halb so großen Abgabe um circa 65000 Thaler gestiegen waren.

Aber noch warf der Kaffee zu wenig ab. Der König in seiner liebevollen Fürsorge für seine taufend Invaliden, die in mehr als 20 Schlachten für ihn und seinen Ruhm gekämpft, brauchte größere Summen für die Dispositionskasse. Man überlegte, beriet und disputierte, welcher Weg einzuschlagen sei. Da kam ein Zufall den auf den Kaffee bezüglichen Finanzplänen des Königs zur Hilfe. Ein Kupferschmied mit Namen Jury, ein Poisdamer Kind, war in England gewesen und hatte dort in Ermangelung professionsmäßiger Beschäftigung für Tagelohn in den staatlichen Kaffeebrennereien des Inselreichs gearbeitet. Setzt in die Heimath zurückgeführt und ohne Berufsbeschäftigung, machte er dem Könige in einer Eingabe den Vorschlag, nach dem Muster der englischen in Preußen Staats-Kaffeebrennereien einzurichten. „Aus ihnen lasse sich viel Geld heraus-schlagen. Er, weiland Kupferschmiedesgelle Jury, mache sich anheischig, das Werk in Betrieb zu setzen und bitte um gnädigste Berücksichtigung.“ Dem Könige schien die Idee, deren Kern er sofort erkannte, wohl realisierbar, aber sehr fraglich war ihm, ob der „weiland Kupferschmiedesgelle Jury“ der Mann dazu sei, solch eine Organisation durchzuführen. Jury, der Vater des Gedankens von den staatlichen Kaffeebrennereien, wurde daher, nachdem Delaunay mit ihm über das Project eingehend gesprochen, kurzer Hand mit einem Bescheide des Inhalts abgewiesen: Ne sutor ultra crepidam, d. h. du Kupferschmiedesgelle Jury schwinde den Hammer in deiner Erwerbsthätigkeit ruhig weiter und kümmerge dich nicht um ungelegte Eier! Gleichsam aber als Abfindung gab ihm der König den Auftrag, jene Kolossalfiguren herzustellen, welche noch heute die Kuppeln der beiden Kirchen auf dem Gendarmenmarkt krönen, desjenigen Plages,

welcher das schönste Architekturbild der heutigen Reichshauptstadt gewährt.

Indes ging Delaunay und mit ihm der General-Rendant Sapte, ein genauer Kenner der einschlägigen englischen Verhältnisse, rüstig ans Werk, und bald erhoben sich durch die ganze Monarchie 21 staatliche Kaffee-Brennereien. Jede Provinzialstadt erhielt eine Haupt- und Nebenbrennerei und außerdem größere und kleine Kaffeebrennereien, die Vorrathskammern für den Röstherd. Pommern besaß drei solcher Haupt- und Nebenlager, wie es auch drei Brennereien hatte.

Das Kaffeebrennen war so zu einem vollkommenen Monopol der Krone geworden. Die Hausfrauen von damals waren angewiesen, ihren Kaffeebedarf aus diesen Entrepôts für theures Geld zu holen. Das Pfund kostete dort fast das Doppelte wie früher und das Dreifache wie ehemals, nämlich volle 10 Groschen, und die umschließende Bähse, deren Schieber mit der königlichen Verordnung und Strafandrohung versehen war, extra 4 Groschen, die aber bei Rückgabe der Bähse wiedererstattet wurden. Dabei enthielt eine solche Bähse nur 24 Loth, die aber für ein volles Pfund verkauft wurden. Der Verlust des Kaffees an Gewicht, der, wie unsere Hausfrauen wissen werden, beim Rößen je nach der Stärke des Erbsens 15 bis 25 pCt. beträgt (umgekehrt wie das Volumen der Bohnen, die sich um 30 bis 50 pCt. ihrer ursprünglichen Größe aufblähen), kam dem Staatsfädel ebenfalls zu Statten. Wollte eine Hausfrau auf dem eignen Herde Bohnen rösten, so mußte sie sich hierzu einen Erlaubnißschein lösen, der, für 10 Pfund ausgestellt, 1 Groschen kostete. Offenbar zogen es aber die meisten Hausfrauen vor, in die Brennerei zu gehen; denn die Jahreseinnahmen aus dem für's Haus gelösten Brenntheinen waren relativ nur sehr geringe, so in einem Jahr 2367 Thaler 4 Gr. 4 Pf. Sicherlich ist dieses Verbot des Kaffeebrennens ohne behördliche Erlaubnis von Anbeginn vielfach als ein Eingriff in die Küchengeschäfte angesehen und empfunden worden, und sicherlich konnte die Hausfrau schon vor 100 Jahren nicht einsehen, daß die Ausübung eines einfachen Küchengeschäfts straffällig sein sollte, weshalb sie denn dem Verbotsgeß häufig genug ein Schnippen geschnitten haben wird, um so eher, als ein Fernstehender, der zum Denuncianten hätte werden können, keinen Einblick in die Interna der Küche hatte. Friedrich der Große ahnte wohl die Existenz dieser weiblichen Haus-Contrabandiers, welche die Einkünfte seiner Dispositionskasse in etwas schmälerten, aber er war zufrieden mit dem, was ihm die Kaffeebrennereien einbrachten. Komte er durch diese neue Institution doch 504 Beamten, meist altgedienten Militärs, auskömmliche Dotationen geben und außerdem noch ein erhebliches Stimmchen für andere Zwecke in Bereitschaft halten. Im ersten Jahr nach der Einrichtung hatten die 21 Kaffeebrennereien 150 000 Thlr. gebracht, und im letzten Jahre der Regierung wies der letzte Kaffeerapport, den der König entgegennahm (über 1. Juni 1785 bis 1. Juni 1786) über 96 000 Thaler auf.

Wie jedes Monopol, welches die Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs der Bevölkerung in Fesseln legt, den Todeskeim in sich trägt,

• **Universitäts-Nachrichten.** Professor Friedrich Brochhaus in Marburg ist als Nachfolger des Staatsrechtslehrers Professor Meyer nach Jena berufen worden. — In Gannes starb der frühere Professor der Pathologie und klinischen Medicin am University College in London William Fowler, welcher die Auscultation in England eingeführt hat. — Prof. Cervello ist zum Professor der allgemeinen medicinischen Klinik und zum Director der damit verbundenen Klinik in Palermo ernannt. Die Leitung des physiologischen Laboratoriums in Palermo wurde Professor Mandino anvertraut. — Wie der „Böf. Bzg.“ mitgetheilt wird, ist der Privatdocent an der Universität Berlin, Dr. Karl Zeumer, Mitarbeiter der Monumenta Germaniae historica, zum außerordentlichen Professor der Rechtsgeschichte ernannt worden. — Dem Privatdocenten Dr. Reiff an der naturwissenschaftlichen Facultät und dem Privatdocenten Dr. Garré an der medicinischen Facultät der Universität Tübingen wurde je der Titel von Rang eines außerordentlichen Professors verliehen. — Dr. Max Friedl. v. Waldburg, bisher Professor an der Universität Czernowitz, siedelt als Oekonom als Docent für deutsche Literaturgeschichte an die Universität Heidelberg über. Waldburg hat hauptsächlich über die deutsche Lyrik der 17. Jahrhunderts neues Licht verbreitet. — Nach einem Telegramm des „Münch. Neuef. Nachr.“ hat Professor Dr. Fischer den Ruf nach Heidelberg abgelehnt.

Δ Anlage eines Fußweges nach Rothkreischam. Nachdem im vorigen Jahre die Anlage eines hauffierten Fußweges auf der rechten Seite der Breslau-Ober-Schlesischen Provinzial-Gebäude eine Strecke von etwa 1800 m erfolgt ist, wird die Chaussee in diesem Jahre bis an die Kirchhöfe bei Rothkreischam fortgesetzt werden. Ferner wird von der Obblauer Thor-Steuer-Barriere ab seitens der Chaussee-Bauverwaltung die Fahrbahn auf eine Länge von 250 m mit Granitsteinen gepflastert werden.

Δ Glogau, 4. April. [Durchgebrannt. — Vom Amtsgericht.] Der Sergeant Hammerling, welcher seit sieben Jahren im hiesigen Offizier-Casino die Stelle eines Kellermeisters innehatte und die Aufsicht über die Weine u. s. w. führte, hat unter Mitnahme des baaren Kassenbestandes von 900 Mark am Sonntag Nachmittag heimlich die hiesige Garnison verlassen. Der genannte Sergeant, welchem von allen Seiten das größte Vertrauen geschenkt wurde, soll seit langer Zeit grobe Veruntreuungen verübt haben, indem er dem Lieferanten die Gelder nicht auszahlt, welche ihm von der Verwaltung des Offizier-Casinos übergeben worden waren. Die unterschlagene Summe soll eine sehr bedeutende sein. Außerdem soll der ungetreue Sergeant eine große Anzahl Flaschen des Weinkellers entleert und mit Wasser gefüllt haben. Die Ursache des plötzlichen Verschwindens mag wohl in dem Umstand zu suchen sein, daß am 1. April eine Veränderung in der Verwaltung des Offizier-Casinos eintreten und deshalb eine gründliche Revision stattfinden sollte. Der betreffende Truppendienst hat nach allen bedeutenden Seculären Devisen und Photographien des Deferteurs gefordert. — Gestern Nachmittag trafen, von Berlin kommend, der Oberlandesgerichts-Präsident von Kunowski und der Ober-Staatsanwalt von Dreßler hier ein und unterzogen die im hiesigen Rathhaus belegenen Räume des Königl. Amtsgerichts einer längeren eingehenden Besichtigung. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Anwesenheit der Vorstandsbeamten des Oberlandesgerichts mit der beabsichtigten Verlegung der Straftheilung vom Centralgefängnis nach dem Rathhaus in Zusammenhang bringt.

Δ Glogau, 3. April. [Elektrische Beleuchtung.] Nachdem der Magistrat von Siemens & Halske in Berlin und von Prof. Kettler in Darmstadt Kostenanschläge für die Errichtung einer städtischen Centralstation zur Abgabe von elektrischem Licht an Private eingeholt hat, welche die Rentabilität gesichert erscheinen lassen, hat derselbe nunmehr den Stadtverordneten die Aufforderung zugehen lassen, die Errichtung einer elektrischen Centralanlage für Rechnung der Stadtgemeinde in Aussicht zu nehmen und vorbehaltlich des speciellen Kostenanschlags die Geldmittel zu Vorarbeiten bis zum Betrage von 15 000 M. zur Verfügung zu stellen. Die Abnahme von 3000 Glühlampen gilt als gesichert. Als Platz zur Errichtung der Centralstation ist die Parzelle neben dem Krankenhaus, auf welcher das interimistische Postgebäude steht, in Aussicht genommen.

Δ Landeshut, 1. April. [Jubiläum. — Bau.] Fabrik-Director Börner beging gestern sein 25jähriges Jubiläum als Beamter der Hinfelischen Fabrik. Abends brachten die Arbeiter dem Jubilär einen Fackelzug. — Mit Anfang der kalten Witterung hat nunmehr der Bau des neuen Schulhauses seinen Anfang genommen. Das Gebäude, welches die evangelische und katholische Stadtschule aufnehmen soll, wird eine Zierde der Stadt werden. Der Bau wird vom Baumeister Weiner ausgeführt.

Δ Grünberg, 1. April. [Zur Tuchfabrikation.] Im Laufe des vorigen Jahres wurden in den hiesigen Tuchfabriken und von den Fabrikanten ca. 53 500 Stück Tuche zu etwa 40 Meter Länge, ca. 17 000 Stück zu etwa 24 Meter Länge und etwa 10 000 Stück in diversen Längen, zusammen etwa 80 500 Stück hergestellt, wozu im Ganzen etwa 53 000 Str. verschiedenen Rohmaterials verwendet worden sind.

h. Lauban, 2. April. [Vom Tage.] In der am vergangenen Sonntag stattgehabten Kreisrats-Sitzung wurde der Etat der Kreis-Communal-Kasse in Einnahme und Ausgabe auf 107 800 M. festgestellt. — In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gewerbe-Vereins referierte der Vorsitzende, Kaufmann Meißner, über die Lehrer-Bildungsanstalt für Knaben-Gandarbeit in Leipzig.

o Sprottau, 1. April. [Minderersau. — Schnepfe. — Kaufmannischer Verein.] Dem Comité für die Veranstaltung der Minderersau im Kreise Sprottau ist für die in Sprottau am 12. Juni stattfindende Minderersau der kleine Mühlenwerder zugewiesen worden. Der Platz liegt in schöner Lage zwischen der Ober- und Nidermühle und begrenzt von dem Bober und dem Mühlengraben. — In Primmkau findet die Schau erst am 18. Juni statt. — Im Kreise Sprottau schloß der Förster Zeibler, z. Malinitz auf Schandendorfer Terrain vor einigen Tagen die erste Schnepfe in diesem Jahr. — Vorgertern Abend fand die Generalversammlung des kaufmännischen Vereins statt. Zu Mitgliedern des Vorstandes wurden gewählt: Kaufmann Robert Müller, Vorsitzender, Kaufmann M. Kämpfer, Stellvertreter desselben, Kaufmann Köhler, Kassierer, Kaufmann P. Schibinsky, Schriftführer, Buchhändler Kliner, Bibliothekar, Kaufmann A. Kappen, Beisitzer.

o Langenbielau, 2. April. [Jubiläum.] Am 31. März cr. feierte Pastor prim. Dehmel sein 25jähriges Amtsjubiläum. Pastor Dehmel amtierte während dieser ganzen 25 Jahre in Langenbielau. Der Tag wurde durch verschiedene Feierlichkeiten begangen, u. A. fand ein Festessen statt, an welchem sich 200 Personen beteiligten.

Δ Falkenberg, 1. April. [Kreisrat.] An dem gestern im hiesigen Kreisverwaltungsgebäude stattgehabten Kreistage wurde auf den Antrag des Kreisausschusses § 28a des Kreisparaffens-Statuts dahin abgeändert: „Die Gelder der Kreisparaffens werden durch das Curatorium ausgeliehen gegen hypothekarische Pfandnahme von landlichen und städtischen, im Kreise Falkenberg belegenen Grundstücken, soweit solche genügende Sicherheit bieten. Die Sicherheit wird angenommen innerhalb der ersten zwei Drittel des nach Wahl des Curatoriums durch eine von einem landchaftlichen oder Kreistarator aufgenommene Taxe festgestellten Wertes oder ohne Taxe bei landlichen Grundstücken innerhalb des 3fachen Grundsteuerertrages und des 2fachen Gebäudesteuerertrages; bei städtischen bebauten Grundstücken innerhalb der ersten Hälfte der Summe, mit welcher die Gebäude gegen Feuergefahr versichert sind. Sowohl in den Taxen als auch bei der Feststellung des Wertes nach dem Steuerertrage sind die auf den Grundstücken haftenden Lasten mit ihrem Ablosungswerte, event. 5 pSt. zu Capital gerechnet, in Abzug zu bringen.“ — Auf den Antrag des Grafen Bückler-Friedland wurde beschlossen, von dem Ausbau der projectirten Wegestrecke Friedland-Lammsdorf direct über Wierschel vorläufig abzusehen, dagegen den Kreisausschuß zu beauftragen, unverzüglich ein Project für den hauffierten Ausbau der Wegestrecke Friedland-Ausdorf-Lammsdorf auszuarbeiten zu lassen. Ferner wurde auf Antrag des Bürgermeisters Engel-Friedland beschlossen, ein Project für den hauffierten Ausbau des Weges von Friedland über Polnisch-Jamke bis an die Kreisgrenze in der Richtung nach Pogorsch auszuarbeiten zu lassen, selbst wenn der Kreis Neustadt nicht entgegen bauen sollte. — Der Entwurf des Kreis-Haushaltsetats pro 1889/90 wurde genehmigt.

Δ Kattowitz, 2. April. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der Stadtverordneten-Versammlung am 1. April cr. war auch Bürgermeister Küppel, welcher seit Jahr und Tag krank ist, anwesend; derselbe hatte sich, um an dieser Versammlung theilnehmen zu können, aus seiner Wohnung nach dem Sitzungssaale im Stadthause tragen lassen. Nach Eröffnung der Sitzung brachte Bürgermeister Küppel den Jahresbericht pro 1888 zum Vortrag. Hierauf kamen die Neben-Gesetze zur Verlesung und Festsetzung, und zwar wurde der Schulen-Gesetz in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 78 100 M. festgestellt; der Armen-Gesetz in Höhe von 24 650 M., davon für Armen-Unterstützungen 16 350 M.; der Altmann-Gesetz in Höhe von 900 M.; der Communal-Renten-Rasse mit 2270 M.; der Sparcassen-Gesetz mit 370 110 M.; der städt. Beamten-Wittwen- und Waisen-Gesetz mit 685 M. Die Verlesung des Bau-, Wasserwerks- und Haupt-Gesetzes wurde vertagt.

Aus den Nachbargemeinden der Provinz.

• Posen, 4. April. [Zusammenbruch des Blockhauses.] Wie wir bereits in einem Privattelegramm in Nr. 239 der „Bresl. Ztg.“ mitgetheilt haben, ist in Folge Unterpflung in der letzten Nacht das linke Blockhaus auf der Dominel in den überschwemmten Dorstutgraben gestürzt. Ueber den Unglücksfall entnehmen wir der „Pos. Ztg.“: In dem Hause befand sich das gesammte Mobiliar einer Wallmeisterfamilie, welche in dem vernichteten Gebäude wohnte. Abends gegen 10½ Uhr bemerkte die Ehefrau des Wallmeisters ein verdächtiges Knistern in ihrer Wohnstube, sie raffte schnell die Betten zusammen und flüchtete sich mit ihren drei Kindern sowie einer anderen Wallmeisterfrau, welche ihr einen Besuch abstattete, in die Küche. Nicht lange währte es, als mit lautem Krach das Gebäude in den Dorstutgraben hinabfiel. Wie durch ein Wunder

wurden die Insassen dem Verderben entzogen; von dem Gebäude blieb die Küche allein stehen, und die Insassen konnten alsbald gerettet werden. Um 11 Uhr eilte auch die Feuerwehr nach der Unglücksstätte, um noch zu retten, was irgend möglich war und die nöthigen Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Später traf noch ein Feuerlöschcommando ein, bestehend aus 1 Unteroffizier und 10 Mann vom 2. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 47, um die Unglücksstätte abzusperren. Der Wallmeister, der durch diesen Unfall schwer geschädigt ist, befand sich außerhalb seiner Wohnung auf einem Auenfort. Was den Wasserstand der Warthe anbetrifft, so ist derselbe in andauerndem Fallen begriffen, so daß die inundirten Straßen immer mehr wasserfrei werden. Die Große Gerberstraße ist ganz wasserfrei. In Posen ist das Wasser der Warthe von 5,50 Meter gestern Abend auf 5,38 Meter heute früh gefallen, in Bogorzelice betrug der Wasserstand gestern Abend 3,79 Meter gegen 3,81 gestern Mittag.

• Posen, 4. April. [Geh. Medicinal-Rath Dr. G. Rehfeld.] Director der Provinzial-Gebammen-Lehranstalt, ein um die Stadt Posen hochverdienter Mann, feierte heute sein 25jähriges Jubiläum als Mitglied des hiesigen königlichen Medicinal-Collegiums.

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 4. April.

Der Vorsitzende, Stadtv. Justizrath Freund, eröffnet die Sitzung, um 4 Uhr 20 Min. mit einigen geschäftlichen Mittheilungen, worauf die Versammlung in die Tagesordnung eintritt und u. a. folgende Vorlagen erledigt:

Magistrat überreicht der Versammlung den Geschäftsbericht der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft für 1888. Nach demselben stellt sich der Gewinnantheil der Stadtgemeinde auf 37 444,74 Mark. Stadtv. Heilberg referirt über diese Vorlage, beantragt aber, dieselbe dem Finanzausschuß zu überweisen, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, einige ihm, dem Redner, aufgetragene Bedenken auszusprechen. Stadtv. Kärger schließt sich diesen Bedenken an, und die Versammlung beschließt die Ueberweisung, obwohl Stadtrath Mühl die erforderliche Auflösung sofort giebt.

Pachtübertragung. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Wagner, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Actien-Gesellschaft The United Anglo-Continental Ice-Company Limited in London in den von der Stadtgemeinde mit dem Gutsbesitzer Hans Kipping zu Pöpel und Genossen abgeschlossenen Pachtvertrag, betreffend die Pachtung von 94 ha 37,58 a Ländereien des ehemaligen Gutes und des Grundstücks Hypotheken-Nummer 10 Mischewitz an Stelle des p. Kipping eintritt und dieser aus dem Pachtvertrage entlassen wird.

Unverleibt sind noch einige Special-Etats von selbstständigen, mit dem Stadthaus nicht in Beziehung stehenden Verwaltungen, nämlich die Etats für die Verwaltung der Promenaden, der Feuer-Societät, des Fonds für Zwecke des Marktverkehrs und der Sparcasse. Bei dem Etat der Promenaden-Verwaltung regt Stadtv. Stenzel die Errichtung gärtnerischer Anlagen auf dem Striegauer Plage an, um auch für die in dieser Richtung stark vernachlässigte Nicolai-Vorstadt etwas zu thun. Diese Anlagen würden sehr um so eher auszuführen möglich sein, als, nachdem die Anlage des Schlachthofes auf der Bankhofwiese beschlossen sei, die Verlegung des Viehhofes nur noch eine Frage der Zeit sein könne. Stadtv. Kärger tritt dem bei. Stadtv. Vogt erinnert an den Beschluß der städtischen Behörden, für die Erhaltung des Eichenparkes jährlich eine sehr erhebliche Summe zu zahlen. Seinen Zweck könne dieser Beschluß aber nur dann voll erfüllen, wenn Magistrat auch für einen schattigen Weg nach dem Park Sorge. Dies wolle er demselben zur Erwägung geben. Stadtv. Kipke schließt sich diesem Wunsche an. Stadtv. Haber wünscht Auskunft darüber, ob es wahr sei, daß Magistrat die Schaffung eines größeren Parkes im Süden der Stadt in Aussicht genommen habe. Oberbürgermeister Friedensburg bestätigt dies, glaubt aber im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen weitere Mittheilungen nicht machen zu sollen.

Städtischer Pachthof. Im Interesse der Sicherheit des Verkehrs auf dem städtischen Pachthofe und zur Beseitigung hervorgetretener Unelbstände hat Magistrat nach vorgängiger eingehender Berathung in der Pacht-Hof-Deputation, „Borrichtungen für die Benutzung des städtischen Pacht-Hofes“ entworfen und ersucht die Versammlung um deren Genehmigung. Die Versammlung beschließt nach kurzer Discussion auf Antrag des Stadtverordneten Hainauer die Verweisung der Vorlage an den Ausschuß II. Statut der städtischen Sparcasse (s. Nr. 214 b. Ztg.). Stadtv. Dr. Gras empfiehlt die Genehmigung der Magistratsanträge, da nach seiner Ansicht weitere Unterhandlungen mit den ausländischen Behörden zwecklos sein würden, die geforderten Anordnungen auch nicht derartige seien, daß es absolut unmöglich sei, auf dieselben einzugehen. Stadtv. Friedländer glaubt nicht, daß es sich empfehle, den vorgeschlagenen Änderungen ohne Weiteres zuzustimmen. Der Finanzvortrag sei noch nicht erschöpft, es siehe den städtischen Behörden noch der Refers an das Gesamtministerium offen. Es sei nicht ersichtlich, weshalb es gerade der Stadt Breslau nicht gestattet sein solle, bei der Verpflegung der Sparcassen unter 3 pSt. herunterzugehen, da die Verwaltung doch bei den gegenwärtigen Verhältnissen des Geldmarktes sehr bald in die Lage kommen könne, einen höheren Zinsfuß nicht zahlen zu können.

Oberbürgermeister Friedensburg hält weitere Schritte für aussichtslos, aber auch für nicht erforderlich. Sollte sich die Nothwendigkeit herausstellen, den Zinsfuß für die Spareinlagen von 3 pSt. auf 2½ pSt. zu ermäßigen, so werde eine Aenderung der betreffenden Bestimmung durch den Herrn Oberpräsidenten möglich und von diesem sicher auch zu erreichen sein. Das alte Statut beizubehalten, wenn eine Aenderung der geforderten Bestimmung nicht zu erreichen sein sollte, wie der Stadtv. Friedländer es wünsche, erscheine ebenfalls bedenklich, da damit wiederum andere Nachteile verknüpft seien. Redner bittet um Annahme der Magistrats-Vorlage. Dasselbe geschieht seitens des Stadtv. Weinhold und des Stadtraths Hilow, und die Versammlung beschließt schließlich demgemäß.

Bewilligungen. Die Kosten für die erste Einrichtung eines großen botanischen Schulgartens in Schömitz haben 750 M. mehr betragen als vorausgesehen, resp. bewilligt war. Ferner sollen 200 M. Remuneration an den städtischen Parkinspector Heine für seine Bemühungen bei dieser Einrichtung bewilligt und endlich auch noch eine höhere Halle mit Geräthebecken für 2060 M. erbaut werden. Die Versammlung bewilligt die ersten beiden Summen, überweist jedoch die Vorlage bezüglich des Baues einer Halle an den Bau-Ausschuß.

Kaiser Wilhelm-Denkmal. Wie erinnern, hatte Magistrat im Januar cr. beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß

I. zu den Kosten eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I., bestehend in einem Reiterstandbilde, in Breslau, ein Drittel des durch freiwillige Beiträge nicht gedeckten Betrages, bis zum Höchstbetrage von 100 000 Mark, von der Stadtgemeinde beigesteuert, die erforderlichen Beträge aus dem Haupt-Extraordinarium des betreffenden Jahres entnommen und ein Drittel der laufenden Unterhaltungskosten übernommen werde, wenn der Provinzial-Verband von Schlesiern sich bereit erklärt, zwei Dritteltheile dieser Kosten zu tragen, und daß

II. dem Schlesischen Provinzial-Comité für Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmals in Breslau der östlich an der Ueberführung der Schweidnitzerstraße über den Stadtgraben belegene, durch Zuschüttung eines entsprechenden Theiles des letzteren zu gewinnende Platz zur Aufrichtung des Denkmals zur Verfügung gestellt werde.

Diese Anträge wurden in der Sitzung vom 31. Januar einem besonderen Ausschusse, bestehend aus den Herren Beier, Kröpling, Schardt, Ehrlich, Dr. Glöner, Dr. Gras, Friedländer, Heineke, Jitschin, Kaiser, Kirschner, Dr. Lion, Morgenstern, Müller, Rehborn, Riemann, Seidel I, Simon, Bollrath und Weinhold überwiesen. Dieser Ausschuss empfiehlt nunmehr:

1) den Antrag I zu genehmigen, 2) in dem Antrage II das Wort „östlich“ zu streichen, und 3) mit dieser Modification auch dem Antrage II zuzustimmen; gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, bei dem Schlesischen Provinzial-Comité dahin zu wirken, daß die definitive Wahl des Platzes, ob östlich oder westlich an der Schweidnitzerstraße, von dem Unfall der für die Errichtung des Denkmals auszuscheidenden Concurrenz abhängig gemacht werde.

Der Referent, Stadtv. Dr. Gras, führt zur Motivirung dieser Anträge etwa folgendes aus: Der Provinziallandtag habe beschlossen, von der durch die freiwilligen Beiträge nicht gedeckten Summe zwei Drittel, bis zur Höhe von 200 000 M. zu übernehmen. Das übrige Drittel solle die Stadt Breslau decken und dieser Antrag werde wohl einstimmige Annahme finden.

Der zweite Antrag des Magistrats habe eine lebhaftere Erörterung her-

vorgerufen, da ja noch viele andere Plätze für die Errichtung des Denkmals in Frage gekommen seien. Der Ausschuss habe sich aber für den vom Magistrat vorgeschlagenen Platz mit erheblicher Majorität entschieden, nur die Frage, ob östlich oder westlich? müßte besser von dem Unfall der Concurrenz abhängig gemacht werden. Redner bespricht im Weiteren ausführlich die Plätze, die sonst noch für das Denkmal in Betracht gekommen seien. Insbesondere habe der Platz vor dem Rathshaus ja seine außerordentlichen Vorzüge; aber zu der Wirkung, die der mächtige, gewaltige Bau des Rathhauses ausübe, würde dieses moderne Kunstwerk wenig passen. Der Wahl des Exercierplatzes für das Denkmal ständen auch außer der Eigentumsfrage sehr viele Bedenken entgegen.

Referent erinnert daran, daß sich an den Platz, wo die Schweidnitzer-Straße über den Stadtgraben gehe, auch eine große historische Erinnerung knüpfte. Gerade an jener Stelle habe im Jahre 1866 Kaiser Wilhelm I. bei seinem Einzuge in die Stadt zu dem damaligen Oberbürgermeister jene denkwürdigen Worte gesprochen: „Er würde es der Stadt Breslau nicht vergessen, daß sie bei dem Herannahen des kritischen Conflictes mit Oesterreich zu ihm gestanden, und daß ihm aus der hiesigen Stadtverordnetenversammlung jene Adresse zugehändelt worden sei, die sein königliches Herz so hoch erfreut hätte.“ Dort habe die Begründung des siegreich heimkehrenden Königs durch die städtischen Behörden stattgefunden.

Am meisten seien im Ausschuss darüber die Ansichten auseinandergegangen, ob das Denkmal rechts, links oder in der Mitte des Platzes aufzustellen sei. Der Ausschuss habe schließlich geglaubt, diese Detailfrage der Beurtheilung des Comité's zu nach dem Unfall der künftigen Concurrenz zu überlassen. Dem neulich aufgetauchten Gerücht, daß das Comité gar nicht beabsichtige, eine Concurrenz auszuschreiben, sondern freihändig die Ausführung zu vergeben, will Referent keinen Glauben schenken; denn das würde dem Uus bei allen diesen öffentlichen Arbeiten zuwiderlaufen. Redner empfiehlt zum Schluß nochmals die drei Anträge des Ausschusses zur Annahme.

Stadtv. Hauske empfiehlt die Westseite des Ringes für die Aufstellung des Denkmals, während Stadtv. Köhler empfiehlt, mit dem Denkmals-Comité dahin in Unterhandlung zu treten, daß das Denkmal in der Mitte des entsprechend zu erweiternden Platzes am Schweidnitzer Stadtgraben aufgestellt werde, da im gegenwärtigen Falle ein Pendant auf der anderen Seite erforderlich werde, das die Bürgerstadt nicht wünsche.

Oberbürgermeister Friedensburg glaubt, daß die städtischen Behörden nur in der Lage seien, einen bestimmten Platz dem Comité zu offeriren. Bezüglich der Aufstellung des Denkmals in der Mitte der Straße habe er auch sehr viele gegentheilige Meinungen gehört. Redner bittet, den Anträgen des besonderen Ausschusses pure zuzustimmen. Stadtv. Dr. Kärger erachtet den Platz östlich an der Ueberführung über den Stadtgraben für den allein richtigen. — Die Versammlung stimmt den Anträgen des besonderen Ausschusses durchweg bei.

Mit der Verpachtung von Theilen der Lazarethwiese an den Schiffbauemeister Silbernagel und den Schifferältesten Weigelt empfiehlt der Ausschuss IV, sich mit der Modification einverstanden zu erklären, daß der Vertrag mit Weigelt wie der mit Silbernagel ebenfalls bis zum 31. März 1895 abgeschlossen werde. Die Versammlung tritt dem bei.

Wahlen zu städtischen Ehrenämtern. Es werden theils neu, theils wiedergewählt: Ledergerichter Klingner zum Vorsteher im 3., Kaufmann Boller zum Vorsteher und Kaufmann Zeehe zum Vorsteher-Stellvertreter im 4., Kaufmann Reichel zum Vorsteher-Stellvertreter im 16., Schornsteinfegermeister Ihmann zum Vorsteher im 65., Tischlermeister Schlabs zum Vorsteher und Particular Demmig zum Vorsteher-Stellvertreter im 127., Kaufmann Niebuhr zum Vorsteher und Brauereibesitzer Stimming zum Vorsteher-Stellvertreter im 135., Zimmermeister Geisler zum Vorsteher-Stellvertreter im 151. Stadtbezirk; der Stadtv. Beier zum Mitgliede des Curatoriums der Commerzienrath Frändel'schen Stiftung für Personen aller Glaubensbekenntnisse, der Stadtv. Kipke zum Mitgliede der Friedhofs-Deputation, der Stadtv. Grünauer zum Mitgliede der Marstall-Deputation, der Kaufmann M. Kaufmann zum Schiedsmann für den Blauen Kirchbezirk, der Particular Fr. Günther zum Mitgliede der Sicherungs-Deputation, der Particular B. Illmer zum Mitgliede der Servis-Deputation, Kaufmann Scholz und Schieferbedermeister Händel zu Curatoren für die katholische höhere Bürgerschule und endlich 134 Mitglieder der Classenreue-Reclamations-Commission für den Stadtkreis Breslau.

Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß in Gemäßheit der §§ 5, 6 und 7 des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, zur Entscheidung über die zu bewilligenden Unterstützungen eine Commission gebildet werde, welche aus 3 Magistrats- und 6 durch Wahl derselben zu wählenden Mitgliedern, von denen 3 der Stadtverordneten-Versammlung und 3 der Bürgerschaft, möglichst der Armen-Verwaltung, angehören, bestehen soll.

Der Ausschuss I empfiehlt, diesen Antrag zu genehmigen und die Stadtverordneten Köhler II, Vogt und Biemeg, den Particular P. Krüger, den Major v. Pöser und den Kiernermeister Rosenbaum zu Mitgliedern dieser Commission zu wählen.

Schulen-Deputation. Wie wir bereits mitgetheilt haben, ist es dem Magistrat zweifelhaft geworden, ob Herr Dr. Steuer nach seinem Ausscheiden aus der Stadtverordneten-Versammlung seine bisherige Mitgliedschaft bei der Schulen-Deputation ipso jure verloren hat, und er ersucht die Versammlung, zur Behebung dieses Zweifels ausdrücklich zu erklären, daß derselbe als „stimmfähiger Bürger“ zum Mitgliede der Deputation gewählt ist und durch seinen Austritt aus der Stadtverordneten-Versammlung diese Mitgliedschaft nicht verloren hat. Dem gegenüber empfiehlt aber der Wahl- und Verfassungen-Ausschuß, zu erklären, daß Dr. Steuer in Folge seiner Wahl zum Mitgliede des Magistrats aufgehört hat, Mitglied der Schulen-Deputation zu sein.

Die Versammlung tritt dieser Ansicht, die Stadtv. Vater als Referent kurz begründet, bei.

Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

V. Liegnitz, 3. April. [Strafkammer. Beleidigung des Reichskanzlers?] Vor der hiesigen Strafkammer kam heut ein Proceß pro Verurtheilung, welcher von Seiten der künftl. Staatsanwaltschaft anhängig gemacht worden ist wegen des Artikels „Kreuz und Quer“ in Nr. 306 des „Liegnitzer Anzeigers“ vom 30. December 1888. Der Verfasser desselben, Redacteur Dr. Rosenberger, bespricht in dieser Sonntags-Blauerei die Untersuchungshaft des Geheimraths Gefken und sagt darin u. a.: „Die Ansichten des Herrn Gefken im neuen Jahr scheinen übrigens recht scharf zu sein. Ein conservatives Blatt will wissen, daß sich die Untersuchung auf die ganze vergangene Lebensdauer des Gefangenen erstreckt hat, und da kann man unter Umständen auf Materialien gestoßen sein, die den Verurtheilten reif zum lebenslänglichen Zuchthaus machen. Unter denselben Voraussetzungen würde es freilich der übergroßen Mehrzahl aller politischen Männer nicht anders ergehen und Fürst Bismarck selbst — meint man vielleicht, daß er sich „rein von Schuld und Fehle“ bewahrt habe, „die finstliche reine Seele?“ Daß er ein „Reichsfeind“ schimmert Art gewesen ist, hat er selbst ja gelegentlich eingestanden, was ihn aber durchaus nicht hindert, die Geschäfte des Reichs in einer Weise zu führen, die von recht vielen Reichsangehörigen für unübertrefflich gehalten wird u. s. w. Hierin wurde seitens der königlichen Staatsanwaltschaft eine Beleidigung des Fürsten Bismarck gefunden und der Strafantrag gestellt. Der Angeklagte, welcher sich heut persönlich verteidigte, erkennt an, obigen Artikel verfaßt zu haben, bestreitet jedoch jegliche Absicht der Beleidigung und meint, herauszusehen kann man aus obigem Feuilleton diese vermeintliche Absicht nicht, hineinlesen vielleicht, es sei ja auch historisch festgelegt, daß Fürst Bismarck seinerzeit einer der schärfsten Gegner der Reichsidee gewesen ist; eine verböhnende Beleidigung des Fürsten Bismarck sei thatsächlich in dem Artikel gar nicht enthalten, vielmehr Worte herlicher Anerkennung. Der Erste Staatsanwalt (Herr Hoffmann) zerlegt den Wortlaut des incriminirten Artikels, und findet darin persönliche Angriffe gegen den Reichskanzler Fürsten Bismarck; der der Wortlaut, die Verbindung der Sätze ergäben die Absicht einer gröblichen Beleidigung. Die künftl. Staatsanwaltschaft hebt ferner als ersührend hervor, daß der Artikel im Feuilleton, das ja weniger zur Belehrung als zur Unterhaltung der Leser bestimmt ist, enthalten sei; in Anbetracht der Vorstrafen des Angeklagten wegen Prekvergehens stellt der künftl. Staatsanwalt den Antrag auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, auf Publicationsbefugniß des Erkenntnisses, sowie auf Unbrauchbarmachung des betr. Artikels, der Platten u. c. Der Angeklagte betont nochmals unter Auslegung seines (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Artikels, eine Absicht der Verleumdung habe ihm bei der völlig schmerzhaft sein sollenden Bemerkung durchaus fern gelegen. Nach längerer Berathung eröffnet der Präsident des Gerichtshofes, Herr von Goldbeck, den Erkenntnisbeschluß, nach welchem der Gerichtshof eine beabsichtigte Verleumdung des Fürsten Bismarck seitens des Angeklagten in obigem Artikel nicht habe finden können, worauf die kostenlose Freisprechung des Angeklagten Dr. Rosenberg erfolgte.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. Nei ch s t a g.

* Berlin, 4. April. Im Reichstag kam heute die Frage des Reichszuschusses zur Verhandlung, und zwar nur, ob er überhaupt gegeben werden soll. Für den Reichszuschuß trat vom Centrum der Abg. Reichensperger ein, der zu den zehn Mann gehört, die dem Herrn v. Frankenstein Gefolgschaft leisten. Der Reichszuschuß soll nur die Industrie auf dem Weltmarkt concurrenzfähig erhalten, indem ihr ein Theil der Last, die ihr hier aufgebürdet werde, abgenommen werde. Daß das die Einnahmen aus indirecten Steuern verwendet würden, sei doch nicht ungerecht, da ja den breiten Massen des Volkes daraus eine Zuwendung gemacht werden solle. Graf Udo Stolberg meinte, daß es sich dabei um gar nichts neues handle, sondern nur um eine Fortsetzung der alten socialpolitischen Traditionen der preussischen Monarchie, die schon im Landrecht ihren Ausdruck gefunden hätten. Herr v. Bennigsen, der sich 1881 sehr energisch gegen Staatszuschuß bei der Unfallversicherung erklärt hat, ist bekehrt; das Studium der socialen Bewegung hat ihn belehrt, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter ohne diesen Staatszuschuß nicht befriedigt werden kann. Bekanntlich verlangen eben die Socialdemokraten weit mehr, als man jetzt bewilligen will, und werden die Anforderungen nachher nicht stetig wachsen? und woher soll dann das Geld genommen werden? Bekanntlich hat Herr v. Scholz im Abgeordnetenhaus — wie er andeutete, im Einverständnis mit allen Finanzministern der Einzelstaaten — erklärt, das finanzielle Verhältnis Preußens zum Reich dürfe nicht verschoben werden; wenn das Reich mehr Ausgaben mache, dann müsse es selbst für neue Einnahmen sorgen. Durch welche neuen Steuern soll nun der Reichszuschuß gedeckt werden? Herr von Bötticher hatte, als Herr Richter schon früher einmal die Frage aufwarf, sich dahinter zurückgezogen, daß das Reich im Bedarfsfalle Matricularbeiträge aus schreiben könne. Hinter diesem rein formellen Einwand zog sich auch Herr v. Malbahn heute zurück. Er tröstete sich mit dem Steigen der überwiesenen Einnahmen, das den Einzelstaaten die nothwendig werdenden Erhöhungen der Matricularumlagen erträglich machen werde. Glaube Herr v. Malbahn wirklich, eine so gute wirtschaftliche Entwicklung voraussetzen zu können, daß das Steigen der Einnahmen aus Branntwein und Zucker ausreicht, um den sehr schnell ansteigenden Reichszuschuß zu decken? Herr v. Bennigsen schien dieser Ansicht nicht zu sein, denn er meinte, in Preußen könne man sich ja durch eine Reform der directen Steuern, die bei verbesserter Einschätzung mehr ergeben könnte, helfen. Hat er denn schon vergessen, daß Herr v. Suene in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister und auch mit Herrn Miquel diesen Mehrertrag der directen Steuern schon in Beschlag genommen hat, um die armen Gutsbesitzer von den drückenden communalen Zuschlägen zur Grundsteuer zu befreien? Herr Windthorst hatte wohl nicht Unrecht, wenn er diese finanzielle Seite des Reichszuschusses auch ins Auge faßte; sie sei ein Vorwand zu neuen Steuern; ob grade das Tabaksmonopol die Folge sein wird oder vielleicht eine kräftige Biersteuer, von welcher namentlich die „Schlesische Zeitung“ immer schwärmt, das ist eine Frage für sich. Herr Bebel sprach sich für den Reichszuschuß aus, der durchaus keine socialistische Tendenz habe; denn das Gesetz bewege sich ja auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung; aber die Abgg. Winterer (Graf) und Orterer, ein ultramontaner Baier, sowie Herr Windthorst ließen sich nicht abreden, daß in dem Reichszuschuß eine starke Neigung zum Socialismus liege. Herr Windthorst machte darauf aufmerksam, daß in der kaiserlichen Botschaft von 1881 auch von einem Reichszuschusse nichts stehe. Herr von Bötticher meinte, daß das Tabaksmonopol nicht auf der Tagesordnung stehe; ob es gut sei, lasse er dahingestellt, und ob es von einer späteren Generation einmal eingeführt werde, dafür könne er keine Garantie übernehmen. Die Abstimmung wird erst erfolgen, wenn alle den Reichszuschuß betreffenden Fragen erörtert worden sind. Um 4½ Uhr wurden die Verhandlungen bis morgen ausgesetzt. Heute Abend soll das Genossenschaftsgesetz in dritter Lesung erledigt werden.

52. Sitzung vom 4. April.

11 Uhr.

Am Bundesrathssitz: v. Bötticher, v. Malbahn.
Das Haus feht die zweite Verabredung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung fort.
In Bezug auf die Aufbringung der Mittel (§ 14) hatte die Vorlage in Aussicht genommen, daß das Reich, die Arbeitgeber und die Arbeiter je ein Drittel beitragen sollen, und zwar die letzteren in Form von Prämien, das Reich, indem es zu jeder fällig werdenden Rente ein Drittel leistet.

Die Commission hat sich dahin schlüssig gemacht, daß das Reich zu jeder Rente 50 M. zuzuschießt; das andere bringen Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Theilen auf.

Die Socialdemokraten wollen diesen Reichs-Beitrag auf 90 Mark erhöhen.

Der Antrag Sike verweist den Reichszuschuß überhaupt, während Fürst Hatzfeldt die Sache dahin regeln will, daß das Reich vorläufig in jedem Jahre 35 Millionen Mark zuzuschießt. Soweit der Betrag nicht zur Rentenzahlung erforderlich ist, soll er in den Reservefonds fließen.

Abg. Richter: Wir stehen hier vor dem wichtigsten Punkt des ganzen Gesetzes. Durch den Reichszuschuß soll ein ganz neues Princip in unsere Gesetzgebung eingeführt werden. Wie man aber auch die Sache principiell auffassen mag, die finanzielle Tragweite des Gesetzes wird von Niemand verkannt werden. Da bedauere ich denn, daß uns weder der Schatzsecretär noch der preussische Finanzminister seine Gegenwart schenkt. Bei der Verabredung des Branntweinsteuergesetzes waren die Freunde der Vorlage allgemein der Meinung, daß ihre Erträge die Zwecke der Alters- und Invaliditätsversicherung dienen sollten. Wir haben ihnen sofort vorausgesetzt, daß, wenn sie einmal so große Beträge ohne Zweckbestimmung herausgeben, sie gar keine Entscheidung mehr über die Verwendung derselben haben würden. Die preussische Regierung hat das Heft in der Hand, und von ihrer Voraussetzung, daß die Branntweinsteuer zur Deckung der Kosten der Alters- und Invaliditätsversicherung dienen soll, ist keine Rede. Der Finanzminister v. Scholz hat neuerdings erklärt, daß die Bedürfnisse beim Reich auch durch Mehreinnahmen des Reichs zu decken sein würden. Diese Erklärung habe ich dem Staatssecretär v. Bötticher in der Commission vorgehalten; er hat darauf erwidert, der Ausspruch des Herrn Finanzministers sei cum grano salis zu verstehen; denn wenn einmal der Fall eintrete, daß eigene Einnahmen des Reichs nicht ausreichen, so werde auch der Finanzminister damit einverstanden sein, daß diese Bedürfnisse durch Matricularbeiträge zu decken seien. Der Finanzminister hat sich aber darum keineswegs auch nur um Haarsbreite von dem Plane abdrängen lassen, den er, wie wir jetzt wissen, Namens der preussischen Regierung entwickelt hat, und daß die preussische Regierung auch etwas zu bedeuten hat trotz der übrigen Herren im Bundesrath, werden

Sie nicht bestreiten. Der Finanzminister hat im Herrenhause Herrn Miquel gegenüber nochmals betont, daß wir vom Reich mindestens ebenso viel wie jetzt und so viel wie es das Bedürfnis Preußens erfordert, zu beziehen haben. Neue Bedürfnisse des Reichs müssen in der Hauptsache durch eigene Einnahmen des Reichs gedeckt werden. Es könne nicht wieder mit der anderen Hand genommen werden, was mit der einen gegeben worden sei; das würde ein Rückschritt in den durch die Steuerreform bisher erreichten Zielen sein. Das klingt doch ganz erheblich anders, als die Erklärung des Herrn von Bötticher. Beide Herren würden nur dann in Uebereinstimmung sein, wenn neue indirecte Steuern und Matricularbeiträge dasselbe wären. Trotz aller dieser Unklarheiten ist die Majorität bereit, für das Gesetz zu stimmen. Als Vertreter des Volkes sind Sie aber verpflichtet, den Bewohnern des Reichs klar zu sagen, aus diesen oder jenen Mitteln sollen die Kosten der Alters- und Invaliditätsversicherung gedeckt werden, um so mehr, als Millionen von Arbeitern daran theilhaftig sind. Auch der Herr Schatzsecretär, den ich jetzt auf seinem Platze sehe, ist nicht in der Commission gewesen, und wir haben also auch keine Auskunft über die finanzielle Deckung erhalten. Herr Bebel hat gesagt, wir haben einmal die indirecten Steuern, also wollen wir so viel wie möglich herauskriechen. Ich möchte ihn und seine Freunde doch vor dem verhängnisvollen Schritt warnen, den sie thun wollen. Es handelt sich nicht um die vorhandenen Steuern, es sollen noch neue geschaffen werden. Herr Grillenberger traf das Richtige, als er in der ersten Sitzung dieses Gesetz nur eine andere Vertheilung der Armenlasten zu Ungunsten der Arbeiter nannte. Auch die Freunde der Regierung sind über den Reichszuschuß sehr getheilter Meinung. Der „Hamburger Correspondent“ hat noch November 1888 den Reichszuschuß mit den allerhöchsten Worten verurtheilt, und die „National-Zeitung“ hat 1884 mit einer wahren Verachtung davon gesprochen. In welchem Grade dieses Gesetz die Armenlasten entrichte, weiß ich nicht; die Statistik weist aber nach, daß der größte Theil der Armenlasten auf die Wittwen und Waisen entfällt, denn die Arbeitskraft des Mannes wird bis zum letzten Rest aufgebraucht; aber selbst wenn die Armenlasten durch dieses Gesetz erleichtert würden, was folgt daraus? Die Armenunterstützung wird jetzt auf dem Wege der directen Steuern aufgebracht; fortan würde sie durch indirecte Steuern aufgebracht werden. Ist das eine Verbesserung? (Auf rechts: Ja!) Inwiefern als die Lasten von den Schultern der Vermögenden auf die der Unvermögenden gewälzt werden? (Widerpruch rechts.) Das paßt nicht zu Ihrem Ausdrucksbild der Socialreform im Interesse der Armen. Preußen giebt von seinen Ueberweisungen nichts heraus, und die Reichstagsmehrheit wird sich wohl hüten, den Reichszuschuß auf dem Wege neuer directer Steuern in den Einzelstaaten aufzubringen. Mit welchen Gefühlen würde wohl ein Steuerzettel mit der Bezeichnung: „Beitrag zur Deckung der Kosten der Alters- und Invaliditätsversicherung“ in Millionen von Familien aufgenommen werden? Was würden die Hunderttausende von kleinen Beamten, Handwerkern, Bauern zu dieser Steuer sagen, die von diesem Gesetz absolut keinen Vortheil haben? Der Centralverband deutscher Industrieller hält das Gesetz für undurchführbar, wenn der Reichszuschuß nicht mindestens ein Drittel der Renten beträgt. Ein Kölner Industrieller führt dagegen in einem sehr beachtenswerthen Schriftchen aus, wenn man überhaupt eine derartige Institution wolle, so müsse man dem Arbeitgeber, soweit die Industrie in Betracht komme, allein die Lasten auferlegen. Im Allgemeinen mühe der Arbeitgeber auf Kosten der Gesamtheit die Kraft des Arbeitnehmers aus und überlasse darauf ganz oder theilweise den Arbeitsunfähigen der Unterstützung der Gesellschaft. Der Arbeitgeber mache seine Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen, lebendes und todes Inventar, er amortisiere den Verbrauch von thierischer Arbeitskraft, aber den Verschleiß der menschlichen in der Regel nicht. Der Verfall der Reichszuschuß höchstens für ein Uebergangsstadium zulassen. Die öffentliche Discussion ist nicht erschöpft über dieses Gesetz; sie hat erst begonnen. Wenn wirklich der kleine Arbeitgeber die Last nicht tragen kann, dann machen Sie ein solches Gesetz nicht oder führen wenigstens nicht Zwangsversicherung ein. Der Graf Frankenberg hat in Anspielung auf die neuliche Rede des Herrn v. Bötticher im Herrenhause gesagt: Wenn der Muth in der Brust keine Spannkraft übt, so sei das sehr schön; aber in Geldangelegenheiten höre nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch der Muth auf. Wir würden man solche Worte sehr verdacht haben. Ich behaupte, die Sache ist nicht reif zur Entscheidung. Wie denkt sich der Schatzsecretär die finanzielle Deckung? Die Finanzminister der Bundesstaaten werden sich sehr dagegen wehren, etwas in der Form von Matricularbeiträgen wieder herauszugeben; es ist auch allgemein anerkannt, daß dieses Gesetz nur die kleinsten Uebelstände beseitigt. Sie nehmen mit diesem Gesetz dem Arbeiter einen Theil desjenigen, was er für seine Hinterbliebenen zurücklegen kann. Die Mehrzahl der Arbeiter steht mitten in voller Arbeitskraft; man wird also in kurzer Zeit schon an Versorgung der Wittwen und Waisen der Arbeiter denken müssen. Der Minister v. Bötticher hat selbst anerkannt, daß die Consequenz dieses Gesetzes die Wittwen- und Waisenversorgung ist, zu welcher man jetzt noch keinen Muth habe. Wenn man zu diesem Gesetz Muth habe, hätte man auch zu der viel wichtigeren Wittwen- und Waisenversorgung Muth haben sollen. Man wollte aber nur Erfolg der socialpolitischen Gesetzgebung nach außen hin. Nach ein paar Jahren wird man die Wittwen- und Waisenversorgung fordern, und wo haben wir dann die Mittel dazu? Haben Sie aber erst A gesagt, müssen Sie auch B sagen. Wir disponiren hier aus ein Jahrzehnt hinaus über die finanziellen Verhältnisse des Reichs. In Preußen rechnet der Etat mit den Ueberflüssen der Eisenbahnen. Wenn durch eine wirtschaftliche Krise dieser ganze Etat über den Haufen geworfen wird, weil die Eisenbahnüberschüsse ausfallen, werden keine Mittel mehr vorhanden sein. Da begreife ich Ihren Muth nicht. So lange mir nicht gesagt wird, wie die Mittel aufgebracht werden sollen, und daß die Vermögenden diese Lasten mit auf ihre Schultern nehmen wollen, so lange das Gesetz eine finanzielle Belastung der Armen ist, können wir ihm nicht zustimmen. (Beifall links.)

Abg. Reichensperger (C.) erklärt sich für den Reichszuschuß. Er befindet sich dabei im Widerspruch mit der Mehrheit seiner politischen Freunde, die aber durchaus nicht Gegner des Gesetzes an sich seien. Daß die Freimüthigen und Socialdemokraten vom Reichszuschuß nichts wissen wollen, sei begreiflich; denn sie hätten ja von Anfang an die ganze Vorlage verwerfen wollen. Die Socialdemokraten fühlen, daß die werthbähige Förderung der Interessen des Arbeiterstandes ihnen die Rettung der Massen aus der Hand nehmen wird, sie ahnen, daß der Umsturz, auf den sie ihre Hoffnungen gesetzt haben, in immer weitere Ferne rückt, je mehr die Unzufriedenheit der Massen verschwindet. Es sei lebhaft zu bedauern, daß nicht auch auf dem Gebiete der Arbeiterkassengesetzgebung der Bundesrath sich bewegen sollte, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu beseitigen. Gegen den Reichszuschuß wird geltend gemacht, daß er nur aus neuen indirecten Steuern, die die arbeitenden Klassen besonders belasten, bestritten werden kann. Ich bedaure, daß man nicht zu Luxussteuern greift. Aber wie kann man hier von der besonderen Belastung der untern Klassen durch die indirecten Steuern sprechen? Hier soll ja gerade diesen untern Klassen etwas zugewendet werden. Mit socialistischen Ideen hat der Reichszuschuß nichts zu thun. Wir legen nicht mehr im Nachwächterstaat, sondern der Staat ist bei und der gemeinsame Verband aller Staatsbürger zur Pflege der leiblichen und geistigen Interessen; deswegen ist eine solche Zuwendung aus öffentlichen Mitteln nothwendig und berechtigt, weil ohne diesen Zuschuß diese wichtige sociale Maßregel nicht durchgeführt werden könnte. Unsere Industrie hat schon für die Krankenversicherung und namentlich für die Unfallversicherung erhebliche Aufwendungen zu machen, so daß man ihr nicht zumuthen kann, diese Ausgaben allein zu machen; sie würden dadurch ihre Concurrerzfähigkeit verlieren. Das Gesetz wird nicht bloß materiell, sondern auch ethisch sehr gut wirken, indem es den Grundfah der Solidarität aller aufstellt und damit den Klaffen Gegensatz, den man künstlich zu führen sucht, beseitigt. Das ist wahrhaft praktisches Christenthum. (Beifall rechts.) Staatssecretär v. Malbahn: Das Gesetz beabsichtigt, die Schäden einer Jahrhundertlang falschen Gesetzgebung wieder gut zu machen, und wenn dazu eine große Belastung nothwendig ist, dürfen wir uns darüber nicht scheuen. Wenn die Mittel des Reichs nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken, werden die Matricularbeiträge ausgeschrieben werden müssen. Alles, was vom Reichstag und Bundesrath an Ausgaben beschlossen wird, muß gedeckt werden. Ob und wann es nothwendig sein wird, in den nächsten Jahren eine Aenderung der Gesetzgebung herbeizuführen, darüber will ich mich nicht auslassen; ein jeder Tag wird für das Seine sorgen. Wenn ich der Ansicht wäre, daß das Deutsche Reich nicht reich genug ist, um diese Ausgaben zu tragen, so würde ich gegen das Gesetz gestimmt haben. Ich bin aber der Meinung, daß Deutschland reich genug ist. In den ersten Jahren wird der Reichszuschuß kein bedeutender sein. Die Einzelstaaten erhalten vom Reich 64 Millionen Mark mehr als sie an Matricularbeiträgen bezahlen; diese Ueberweisungen be-

ruhen auf Einnahmen, die bei gesunder Wirtschaft steigen werden; ich glaube deshalb, daß der Reichszuschuß nicht allzu stark belastend sein wird, wenn man die richtige Form der Aufbringung desselben wählt. (Beifall rechts.)

Abg. Winterer (Graf): Ich kann mich mit Herrn Reichensperger nicht einverstanden erklären. Die Versicherung der Arbeiter, welche übrigens den Kern der socialen Frage nicht freist, ist Sache der Industrie und der Arbeitgeber überhaupt. Der Staat darf sich nicht an die Stelle dieser Factoren setzen. Die Herren, welche den Reichszuschuß befürworten aus socialen Motiven, verwechseln Staat und Gesellschaft. Daß der Staat seinen Beamten Pensionen gewährt, ist berechtigt; aber alle Menschen zu Staatspensionären zu machen, führt direct auf den Boden des Socialismus. Die Pensionäre werden bald sagen, daß die Rente nicht ausreicht; die Frage wird stets eine offene sein und von Agitatoren ausgenutzt werden. Schließlich werden die Monopole die letzte Zuflucht sein, die wiederum immer die armen Klassen belasten werden. Liebet die Brüder, hat Herr von Bötticher gesagt. Eine durch Strafen erzungene Pflichterfüllung kann ich nicht als eine Erfüllung der christlichen Pflicht anerkennen. Gegenüber der Erfüllung der Pflichten durch den Staat wird die eigene Pflichterfüllung zurücktreten; man wird den Staat als den ersten Helfer ansehen, und wenn er nicht richtig hilft, dann werden die Socialdemokraten kommen und sagen: Ja, dieser Staat kann nicht helfen, aber der socialdemokratische Staat wird helfen. So wird die Unzufriedenheit vermehrt und gestärkt werden. Deswegen werde ich gegen den Reichszuschuß stimmen. (Beifall im Centrum.)

Graf Stolberg (cons.): Die Ueberlieferungen der preussischen Monarchie haben immer einen gewissen socialen Anstrich gehabt. Ich erinnere nur an die Bauernbefreiung und an die Tendenzen des allgemeinen Landrechts. Unsere Verhältnisse sind aber heute nicht mehr so einfach, wie zur Zeit des Landrechts; deshalb bedarf es eines complicirten Verfahrens, aber wir begeben uns damit nicht auf eine abschüssige Bahn zum Socialismus.

Abg. Orterer (C.): Bereits neulich ist hier ausgesprochen worden, daß die kaiserliche Botschaft von 1881 nicht der erste Initiativact auf diesem Gebiete gewesen ist. Im Jahre zuvor sind bereits wichtige Anregungen aus dem Reichstag heraus gegeben worden, und über die Grundlage des Unfallversicherungsgesetzes, den Versicherungszwang, bestand bereits vor der kaiserlichen Botschaft eine Uebereinstimmung. Der Abgeordnete Reichensperger begründete den Reichszuschuß mit dem Hinweis, daß der Staat der organisierte Verband des Volkes zur Pflege aller leiblichen und geistigen Güter ist. Wenn man diesen Satz anerkennt, dann kommt man allerdings zu derjenigen Ausgestaltung der Versicherung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird. Man kommt aber noch viel weiter. (Sehr richtig!) Der Staat ist dann nicht allein jener große Schutzgeist, der alle Mühen und Schwächen an seine Brust drückt, er ist zugleich der oberste Sädelmeister, der oberste Richter und Priester, kurz er ist alles zusammen. (Sehr richtig!) Es möchte dem Abgeordneten Reichensperger schwer werden, seinen Standpunkt, consequent durchgeführt, mit seiner Haltung auf dem Gebiete der Schulpolitik zu vereinigen. (Sehr richtig!) Staatssecretär v. Malbahn meinte, die Belastung eines Jahrhunderts sei nicht zu groß, um die Schäden einer hundertjährigen verkehrten Entwicklung der Verhältnisse auszugleichen. Die Regierungen sollten aber vorerst jene ungelöste Entwicklung, die wir fortgesetzt nähren, hinten halten und zu unterdrücken suchen. Eine gesunde und richtige Socialpolitik müßte sich zunächst mit dem gefunden und arbeitsfähigen Arbeiter beschäftigen; aber auf dieser Bahn ist außerordentlich wenig Fortschritt zu bemerken. Der Fortschritt der socialen Gesetzgebung, wie er uns hier vorgeschlagen wird, ist principiell und finanziell höchst bedenklich.

Mit Recht meinte der Abg. Winterer, Zwang und Liebe seien nicht dasselbe. Auch der Abg. Reichensperger verhorrescirte 1881 ausdrücklich das zwangsweise Nehmen, das sei nicht die christliche Caritas. (Abg. Richter: Hört! hört!) Es ist überhaupt wunderbar, welche Wandlung in dieser wichtigen Frage über die Mitglieder des Reichstags gekommen ist. Von allen Seiten wurde 1881 dem Reichszuschuß in der kräftigsten Weise widersprochen, weil der Gedanke der Unterstützung der Arbeiter durch den Staat zu den allerbedenklichsten Folgen führen müßte, und auch der Reichszustand, der diesem Gefühl sich fügte, bei dem nächsten Gesetzesentwurf den Reichszuschuß weggelassen. Der Gedanke des Zusammenfassens der corporativen Verbände, der Familie und Gemeinde, der auch in der kaiserlichen Botschaft ausgesprochen ist, wird dagegen jetzt weniger betont; selbst Herr v. Frankenstein hat sich nur für den Reichszuschuß erklärt, weil ohne denselben das ganze Gesetz nicht möglich wäre. Das ist oft und viel behauptet, aber der Beweis dafür nicht erbracht. (Sehr richtig!) Daß die Industrie die neue Belastung nicht würde tragen können, ist auch 1881 gesagt worden; die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die deutsche Industrie auch ohne den Reichszuschuß die Last wohl tragen kann. Aber auch wenn der Beweis, daß die zu verschärfenden Erwerbsgruppen nicht in der Lage seien, das Plus zu tragen, geliefert wäre, wie er nicht geliefert ist, so würde daraus auch noch mit Nichten folgen, daß das Reich eintreten muß. Es würde daraus nur folgen, daß wir noch nicht so weit sind, eine solche Versicherung überhaupt einzurichten, sondern den Schritt einhalten müssen, den wir seit 1881 einge halten haben. Man sollte nicht gleich die halbe Ration in das Gesetz hineinnehmen, wenn man die Mittel dafür nicht aufbringen kann, die doch schließlich aus den Taschen derer genommen werden, die versichert werden sollen. Aus diesem Grunde ist das Gesetz auch nicht geeignet, in den Arbeiterklassen Verberbung hervorzurufen. Mit Grund begleitete Abg. Bebel die Ausführung Windthorsts darüber, auf welchem Boden wir uns bewegen, mit Lächeln und Beifall. Ich glaube, die Socialdemokraten führen uns schließlich noch ad absurdum und nehmen das Gesetz an. (Beifall und Heterfel!) Man sagt, ohne Reichszuschuß wäre eine ganz andere Organisation nothwendig. Es ist ja aber nicht unbedingt erforderlich, daß das Gesetz schon in dieser Session zu Stande komme; der Reichstanzler selbst hat doch neulich seine Verwunderung ausgesprochen, daß der Reichstag so schnell ein so großes Werk fertig bringen sollte. Ein langwieriges Vorgehen würde auch nach dieser Richtung allmählich das richtige Ausmaß dessen haben lassen, was geleistet werden kann. Der Abg. Graf Stolberg nahm die Meinungsverschiedenheit über wichtige Fragen des Gesetzes selbst bei den Freunden der Vorlage als gutes Omen; mir beweist dies nur, daß die Meinungen noch nicht gefaßt sind und die Commissionserathungen hier im Plenum fortgesetzt werden (Sehr richtig!), wo dann zufällige Mehrheiten, möchte ich bemerken, über die einzelnen Bestimmungen entscheiden. Die sofortige und principielle Inanspruchnahme des Reichszuschusses hat gleich beim ersten Beschlusse des Entwurfs allgemein überrascht, auch in denjenigen Kreisen, welche warm für die Vorlage eingetreten sind. In hoch angelegenen Blättern der Regierungsparteien selbst wurde betont, daß der Reichszuschuß für das Zustandekommen des Gesetzes eine Gefahr und ein Hinderniß sein werde; es sei gewagt, eine solche Last auf das Reich zu übernehmen und damit das ganze Werk auf das Wohl und Wehe der Reichsfinanzen zu stellen.

Abg. Gamp (Rp.): Herr Richter verlangt von uns, wir sollen angeben, welche neuen Steuern die Mittel aufbringen sollen. Haben uns denn die Herren angegeben, wie sich die von ihnen bewilligten Ausgaben decken sollten. Sie haben „jeden Mann und jeden Groschen“ bewilligt und doch gegen die Branntweinsteuer gestimmt. Wo wäre das Reich geblieben, wenn alle Steuern abgeleht wären, die Herrn Richter nicht gefallen! Man sagt, der Reichszuschuß wird durch die Arbeiter selbst aufgebracht; aber bringen nicht auch andere Leute die indirecten Steuern mit auf. Wenn man lediglich die Arbeiter und Arbeitgeber zu Beiträgen verpflichten wollte, wohin sollte das führen! Man müßte doch die Versicherung dann so einrichten, daß die älteren Arbeiter höhere Beiträge zahlen, als die jüngeren; denn wenn man gleiche Beiträge einführen müßte, man die jüngeren Arbeiter für die älteren mitbezahlen lassen. Deshalb ist ein Zuschuß des Reichs nothwendig, um sofort mit gleichen Beiträgen anfangen zu können, ohne den Arbeiter zu belasten. Vielleicht wäre es besser gewesen, den Reichszuschuß von vornherein als eine übergehende Einrichtung zu bezeichnen, die den Uebergangszustand erleichtern soll. Zu bedenken ist doch auch, daß eine Erhöhung der Rente schon in wenigen Jahren nothwendig sein wird, da 50 Mark von heute schon in einigen Jahren nicht mehr den gleichen Werth repräsentiren werden. (Sehr richtig.) Die Berechnung auf 80 Jahre mag theoretisch richtig sein, aber wenn wir billig und gerecht sein wollen, werden wir eine Erhöhung des Zuschusses gewähren müssen. Man sagt, das werde sich schon finden, wenn wir die Mittel dazu haben. Ja, wo haben wir sie denn? Die Antwort, aus Artikel 70 der Verfassung, befriedigt mich nicht, weder vor dem Standpunkte des Reichstagsabgeordneten, noch von dem des bairischen Abgeordneten. Der Schatzsecretär meint, für die nächsten Jahre sei

schon gefordert, wir sollten den Reichszufuß nur bewilligen; jeder Tag habe seine Sorgen und seine Plagen. Im Finanzgebahren einer Familie, eines Kreises, würden wir eine solche Anschauung gewiß nicht gelten lassen. (Hört! Hört!) Sei es, daß zur Deckung der Mittel der Weg der indirecten Steuern oder der Matricularbeiträge gewählt wird, immer hat der Reichszufuß in seinen Consequenzen für die Budgets der einzelnen Länder die größten Bedenken. Aus der Calamität wird nur ein Ausweg übrig bleiben, nämlich einmal eine große erziehbare Steuer zu schaffen. Nach der Perspective, die uns von kompetenter Seite wenigstens andeutungsweise eröffnet worden ist, giebt es keinen anderen Ausweg, als das Tabaksmonopol und das Branntweinmonopol; denn 1887 wurde gesagt, der Branntwein sei noch nicht scharf genug herangezogen. Dieser Weg und andere Nebenwege können wir nicht gehen, und darum haben wir die größten politischen Bedenken gegen diesen Reichszufuß. Unter meinen politischen Freunden ist nicht einer, der nicht den entscheidenden Willen hätte, in dem Sinne mit ihnen aufzubauen, wie wir es f. B. vorge schlagen haben; aber in einem anderen Tempo und in anderer Weise, als es hier vorgeschlagen ist. Ein Theil meiner politischen Freunde erwartet von diesem Wege nicht eine allgemeine große Zufriedenheit, wie Herr Reichensperger. Die Vorrichtung ist der Tasperkeit besserer Theil. Auch unsere Anträge führen zum Ziel; deshalb empfehle ich Ihnen den Antrag Hertling zur Annahme. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen: Herr Orterer hat die bairischen Finanzen so schwarz gezeichnet, daß sie eine kleine Vermehrung der Matricularbeiträge nicht vertragen können. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten, namentlich an Bayern, sind doch sehr erheblich; sonst würde auch wohl Herr von Frandenstein dieser Vorlage nicht zugestimmt haben. Die Arbeiterzuschußgesetzgebung würde vielleicht eine unmittelbare Wirkung auf die Arbeiter haben, als diese Gesetzgebung (hört! links); aber beide Dinge gehen neben einander her und können getrennt behandelt werden. Wenn in Bezug auf den Arbeiterzuschuß eine Uebereinstimmung mit dem Reich noch nicht erzielt werden könnte, so ist das zu bedauern; hoffentlich wird eine Aenderung eintreten. Daß Herr Winterer die Staatshilfe zurückweist, war mir sehr wunderbar, denn seine eifrigen Freunde waren vor zehn Jahren eifrig dabei, die Schulpflicht für die Industrie zu verlangen. Die Branntweinsteuer hat Herr Richter abgelehnt, weil keine Ausgaben vorhanden seien, die daraus gedeckt werden müßten; jetzt will er die Vorlage ablehnen, weil keine Mittel für den Reichszufuß vorhanden sind; immer nur das charakteristische „Nein“; denn Herr Richter nimmt die Vorlage nicht an, auch wenn der Reichszufuß daraus entfernt wird. (Zuruf Richters: Wo ist denn die Branntweinsteuer? Heiterkeit.)

Vor acht Jahren, als ich mich gegen den Reichszufuß für die Unfallversicherung erklärte, habe ich noch nicht die Erscheinung übersehen können, welche die sociale Bewegung hervorgerufen hat; aber einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen meiner damaligen Auffassung und der heutigen kann ich nicht abgeben. Ich habe mich damals gegen eine bürokratische Einrichtung ausgesprochen, welche die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeitgeber ausschließt. Die finanzielle Last und die Arbeit fällt jetzt den Beteiligten zu; ein großes Maß umfangreicher Selbstverwaltung im Ehrenamt wird von den Arbeitgebern und den Versicherten gefordert. (Heiterkeit.) Der Reichszufuß wird gegenwärtig keine großen finanziellen Ansprüche erheben; wir sind der Meinung, daß er keinen Anlaß zu neuen indirecten Steuern geben wird. Die Einzelstaaten werden eine Verschönerung der Matricularbeiträge wohl ertragen können, und in Preußen ist ja eine Reform der directen Steuern schon seit lange in Aussicht genommen, wobei durch anderweitige gezielte Maßregeln höhere Einnahmen erzielt werden müssen. (Zuruf: Antrag von Suerne.) Ja, wir können doch hier nicht auf die spezielle Frage eingehen. (Heiterkeit links.) Ohne den Reichszufuß könnten verschiedene Erleichterungen nicht durchgeführt werden, welche die Commission beschlossen hat in Bezug auf die Rückzahlung u. s. w. Es wird vor den Consequenzen dieses socialpolitischen Schrittes gewarnt; der Reichstag und die Regierung wird doch diese Maßregel durchführen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Hat der Staat seine fürsorgende Hand nicht immer geöffnet bei Aufgaben, die eigentlich nicht dem Ganzen zu gute kommen, sondern nur einzelnen Theilen? Canalbauten, Eisenbahnbauten konnten nur einem bestimmten Landstrich zu gute, und doch werden sie auf Kosten der Gesamtheit gebaut. Wir stehen ungewiß vor der weiteren Entwicklung der socialen Bewegung; mit regressiven Mitteln allein ist dieser Bewegung nicht beizukommen. Wo die Bewegung einen gefährlichen Charakter annimmt, werden sich die angegriffenen Klassen ihrer Haut wehren müssen, auch durch drastische Mittel. Wenn diese Bewegung durch das allgemeine gleiche Stimmrecht ein gewichtiges Werkzeug gewonnen hat, welches man ihr auch nicht widernehmen wollen, soll man nicht aus ihr heraus die Mittel zur Abwehr nehmen? Auf diesem Wege liegt auch das große Werk, mit dem wir uns jetzt beschäftigen. Seit der Herstellung der Verfassung sind wir mit einem so wichtigen Werke noch nicht befaßt worden. (Zustimmung.) Es giebt kaum in irgend einem Staate der Welt ein Werk von solcher Bedeutung. (Sehr richtig.) Ein solches Werk können wir wagen, weil wir feste, gesunde Zustände in Deutschland haben, in unserer Verfassung, in unserer Gesetzgebung und namentlich in der Monarchie, die stets ihre Stellung über den Parteien erkannt hat. (Beifall rechts.) Gerade auf diesem Boden kann eine solche Arbeit mit Aussicht auf Erfolg übernommen werden. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Director im Reichsamt des Innern Bosse: Die heutige Debatte hat deutlich bewiesen, was bei der Begründung der Vorlage schon gesagt wurde, daß die Vorlage ohne den Reichszufuß nicht zu Stande kommen wird. Der Reichszufuß ist gleichsam das Zeugniß dafür, daß die Gesamtheit überzeugt ist von der Wichtigkeit der humanen Bestrebungen, welche hier verfolgt werden. (Beifall rechts.)

Abd. Windthorst: Der Reichszufuß ist der Kernpunkt der ganzen Vorlage. Die gehörigen Ausführungen haben mich in der Ablehnung des Reichszufusses nur bestärkt. Mein Fraktionsgenosse Reichensperger hat die Aufgabe des Staates in einem Umfang definiert, wie kein anderer außer den Socialdemokraten. Er hat die Staatsomnipotenz in einem Umfang proklamirt, den wir niemals anerkennen können, und den der Abg. Reichensperger bisher niemals anerkannt hat. Da besteuere Neben, die ich bisher von ihm gehört habe, waren gegen diesen Gedanken gerichtet, von dem er heute ausging. (Abg. Richter: Hört! hört!) Es ist leider so weit gekommen, daß die jetzt in der Vordergrund gestellten materiellen Aufgaben des Staates die anderen, namentlich die eigentliche Aufgabe des Staates, das Recht zu schützen, zurückdrängen. (Sehr wahr links.) Nach dem Abg. Reichensperger soll der Staat auch die materiellen und geistigen Güter des Volkes schützen; er hat dabei wohl die anderen Factoren, die diesen Schutz auch ausüben haben, nicht ausschließen wollen und können. Er hat doch wohl die Aufgabe der Schule und Kirche auf geistigen Gebieten nicht vereinigen wollen. In seinen Worten lag das zwar nicht, aber er kann es nicht anders gemeint haben, als daß der Staat diese Güter auch fördern soll, aber nicht allein. In der „Vossischen Zeitung“ habe ich kürzlich Darlegungen gefunden, die ich der allgemeinen Aufmerksamkeit nicht genug empfehlen kann, da sie uns klar zeigen, aus welcher Apotheke alle diese Gesetze gekommen sind (Abg. Richter: Sehr richtig!); nämlich aus der des Herrn Geheimraths Wagener und des Herrn Robertus. In dem Artikel ist auf ein ausnehmend von Herrn Wagener herrührendes und dem Reichsanwalt überreichtes Memorandum hingewiesen, worin ausgesprochen ist, es müßte das Tabaksmonopol eingeführt und die Eisenbahnen zu Verstaatlichung gemacht werden, was aber erst geschehen könne, wenn man die arbeitende Bevölkerung dafür gewonnen hätte, und zu diesem letzteren Zwecke will man nun dieses Gesetz hier machen. Nach dem Culturkampf wollte man auf dem socialen Gebiet weitergehen und den socialen Papst gegen den andern auspielen, und den ersteren, also die weltliche Macht, mächtiger machen. So hoffte man den Einfluß der Kirche auf die Arbeiter zu beschränken. (Hört! Hört! im Centrum.) Ganz gleiche Gedanken findet man in den Schriften des Philosophen E. v. Hartmann. Diese Ideen haben auch mitgeteilt. Der Reichsanwalt hat uns neulich enthielt, daß ihm die Vaterkraft der kaiserlichen Hofstadt gebührt. Ich glaube bisher, sie rühre von dem hochseligen Kaiser Wilhelm her. Jetzt wissen wir es anders. In der kaiserlichen Hofstadt steht nichts von diesem Reichszufuß; man kann sich dafür auf die Hofstadt nicht berufen. Man kann uns daher nicht beschuldigen, daß wir nicht bereit wären, das Wort des Kaisers zu erfüllen. Das Wort des Fürsten, selbst wenn es ein irriges gewesen ist, muß auf jeden Fall aufrecht erhalten werden; denn nur so läßt sich der Glaube an die Monarchie erhalten. Diese Fürsorge für die invaliden Arbeiter kann aus dem eigenen Kraft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht werden. Bei allen bisherigen Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ist von einem Reichszufuß keine Rede gewesen. Man kann nicht sagen, wenn man einen solchen Zwang üben wolle, müsse man als Gegenleistung einen Zuschuß geben; ist der Zwang an sich nicht gerechtfertigt, muß er unterbleiben; ist er nur mit dem Reichszufuß gerechtfertigt, muß man nicht einen Theil, sondern das Ganze geben. Viel richtiger wäre es, die ganze Last auf die Staatskasse zu übernehmen, dann würde auch die Agitation im Volke beschränkt werden. Das kann man

aber nicht, weil das Geld nicht vorhanden ist. Die Arbeiter werden aber doch nicht eher zufrieden sein, als bis sie das Ganze erreicht haben. Ich lege hier auf das Urtheil der Socialdemokraten einigen Werth, weil sie sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, und wenn sie hier faule Dinge machen würden, würde der gesunde Menschenverstand, der auch in den großen Ländern vorhanden ist, sich ihnen widersetzen. Die Socialdemokraten verwerfen die Sache an sich nicht, aber verlangen mehr; aber wer weiß, ob sie in ihrem Herzenstämmerlein wünschen, daß das Gesetz abgelehnt wird. Ich glaube das nicht; sonst hätten sie ihren gesunden Menschenverstand verloren. (Heiterkeit.) Es ist leicht behauptet, daß die Industrie die Lasten nicht allein tragen kann, wenn sie concurrenzfähig bleiben soll; aber beweisen ist es nicht. Autoritäten auf dem Gebiete der Industrie sind anderer Ansicht. Die Last ist zwar nicht angenehm, könnte aber doch ertragen werden. Der Abg. v. Bennigsen meint, diese Maßregel würde dem deutschen Namen zur Ehre gereichen und das deutsche Volk nicht ruinieren. Ich bin erfreut über die patriotischen Empfindungen, die in seinen letzten Worten zum Ausdruck kamen; aber wir haben es hier mit realen Verhältnissen zu thun, bei leerem Geldbeutel ist mit der Phantasie nichts anzufangen. Machen wir einen Fehltritt, so ist er nicht wieder zurück zu thun. Der Herr Schatzsecretär hat gesagt, Geld für die erste Zeit sei da, was später kommt, will er später sehen. Das ist die Rede von Leuten, die lustig darauf los wirtschaften und ihren Enkeln die Lasten überlassen. Die durch die indirecten Steuern, namentlich die Branntweinsteuer, erzielten Mittel, werden leider schon in den einzelnen Staaten in jeder Weise verzerzt. Wenn wir dieses Gesetz votieren, haben wir mindestens in zehn Jahren das Tabaksmonopol. (Bewegung.) Die Vorlage führt zum Tabaksmonopol. Dadurch wird die Staatsomnipotenz immer mehr hervorgehoben. So lange ich lebe, werde ich aber gegen das Tabaksmonopol wirken. Wir können anders für den Arbeiter sorgen. Die Loslösung von der Familie, von der Gemeinde auf Grund dieses Gesetzes führt zum Verderben. Wir müssen an die ursprünglichen Verhältnisse wieder anknüpfen und dürfen nicht Alles in dem allgemeinen Staat auflösen. Dieses Gesetz wird Unheil über Deutschland bringen! Möge Gott Deutschland schützen! (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Staatssecretär v. Bötticher: Die Griften des Memoires der Herren Wagner und Robertus will ich nicht bestreiten; auf die Vorlage selbst ist es von keinem Einfluß gewesen. Der Redner hat mit dem Tabaksmonopol gedroht; die ganze Gesetzgebung sollte nur auf das Tabaksmonopol vorbereiten. Ich könnte ja mit Entrüstung einen solchen Schacher zurückweisen. (Heiterkeit.) Für mich ist die Sache einfach konstatirt. Ob das Tabaksmonopol ein Bedürfnis ist oder nicht, lasse ich ganz dahin gestellt. (Zuruf im Centrum: Aha! Heiterkeit.) Die Herren scheinen es als Bedürfnis anzuerkennen. Jedenfalls steht es jetzt nicht auf der Tagesordnung. Für die Zukunft für unsere Nachfolger kann ich keine Garantie übernehmen. Der Reichszufuß ist wirtschaftlich und politisch begründet darin, daß man der Industrie eine unbekannte Last auferlegt, daß die Gemeinden entlastet werden von der Armenpflege. Das ist die einfache Erklärung für den Reichszufuß. Mit dem Ausdruck: Staatspensionäre wie man die Leute grauslich machen; sie erhalten ihre Pension aus den Kassen der Versicherungsanstalten, welchen das Reich einen Zuschuß leistet. In der kaiserlichen Hofstadt steht nichts von einem Reichszufuß; aber es wird als Aufgabe des Reiches bezeichnet, die Fürsorge für die alten und invaliden Arbeiter zu betheiligen. Der Kirche, der Schule wird ihre wohlthätige Wirksamkeit nicht entzogen; wäre dies der Fall, dann ist jeder Zwang für die Arbeiterversicherung verwerflich. Dieses Gesetz wird nicht eine Lösung, sondern eine Festigung des Familienverbandes herbeiführen, denn jetzt wird der alte Vater als bloß brotessendes Individuum mit scheelen Augen angesehen. Das Reich ist nicht allein stark genug, diesen Zuschuß zu leisten, sondern die Annahme dieser Vorrichtung wird den betheiligten Kreisen das Gesetz schmachhafter machen und seine Durchführung erleichtern.

Ein kurz vor 4 Uhr vom Abg. Schmidt (Elberfeld) gestellter Antrag, die Debatte mit Rücksicht auf die Abendfügung zu verlagern, findet nicht genügende Unterstützung.

Abg. Bebel: Die Debatte war insofern interessant, als sie gezeigt hat, daß wir ohne die Furcht vor der Socialdemokratie das Gesetz nicht haben würden. Der Abg. Reichensperger meinte andererseits, ähnlich wie neulich Herr v. Bötticher, daß das Gesetz dem Einfluß der Socialdemokratie einen Riegel vorschieben werde. Ich habe den lebhaften Wunsch, daß es dem Abg. Reichensperger vergönnt sein möge, bei voller Gesundheit den Moment abzuwarten, wo auf Grund dieses Gesetzes die Socialdemokratie den Rückgang nimmt; er wird dann noch sehr alt werden. Nach der logischen Consequenz seines Gedankenganges kann es für den deutschen Arbeiter gar nichts Verlockenderes geben, als bei den nächsten Wahlen möglichst viele socialdemokratische Vertreter in den Reichstag zu entsenden, weil sie dann eine um so wirksamere Arbeiterzuschußgesetzgebung zu erwarten hätten. Das Privateigenthum leugnen wir ebenso wenig, wie wir dem Schatzsecretär zugeben können, daß die Entwicklung der Culturgeschichte solche Bahnen gegangen ist. Privateigenthum und Klaffengegenstände sind notwendige Producte der Gesamtentwicklung, ebenso wie die Gesetzgebung, die wir heute treiben; auch die Socialdemokratie konnte erst unter den gegenwärtigen Verhältnissen entstehen. Aus demselben Grunde verrät es eine kurzfristige Auffassung, als könnte man beliebig eine vorhandene Gesellschaftsordnung beseitigen oder ändern. War das Privateigenthum eine notwendige und nützliche Entwicklungsstufe, so ist es heute zum Uebel geworden. Wir leugnen deshalb nicht das Eigenthum als solches, sondern wollen es zum Gemeineigenthum machen. Die socialdemokratischen Abgeordneten werden gegen das Gesetz stimmen, weil es nicht socialdemokratisch genug ist. Es bewegt sich vollständig auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, an der auch nicht um Haarsbreite eine Aenderung eintreten wird; es wird nur eine kleine Veränderung in Bezug auf untergeordnete Einkommensverhältnisse zur Folge haben. Die sociale Lage der Gesamtheit der Arbeiter wird dadurch nicht geändert, schon deshalb nicht, weil die größte Zahl der Arbeiter frühzeitig stirbt, ohne überhaupt Invalide geworden zu sein. Wären die Opfer so gewaltig, so würde sich die Gesellschaft dagegen wehren, wie sie sich gegen die progressive Einkommensteuer zum Beispiel wehrt. Selbst, wenn sie alle unsere Anträge annehmen, würden noch nicht 10 Procent der Arbeiter befreit sein. Nach den bisherigen Verhältnissen können wir für das Gesetz nicht stimmen. Wir tragen dafür die volle Verantwortung, und ich bin überzeugt, wir werden davon bei den Wahlen keinen Schaden haben. Wir sind principiell Anhänger des Reichszufusses; ohne denselben ist das Gesetz für uns einfach unannehmbar und auch undurchführbar. Der Kampf im Centrum hat mich gefreut; er ist auch eigentlich die Schuld der Socialdemokratie. Herr v. Frandenstein und seine Freunde kommen uns bereits entgegen; sie sagen, wir müssen den arbeitenden Klassen unter die Arme greifen, sonst kommt die Sündfluth über uns. Die anderen sind der Meinung, daß dies nicht geschehen dürfe; denn wenn man den Socialdemokraten den kleinen Finger reiche, verlangen sie die ganze Hand. Dieser Streit zieht mich zunächst nicht an. Nachdem aber der Antrag auf Einschränkung der Versicherungspflichten abgelehnt ist, hätten Sie eigentlich für den Reichszufuß eintreten müssen, da die kleinen Leute nun in noch höherem Maße getroffen werden. Dagegen, den großen Unternehmern die ganze Last aufzuerlegen, würden wir nichts einwenden; sie würden die Last tragen können. Am meisten würde es meinen Wünschen entsprechen, die Last allen Besitzenden mit einem Einkommen über 3000 Mark aufzuerlegen, gleichviel, ob das Unternehmer oder Rentner oder sonst etwas sind. Das Reich ist wohl in der Lage, den Zuschuß zu gewähren, namentlich, wenn die Kostgänger der Einzelstaaten beseitigt wird. Die Mittel dazu auf dem Wege indirecter Steuern aufzubringen, wird man nicht versuchen, weil man weiß, daß die Arbeiter die Wirkungen derselben ganz genau kennen. Wir werden für den Reichszufuß stimmen, aber schließlich gegen das ganze Gesetz, weil es den Interessen nicht entspricht, die wir vertreten.

Mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die Debatte. Die Abstimmung über den Reichszufuß wird erst erfolgen, wenn die anderen zu dieser Frage gehörigen Abschnitte des § 14 erledigt sind. Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Abends 8 Uhr. (Genossenschaftsgesetz.)

Abendigung.

8 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Dehlshäger. Auf der Tagesordnung steht lediglich die dritte Veranlassung des Gesetzes, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. In der Generaldiscussion begrüßt Abg. v. Gräbe (Pole) die Einführung der Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht im Interesse der kleinen ländlichen Besitzer mit Dant, bedauert aber die Befreiung der Tantieme für die Mitglieder des Verwaltungsraths, weil dadurch ein Sporn für den Eifer derselben fortfällt; auch gegen die Revisionbestimmungen habe er Bedenken, gleichwohl würden die polnischen Abgeordneten bei der Schlussabstimmung für das Gesetz stimmen.

Abg. Graf v. Mirbach bezeichnet es als ein erfreuliches Ereignis, daß ein so umfangreiches Gesetz fast unverändert nach den Beschlüssen der Commission angenommen worden ist. Den gleichen Dank wie die Commission für ihre Arbeiten verdienen der Berichterstatter für seinen sorgfältigen Bericht und die Mitglieder des Bundesraths für ihre Mitwirkung.

Abg. Schand (Hr.): In einigen Punkten hat der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung Verbesserungen erfahren; dieselben werden aber aufgehoben durch Einführung der Genossenschaften mit unbeschränkter Nachschußpflicht. Diese Bestimmung, sowie die zugelassene weitgehende Staatsaufsicht, widersprechen dem Wesen der Genossenschaft. Ich werde jedoch für den Gesetzentwurf stimmen, weil die Einführung der Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht den jetzigen Zustand wesentlich verbessert.

Abg. Mehner erklärt sich gegen das Gesetz, weil es viele im genossenschaftlichen Leben anerkannte Uebelstände nicht beseitigt und Licht und Schatten ungleich vertheilt.

Damit schließt die General-Discussion.

In der Special-Discussion werden die meisten Paragraphen ohne weitestehende Debatte angenommen.

Zu § 8 wiederholt Abg. Kulemann (ntl.) seinen in zweiter Lesung abgelehnten Antrag, wonach Consumvereine nur an ihre Mitglieder verkaufen dürfen.

Abg. v. Rheinbaben will nicht in das wilde Kriegsgeschrei der Kaufleute über die Concurrenz der Genossenschaften einstimmen; die Genossenschaften sollten aber die durch ihr Wesen ihnen gezogenen Grenzen des Betriebs nicht überschreiten und nicht Geschäfte mit Nichtmitgliedern machen. Soweit die Mißstimmung der kleinen Kaufleute über die Consumvereine auf diese Ausdehnung der Thätigkeit der letzteren zurückzuführen, sei sie berechtigt und müsse ihr Rechnung getragen werden.

Gef. Rath Hagen bezeichnet die Aufnahme des Antrags Kulemann in das Gesetz als für die verbündeten Regierungen nicht gelegen. Der Kleinhandel bedürfe und verdiene Schutz, aber mit der vorgeschlagenen Beschränkung des Geschäftsbetriebes der Consumvereine werde dieser Schutz nicht erreicht; andererseits sei damit eine erhebliche Schädigung der Genossenschaften verbunden, die in keinem Verhältnis zu dem Vortheil für den Kleinhandel stehe. Die Controle sei dazu völlig unausführbar und öffne der Schleichhandlung der Genossenschaften Thür und Thor.

Abg. Langerhans (Hr.): Der Antrag hat zwar etwas Bestehendes, erreicht aber nicht, was er bezweckt. Diese Bestimmung würde denen, denen sie nützen soll, doch nicht nützen; wird dieselbe Gesetz, so werden sich die Consumvereine nicht unter das Genossenschaftsgesetz stellen. Die Consumvereine haben eine ganz bestimmte Kundschaf, welche auf ihre kleinen Erparnisse angewiesen sind, und müssen mit Rücksicht hierauf geschützt werden. Die Concurrenz der Consumvereine für die übrigen Händler ist ein wahrer Segen im Interesse der Verbilligung der Nahrungsmittel.

Abg. Diehl (C.) erklärt sich für den Antrag.

Abg. Graf Mirbach (Hr.): Die Frage hat ihre zwei Seiten und ist auch in verschiedenen Landestheilen ganz verschieden. In der Praxis wird das Verbot nach dem Antrag Kulemann doch nichts nützen. Ich bitte deshalb um Ablehnung des Antrags. (Beifall.)

Der Antrag wird mit 113 gegen 93 Stimmen angenommen, dagegen ein weiterer Antrag Kulemann: als § 14a: für diejenigen, welche in Consumvereinen Waaren an Nichtmitglieder verkaufen, eine Strafe bis zu 30 M. festzusetzen — abgelehnt.

Schließlich gelangt das Gesetz im Ganzen zur Annahme.

Schluß 10½ Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Invalidenversicherung.)

Landtag.

* Berlin, 4. April. Im Abgeordnetenhaus gab heute vor Eintritt in die Tagesordnung Herr von Schorlemer-Alst als Vorsitzender des Seniorencouncils unter dem lebhaftesten Beifall von allen Seiten des Hauses eine sehr scharfe Erklärung gegen die Mitglieder des Herrenhauses ab, die sich, ohne eine Befugnis dazu zu besitzen, in die Geschäftsführung des Abgeordnetenhauses eingemischt hätten. Die Leitung der Geschäfte des Abgeordnetenhauses stehe einzig und allein dem Präsidenten zu. Darauf wurde eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt. Morgen kommt die Vorlage wegen der Unterhaltungspflicht bezüglich der schlesischen Gebirgspässe zur Veranlassung.

Abgeordnetenhaus. 49. Sitzung vom 4. April.

12 Uhr.

Am Ministertisch: Herrfurth und Commisarien. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. Dr. Frhr. von Schorlemer-Alst: Als Vorsitzender des Seniorencouncils und mit dessen Zustimmung erlaube ich mir, vor der Tagesordnung einen Vortrag zu bezeichnen, der alle Seiten dieses Hauses rechtlich berührt hat. Es ist von den Mitgliedern dieses Hauses stets in tactvoller Weise vermieden worden, die Geschäftsabwicklung des anderen Hauses einer Kritik zu unterziehen oder überhaupt nur zu bezeichnen. In der Sitzung des Herrenhauses am 28. März und 1. April ist von mehreren Rednern, insbesondere von den Herren Grafen von Frankenberg und Dr. von Stephan gerügt worden, daß der Etat zu spät an das Herrenhaus gelangt ist, und ist dort deshalb die Feststellung des Etats statt Sonntag, den 30. März, erst Montag, den 1. April, erfolgt. Ich habe zunächst Folgendes festzustellen: Der Herr Präsident des Herrenhauses bemerkte in der Plenarsitzung des Herrenhauses vom 28. März, daß der Etat erst am Dienstag, den 26. März, dem Herrenhause zugegangen sei. In dem Bericht der Budget-Commission des Herrenhauses ist von dem General-Referenten angegeben, daß der Etat am 23. März dem Herrenhause zugegangen sei; tatsächlich aber ist der Etat dem Herrenhause am Donnerstag, den 21. März, überhandt (hört! hört!). In der Plenarsitzung des Herrenhauses vom 28. März bemerkte dann noch der Vorsitzende der Budget-Commission des Herrenhauses, Herr Graf von Bismarck-Schwerin, daß dem Hauptreferenten die Lage vom 23. bis 25. März freigelassen seien wegen anderweiter Geschäfte (hört! hört!), und daß deshalb die Berichterstattung und Veranlassung nicht früher habe erfolgen können. Ich stelle ferner fest, daß in den früheren Jahren es sich mit der Uebergabe des Etats verhalten hat, wie folgt. Ich nehme die letzten fünf Jahre, die Zeit, wo wir hier meist erst nach Neujahr zusammengetreten sind. Im Jahre 1885 ist der Etat diesem Hause zugegangen am 15. Januar, in 36 Sitzungen in erster, zweiter und dritter Lesung erledigt, am 17. März an das Herrenhaus übergeben und am 24. März dort festgesetzt. Im Jahre 1886 ging uns der Etat am 16. Januar zu; es wurden 27 Sitzungen darauf verwendet; am 23. März wurde er an das Herrenhaus abgegeben und am 31. März dort festgesetzt. Im Jahre 1887 ging uns der Etat am 15. Januar zu, wurde in 17 Sitzungen erledigt, ging am 28. Februar an das Herrenhaus, welches ihn am 19. März feststellte. Im Jahre 1888 wurde der Etat uns am 16. Januar übergeben, in 22 Sitzungen hier in erster, zweiter und dritter Lesung festgesetzt, am 21. März an das Herrenhaus abgegeben und am 24. März dort festgesetzt. (Hört! hört!) Im Jahre 1889, in diesem Jahre also, ist uns der Etat am 16. Januar zugegangen, in 31 Sitzungen erledigt, am 21. März an das Herrenhaus abgegeben und dort am 1. April festgesetzt. Also nur einmal, meine Herren, in fünf Jahren, ist der Etat früher an das Herrenhaus überhandt worden, als in diesem Jahre, zweimal noch später. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir jetzt immer erst nach Neujahr einberufen werden, der Etat erst am 16. in der Regel uns zugeht, daß wir unmittelbar in die Etatsberatung eintreten müssen, während dem Herrenhause Zeit gegeben ist, bis der Etat an dasselbe kommt, schon das Studium des Etats sorgfältig vorzunehmen und ihn im Einzelnen vorzubereiten. (Sehr richtig!) Meine Herren! Es ist unzweifelhaft der Wunsch des Abgeordnetenhauses, den Etat thunlichst rechtzeitig festzustellen und möglichst früh dem Herrenhause mit Rücksicht auf dessen Veranlassung hinüberzugeben. Es sind deshalb auch in der That bei der dritten Veranlassung des Etats hier in diesem Jahre Anträge nicht eingebracht oder zurückgezogen worden und Verhandlungen unterblieben, ausgeprochenenmaßen, um die rechtzeitig Hinübergabe nicht zu erschweren. (Sehr wahr!) Dem Wunsch des Herrenhauses, rechtzeitig in die Etatsberatung eintreten zu können, hat das Abgeordnetenhaus durch dieses sein Verhalten als berechtigt anerkannt. Ob die zehntägige Frist, während welcher der Etat sich in den Händen des Herrenhauses befindet, genügt, um den Bericht, wie wir ihn unter Nr. 67 der Druckreden des Herrenhauses vor uns haben, fertig zu stellen, darüber enthalte ich mich selbstredend jedes Urtheils (Sehr gut!), aber für absolut unzulässig halte ich die Art und Weise, in der die Mitglieder des Herrenhauses, Graf v. Frankenberg und Herr Dr. v. Stephan — und zwar begann zuerst Herr Graf v. Frankenberg — die Etatsberatung im Plenum des Abgeordnetenhauses forciert wünschen und zu kritisieren sich gestatten haben.

Ich halte mich bei den weniger wichtigen Bemerkungen des Herrn Grafen von Frankenberg nicht auf. Herr von Stephan kritisierte eingehend unsere Geschäftsführung. Ich bestreite vorab, daß Herr v. Stephan die nötige Geschäftsführung betreffs unserer Arbeiten besitzt, um beurtheilen zu können, was und wie wir es fertig zu machen. (Sehr richtig!) An das Herrenhaus, welches den Ertz nur im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen hat, treten die Wünsche und Anträge nicht heran, welche wir bei der Detailberatung des Staats vorzubringen berechtigt und verpflichtet sind. (Sehr richtig!) Eine Reihe von Gesetzen beeinflusst dabei die Gestaltung, des Staats, der erst nach den Vorberatungen in den Commissionen, beziehungsweise in der Budget-Commission, und nach deren Annahme endgiltig hier festgestellt werden kann. (Sehr richtig!) Betreffs aller dieser Verhältnisse und Schwierigkeiten scheint Herr von Stephan sich in Unkenntnis zu befinden, und ihm scheint ein sonderbares Ideal der Statberathung im abgeklärten Verfahren vorzuschweben und zu fesseln. (Sehr gut!) Aber vor Allem muß ich den Mitgliedern des anderen Hauses alle und jede Competenz absperehen, in der Weise, wie es geschehen, die Gesetze des Abgeordnetenhauses zu kritisieren. (Sehr richtig!) Nur diesem hohen Hause selbst steht es zu, innerhalb der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten zu bestimmen, was es verhandeln will und wie. Die Leitung des Abgeordnetenhauses befindet sich in der bewährten und erfahrenen Hand unseres verehrten Herrn Präsidenten (Sehr wahr!), welcher die Geschäftsordnung pflichtmäßig handhabt und entscheidet, was zur Sache gehört und was zum Stat gesprochen werden kann. Das sind die maßgebenden Autoritäten für uns. (Bravo!) Den Versuch der Redner des Herrenhauses, eine Kritik an unseren Gesetzen und in der Art zu üben, wie das sich erlaubt haben, weise ich — wie ich wohl aussprechen darf, unter Zustimmung aller Mitglieder dieses hohen Hauses — als einen bisher nicht dagewesenen Vorgang und als eine unverschämte Einmischung in die Geschäfte des Abgeordnetenhauses, mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebhaftes Bravo von allen Seiten des Hauses.)

Zur zweiten Verathung steht der Gesetzentwurf, betr. die Uebertragung polizeilicher Befugnisse in den Kreisen Seltow und Niederbarnim, sowie im Stadtkreise Charlottenburg an den Polizeipräsidenten zu Berlin.

Dasselbe wird nach einer unerheblichen Debatte nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die dritte Verathung des Gesetzentwurfs über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden in der Provinz Posen.

In der Generaldiscussion erklärt im Namen seiner Partei Abg. von Czarniecki, gegen das ganze Gesetz stimmen zu müssen, da die Abänderungs-Anträge seiner Freunde bei der zweiten Verathung abgelehnt seien.

Ohne Debatte wurden dann die ersten vier Artikel des Gesetzes genehmigt.

Zu Art. 5 liegt der bereits in zweiter Lesung gestellte Antrag Huene vor, der nach kurzer Debatte wiederum abgelehnt wurde.

Der Rest des Gesetzes wurde darauf ohne Debatte definitiv genehmigt.

Ohne Discussion wurde alsdann der Gesetzentwurf, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen der Monarchie erledigt und das Gesetz somit definitiv angenommen.

Es folgt die Verathung des vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelangten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung und Ergänzung einzelner der Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, betreffend Gesetzesbestimmungen.

Nach kurzer Generaldiscussion wurde der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung endgiltig angenommen.

Schließlich folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Veranlagung der Fabriken u. s. w. mit Principalleistungen für den Wegbau in der Rheinprovinz.

Gemäß den Beschlüssen des Herrenhauses wird in erster und zweiter Lesung nach kurzer Debatte der Gesetzentwurf genehmigt.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Wahlprüfungen.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 4. April. Die „Post. Ztg.“ schreibt, nach einer Reuterschen Meldung vom 2. April befinden sich 120 Offiziere und Mannschaften von der bisherigen deutschen Schiffsbesatzung vor Samoa an Bord der „Lübeck“ auf der Reise nach Ausland, um von dort nach Deutschland zurückzukehren. Schon in der gestrigen Erklärung des Marineattachés, Admirals Heuser, im Reichstage war darauf hingewiesen worden, daß der deutsche Postdampfer in den letzten Tagen des März vor Apia angelangt sein müsse. Die Zahl von 120 deutschen Marine-Angehörigen, die er über Ausland nach Deutschland zurückbringt, scheint darauf schließen zu lassen, daß die Mannschaften der „Olga“ in dieser Zahl nicht mitbegriffen sind, da dieselbe durch die Vereteten vom „Adler“ und „Eber“ ungefähr ausgefüllt wird. Es würde danach der weitere Schluß nahe gelegt sein, daß von der „Olga“ Niemand das Schiff verlassen habe, das Schiff also wieder flott gemacht werden konnte. Bezüglich der Neubefehung der australischen Station erscheint es nahezu zweifellos, daß das Kanonenboot „Wolf“ der ostasiatischen Station Befehl erhalten hat, nach Apia zu gehen.

Die „Post“ hört heut, daß die Interpellation wegen der Bankfrage mit Rücksicht auf die ununterbrochene Erledigung des Altersgesetzes vor Ostern nicht mehr eingebracht werden soll.

Die Wildschadencommission des Abgeordnetenhauses beendete heut die zweite Lesung; der Abg. Frank (Lombard) wurde zum Bericht-erstatler ernannt. — § 9 lautet: Wenn nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Gemäßheit des § 7 des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1880 oder der entsprechenden Bestimmungen anderer Jagdgesetze auf Enclaven oder diesen gleichgestellten Grundstücken die Jagd vom Inhaber des umschließenden Jagdbezirks angepachtet wird, so haften derselbe für alle auf der Enclave entfallenden Wildschäden. — § 10a. Werden einzelne Grundstücke zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk vereinigt, so kann die Aufsichtsbeförde verfügen, daß der Wildschaden aus der gemeinschaftlichen Jagdbezirknahme vorweg gedeckt wird. — § 14. In gemeinschaftlichen Jagdbezirken, in welchen die Grundbesitzer nach § 13 für die Wildschäden haften, hat auf Antrag eines Grundbesitzers oder Nutzungsberechtigten die Aufsichtsbeförde darüber zu entscheiden, ob die Jagd unter Ausschluss der Schenkenerfapflicht des Jagdpächters verpachtet werden darf.

* Berlin, 4. April. Die Verathung des preussischen Antrages wegen Verschärfung des Pressegesetzes verzögert sich im Bundesrathe derart, daß es kaum vor Ostern an den Reichstag gelangen wird.

Die „Freie. Ztg.“ schreibt: Die Aufhebung des Zeugniszwangs gegen die beiden Redacteure der „Volkszeitung“ hat, wie sich herausstellt, eine grundsätzliche Bedeutung nicht. Das Landgericht hat die Maßregel vorläufig aufgehoben, weil betreff des Leitartikels nach dessen Verfasser gefordert wird, wegen des Leitartikels „zum Sterbetag Kaiser Wilhelms“ überhaupt ein Strafantrag noch nicht vorlag. Das Landgericht hat deshalb unter vorläufiger Aufhebung der Zwangsmaßregel dem Untersuchungsrichter aufgegeben, festzustellen, ob ein bezüglicher Strafantrag zu erwarten sei. Die Großherzogin von Baden lebte bestimmt die Stellung des Antrages ab. Dreimal soll Kaiserin Augusta ersucht worden sein, einen solchen Antrag zu stellen, aber das Gerüchten abgelehnt haben. Daß sich die gestrige Audienz des Reichskanzlers bei der Kaiserin Augusta hierauf bezogen haben soll, erwähnen wir nur als Combination. Hiernach ist nicht anzunehmen, daß weiteres Vorgehen auf Grund des § 189 des Strafgesetzbuchs Erfolg haben wird.

Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich von hier melden, daß nunmehr der Kaiser als Chef der Familie den Strafantrag gegen die „Volks-Zeitung“ wegen Verunglimpfung des Andenkens Kaiser Wilhelms stellen will, nachdem die dazu Berechtigten, die Kaiserin Augusta und die Großherzogin von Baden, die Stellung des Strafantrages verweigert. Die Nachricht berechtigt um so mehr zu Zweifeln als das Gesetz die ganz ausdrückliche Bestimmung enthält, daß die Strafverfolgung in solchen Fällen nur auf Antrag der Eltern, Kinder oder Eheantritten des Verstorbenen eintritt.

Am 16. April findet eine Sitzung des Directionsrathes der ostafrikanischen Gesellschaft statt, in welcher über die von Wobben ausgearbeitete Denkschrift, sowie über die Statutenänderung beschlossen werden soll. Schon früher ist die Umwandlung der ostafrikanischen Gesellschaft in eine Reichscorporation beschlossen worden, was nur im Hinblick auf die Lage der Verhältnisse in Ostafrika noch nicht ausgeführt ist. Da die letzteren jetzt eine bessere Wendung nehmen, wünscht die Gesellschaft, rechtzeitig alle Vorbereitungen zu treffen, um ihr erweitertes Programm wieder aufzunehmen.

Durch am sämmtliche Provinzialsteuerdirectoren gerichtete Verfügung hat der Finanzminister bekannt gemacht, daß die zollpflichtigen Waaren, welche zu, der im Mai in Hamburg stattfindenden Handels-Ausstellung aus dem Auslande eingehen und nach Beendigung der Ausstellung unverkauft dorthin wieder ausgeführt werden, vom Eingangszoll befreit bleiben. Das hamburgische Hauptzollamt Kehrwieder ist mit der Führung der Controllen beauftragt.

Für die seitens der städtischen Behörden beschlossene Steuerreform ist die städtische Genehmigung nunmehr erteilt worden. Demnach kommt zunächst für das Jahr 1889/90 die erste Stufe der Gemeindefinkommensteuer in Fortfall, und an Miethsteuer wird erhoben für Gelfasse bis zum Miethwerth von 300 M. 3 pSt., von 301—600 M. 5 pSt., während die höheren Miethsklassen wie bisher mit 6 2/3 pSt. besteuert bleiben.

Nachdem die landwirthschaftlichen Schutzöllner mehrfach vergebens versucht hatten, die Regierung zur Einführung eines Zolls auf ausländische Wolle zu veranlassen, waren sie bemüht, den gleichen Zweck auf indirectem Wege zu erreichen. Vor kurzem ist der Verein der Wollproduzenten in Pommern, Mecklenburg und der Uckermark beim preussischen Kriegsminister vorstellig geworden, daß die Militärfurche für Armeezwecke lediglich von solchen Fabrikanten gekauft werden möchten, welche zu den fraglichen Tuchen ausschließlich Inlandwolle verarbeiten. Der Zuschlag der Lieferungen sollte von dem Nachweis abhängig gemacht werden, daß die einzelnen Unternehmer ein zu der angegebenen Meterzahl Militärtuch nötiges Quantum Inlandwolle laut Verkaufsschluschein angekauft haben. — Der Kriegsminister weist nun nach den „Monatsheften für die Textilindustrie“ in einem sehr ausführlich gehaltenen abschließlichen Bescheide darauf hin, wie schon sachliche Bedenken sich einem solchen Nachweise entgegenstellen, da notorisch die kleineren Fabrikanten ihre Wollkäufe erst nach der Ertheilung des Zuschlags besorgen. Es würde daher ohne Härte nicht durchführbar sein, letztere von dem gewünschten Nachweis abhängig zu machen. Ferner heißt es in dem betreffenden Schreiben: Ueber den Umfang des Tuchbedarfs der Heeresverwaltung scheint in den Kreisen der Wollproduzenten eine irrthümliche Ansicht obzuwalten. Unter normalen Verhältnissen wird rund jährlich 1 Million Meter von verschiedenen Tuchsorten vergeben, deren Herstellung etwa 1000 Tonnen Wolle von je 1000 kg erfordert. Nach officiellen Feststellungen, welche vor Kurzem zur Veröffentlichung gelangten, hat die gesamte Einfuhr von Schafwolle aber im Jahre 1887, bez. 1888 rund 96 000, bez. 120 000 E. betragen. Somit stellt sich, selbst wenn der ganze Tuchbedarf des Heeres ausschließlich aus importirter Wolle hergestellt würde, der auf die Heeresverwaltung entfallende Antheil an der Einfuhr nur als ein äußerst geringer Bruchtheil derselben dar. Es fließen ferner nicht 7 bis 9 Mill. M. für Militärtuch, resp. für etwa dazu verwendete ausländische Wolle ins Ausland; in den Etat werden vielmehr unter normalen Verhältnissen nur 4—5 Mill. M. jährlich eingestellt, von welchem Betrage in erster Linie die gesammten Arbeitslöhne u. s. w. in Abzug gebracht werden müssen.

Die Reise des Herzogs von Nassau nach Luxemburg wird nicht vor Dienstag erfolgen. Gestern sandte er Pferde und 20 Lakaien von Wien direct nach Luxemburg. In einem Manifest wird er der Kammer mittheilen, daß er die Regentchaft übernimmt, und in der Kammer später den Eid auf die Verfassung leisten. Die Uebnahme der Regentchaft soll bis Freitag eine vollzogene Thatsache sein.

In dem Befinden des Generalstabarztes a. D. Dr. v. Pauer ist eine andauernde Besserung noch nicht eingetreten; die Nacht zu heut war zwar etwas ruhiger, wie sonst, doch hält die große Körperschwäche noch immer an.

Aus London wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Der Oberst Condsale Hall hielt gestern vor einer glänzenden Versammlung von Offizieren einen höchst interessanten Vortrag über das neue deutsche Exercierreglement, welches der Vortragende als eminent praktisch, zweckdienend, genial, musterhaft bezeichnete, wobei er den hervorragenden Antheil des Kaisers Friedrich und namentlich des jetzigen Kaisers an dem Zustandekommen des jetzigen Reglements besonders hervorhob.

In London treffen aus der Schweiz viele russische Flüchtlinge ein. Unter den Londoner Nihilisten herrscht eine auffällige Erregung. Die in London stationirten russischen Detectives glauben, daß ein Anschlag geplant war, momentan aber durch die kürzlich Entdeckung vereitelt sei. Aus Petersburg sind einige Geheimpolizisten mit besonderer Mission in London eingetroffen.

In Köln ist ein Strife der Anstreicherhelfen ausgebrochen. Gegen 700 Gehilfen, die bei 172 Innungsmeistern beschäftigt werden, haben die Arbeit niedergelegt. Die Meister erbaten und erhielten für die bedroht erscheinenden Verhältnisse polizeilichen Schutz.

* Berlin, 4. April. Dem Afrikareisenden Paul Gießfeldt in Berlin und dem Steuereinnahmer 1. Klasse Palm zu Gerstenberg, Kreis Groß-Wartenberg, ist der Rote Adlerorden vierter Klasse; dem Geh. Sanitätsrath Dr. Wüstefeld zu Neustadt in Oberschlesien der Kronenorden zweiter Klasse verliehen worden.

Ferner veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ die bereits bekannte Ernennung des Regierungspräsidenten Junder von Ober-Conrent zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsath und Rath 1. Klasse.

!! Wien, 4. April. Cardinal Fürstberg, Erzbischof von Olmütz, verbot dem geistlichen Abgeordneten Pfarrer Weber, im Abgeordnetenhaus zu reden, widrigenfalls er ihn zwingen würde, sein Mandat niederzulegen. Wegen dieser flagranten Verletzung der Immunität wurde heute ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses eingebracht. Als Curiosum ist zu erwähnen, daß die parlamentarische Thätigkeit Webers, der seit 27 Jahren Abgeordneter ist, vom Papst besonders belobt worden ist.

r. London, 4. April. Der berühmte amerikanische Tragöde Edwin Booth erlitt am Theater zu Rochester während einer Dellovorstellung einen Schlaganfall; man hofft, den Künstler zu retten.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 4. April. In der heutigen Sitzung des Bundesrathes gelangte der Antrag Preussens, betreffend Abänderungen des Strafgesetzbuchs und des Pressegesetzes, nicht zur Verathung, weil die Verathung des Ausschusses noch nicht beendet ist.

Berlin, 4. April. Die „Post“ meldet: Von der Ernennung des Ministers v. Puttkamer zum Mitglied des Herrenhauses ist an zuständiger Stelle nichts bekannt.

Budapest, 4. April. Das Abgeordnetenhaus nahm einstimmig den Credit von 500 000 für die 1889 durchzuführenden Regulirungsarbeiten des Eisernen Thores an. Baros erklärte, Ungarn wünsche bei Niemandem Zweifel zu erwecken über den Zweck der Durchführung

des Werkes. Ungarn werde nun vermögen, die Vorarbeiten der neuen Lage zu sichern und dieselben auszubilden. Es wünsche, an dem Wettstreit der Nationen theilzunehmen, wozu die Regierung das Terrain vorbereite. Die Regierung verfolge aufmerkzaam die intensive Wirksamkeit der deutschen Regierung zur Regulirung der Wasserstraßen. Die Lösung derartiger Fragen hänge von den Finanzverhältnissen ab. Vom Standpunkt des allgemeinen Verkehrs habe die Regierung nichts gegen einen Donau-Oberranal einzunehmen. Hinsichtlich den zur Regulirung des Eisernen Thores verwendeten Ausgaben könne Ungarn im Falle politischer oder anderer Complicationen kein Nachtheil treffen.

Berlin, 4. April. Der Nationalrath beschloß nach langer Debatte mit 72 gegen 26 Stimmen, den Bundesrath zu beauftragen, die Frage wegen vollständiger Centralisation des Militärwesens zu prüfen, darüber zu berichten und einen bezüglichen Antrag auszuarbeiten.

Paris, 4. April. Kammer. Méline verlas den Anlagenantrag gegen Boulanger unter fortwährender Unruhe. Laur erklärte, die Deputirten der boulangistischen Partei fühlten sich solidarisirt verbunden mit Boulanger; alle conspirirten mit dem allgemeinen Stimmrecht gegen den Parlamentarismus; ebenso verlangten dieselben auch, sammtlich mit Boulanger gerichtlich verfolgt zu werden. Laur schloß mit einem Hoch auf Boulanger. Arene beantragte den sofortigen Zusammentritt der Bureaux zur Wahl einer Commission für die Verathung des Antrags auf Verfolgung Boulangers. Die Sitzung wurde bis 6 Uhr vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlas Sébatter den Bericht der Commission, welcher sich für die Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung Boulangers ausspricht. Segar's Antrag hatte in der Commission nur Cassagnac gestimmt.

Paris, 4. April. Der Ministerrath beschloß heute, bei der Kammer die Ermächtigung zum gerichtlichen Einschreiten gegen Boulanger zu beantragen.

Paris, 4. April. Die Kammer beschloß mit 355 gegen 203 Stimmen die gerichtliche Verfolgung Boulangers.

Paris, 4. April. Proceß gegen die Patriotenliga. Turquet plaidierte zunächst für die Angeklagten; Laguerre verteidigte sich selbst. Die Verurtheilung des Urtheils wurde auf Sonnabend vertagt. Laguerre erklärte, er wisse, daß Haftbefehle gegen ihn und seine Genossen beschlössen seien und kündigte an, er werde Abends nach Brüssel abreisen, am Sonnabend aber zurückkehren.

Paris, 4. April. Der Anlagenantrag des Generalprocurators gegen Boulanger schildert dessen Lebensgang seit der Commune, sowie die Umtriebe, wodurch er Kriegsminister wurde, die Umstände, welche dazu führten, daß er zur Disposition gestellt wurde, endlich die Organisation, wodurch der Umsturz der Republik bezweckt wurde. Die Anklage gründet sich auf den Artikel des Strafgesetzbuchs, betreffend Complotte und Vandalen. Die Regierung überläßt es der Kammer, den Tag der Verathung über die Ermächtigung zur Verfolgung Boulangers festzusetzen eventuell der sofortigen Verathung zustimmen. Die Bureaux der Kammer wählen heute eine Commission für die Verberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Constitution des Senats als obersten Gerichtshofes für Verurtheilungen gegen die Sicherheit des Staates. Von 11 Mitgliedern der Commission sind 10 für die Genehmigung des Gesetzentwurfs.

Brüssel, 4. April. Eine Depesche des Gouverneurs des Congo-Staates an die hiesige Congo-Regierung aus San Thomé vom 3. April meldet: Nach Gerüchten aus arabischer Quelle, die an den Stanleyfals umlaufen und den Congo abwärts am 28. Februar nach San Thomé gelangt sind, befanden sich Stanley und Emin auf dem Marsche in der Richtung nach Zanzibar mit mehreren tausend Männern, Frauen und Kindern; sie sollen 6000 Elephantenzähne mitführen.

London, 4. April. Das Oberhaus wählte mit 95 gegen 77 Stimmen Graf Morley, den Candidaten der Opposition, zum Vizepräsidenten. Salisbury hatte die Wahl des Lords Balfour of Burleigh beantragt.

Handels-Zeitung.

* Zum Oesterreichischen Loosgesetz. Die österreichische Stempelgebühr für dort zugelassene ausländische Loose beträgt für Preuss. 3 1/2 proc. Staats-Prämien-Anl. (1853) 94 Kr.; Kurhessische Staatslotterie-Anl. (1845) 63 Kr.; Bayerische 4 proc. Staats-Prämien-Anleihe (1866) 94 Kr.; Badische 4 proc. Staats-Prämien-Anleihe (1869) 94 Kr.; Oldenburgische Eisenbahn-Anleihe (1871) 63 Kr.; Braunschweigische Staats-Eisenbahn-Anleihe (1868) 19 Kreuzer; Sachsen-Meinische Staats-Eisenbahn-Anleihe (1870) 7 Kreuzer; Anhalt-Dessauische Staats-Prämien-Anleihe (1857) 94 Kreuzer; Lübeckische Staats-Prämien-Anleihe (1863) 63 Kr.; Hamburgische Staats-Anleihe (1846) 63 Kr.; (1866) 32 Kr.; Italienische Rothe Kreuzloose (1885) 7 Kr.; Russische erste Staats-Prämien-Anleihe (1864) 1,25 Fl.; Russische zweite Staats-Prämien-Anleihe (1866) 1,25 Fl.; Anleihe des Großherzogthums Finland (1863) 13 Kr.; Schwedische Staats-Eisenbahn-Anleihe (1860) 13 Kr.; Serbische 3 proc. Prämien-Anleihe (1881) 32 Kr.; Serbische Tabakloose (1888) 7 Kr.; Türkenloose (1870) 1,25 Fl.

* Oberschlesische Portland-Cement-Fabrik in Oppeln. Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto pro 1888 sind im Inserattheil enthalten. — Ebendasselbe befindet sich die Einladung zu einer am 26. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, in Oppeln stattfindenden außerordentlichen General-Versammlung. Auf der Tagesordnung derselben steht unter anderem: Vernehmung des Grandcapitals der Gesellschaft um 550 000 M. zwecks Erweiterung der Fabrikanlage.

Börsen- und Handelsdespeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 4. April. Neueste Handelsnachrichten. Die bisherige Geldflüssigkeit erhielt sich heute in vollem Masse. Tagesliches Geld in grossen Beträgen mit 2 pSt. angeboten, während Disconten mit 1 1/2 pSt. gefragt blieben. — Der Prospect der Berliner Bank, deren Einführung demnächst bevorsteht, ist heute beim Börsen-Commissariat eingereicht worden. — Das Gebot der mecklenburgischen Regierung auf Ankauf der Mecklenburgischen Friedrich Franz-Eisenbahn lautet auf 155 pSt. für die Actien, zahlbar in Mecklenburgischen 3 1/2 proc. Consols. — In der gestrigen Aufsichtsrathssitzung der Deutschen Granderedit-Bank in Gotha gelangte der Abschluss pro 1888 zur Vorlage. — Derselbe ergibt einen Reingewinn von 847 000 M., wodurch die Unterbilanz auf 187 000 M. reducirt wird. — Ueber die Zahlungsstockung Emil Treitels schreibt die „Voss. Ztg.“: Heute fand bei der genannten Firma eine Conferenz statt, welche von Delegirten hiesiger Productenfirmen besucht war. Wie wir hören, verlief die Conferenz resultatlos, da sich der Stand der Verbindlichkeiten und Forderungen noch gar nicht übersehen lässt. Die Engagements erstrecken sich, wie wir schon gestern erwähnten, über viele auswärtige Börsenplätze. Die Activa bestehen zum grössten Theil in speculativem Grundbesitz, welcher nur schwer zu realisiren sein dürfte, und in Forderungen, die zum Theil zweifelhaft sind. Unter letztere sollen sich auch grössere Ansprüche an hiesige Sportkreise befinden. Die Aussichten auf eine aussergerichtliche Regelung der Angelegenheiten sind nach Ansicht beteiligten Personen nur gering. Bei dieser Gelegenheit wollen wir erwähnen, dass die Dresdener Bank gegenüber den an der Börse verbreiteten Gerüchten erklärt, dass sie zu der Firma Emil Treitel in keinerlei Beziehung gestanden habe. Wie zum Schluss der Börse verlautete, hat die hiesige Firma M. u. A. der Firma Emil Treitel angezeigt, dass sie die Eröffnung des Concurses beantragen werde, falls sie nicht binnen kurzer Frist voll befriedigt wird. — Die Zwickauer Brauerei hat ihre Umwandlung in eine Actiengesellschaft beschlossen, ist aber mit dem betreffenden Antrage vom Amtsgericht, sowie jetzt auch

vom Oberlandesgericht abgewiesen worden. — Die Subscrip-
tion auf die neue Serie der 4proc. staatlich garantierten Gold-
anleihe der Stadt Rom ist heute kürzlich nach der Eröffnung wieder
geschlossen worden, nachdem der zur Verfügung stehende Betrag schon
durch die Voranmeldungen weit überzeichnet worden war. — Die
Actien der Wiener Unionbank werden von heute ab exclusive
Dividendenschein pro 1888 an hiesiger Börse gehandelt und notirt.
Der Abschlag auf schwedische Engagements ist auf 6,30 pCt. festgesetzt.
— Der Process Ardenne u. Genossen gegen die Leipziger
Discontogesellschaft wurde heute vom Reichsgericht abgewiesen.
te. **Dortmund, 4. April.** Der Preis für Puddelroheisen wurde
um 2 auf 57 Mark erhöht.

rn. **Wien, 4. April.** Die Conferenz der Rothschildgruppe be-
schloss, anfangs nächster Woche 32 Millionen Ungarische Eisenbahn-
anleihe zur Conversion und Subscription aufzulegen, wonach von der
ganzen Anleihe für spätere Conversionen noch 20 Millionen bleiben.

W. T. B. **Prag, 4. April.** Der Aufsichtsrath der Buschtiehrader
Eisenbahn beschloss, in der am 20. Mai stattfindenden General-Ver-
sammlung vorzuschlagen, für Actien A. eine Dividende von 4 1/2, für
Actien B. eine solche von 17 pCt. zu zahlen, sowie das Actien-capital
um etwa 4 Millionen zu vermehren.

Berlin, 4. April. Fondsbörse. Die Tendenz der heutigen Börse
ist als lustlos und schwach zu bezeichnen, ohne dass sich besondere
Momente zur Motivierung des Mangels an Unternehmungslust anführen
lassen. Es scheint, dass die gestern gemeldete Zahlungsstockung
einer bedeutenden Getreidefirma auch heute noch ihren deprimi-
renden Einfluss ausübt, indem sie die Befürchtung wachrief,
dass ein eventueller Zusammenbruch jenes Hauses auf einzelnen
Gebieten nachhaltiger Erschütterungen im Gefolge haben könnte.
Es fanden in dieser Erwägung zahlreiche Realisationen statt. Am
Schlusse der Börse nahmen die Verkäufe sogar so beträchtliche
Dimensionen an, dass einzelne Speculations-Effecten 1 bis
2 Procent nachgeben mussten. — Banken rückgängig; Credit
158 — 157,10 — 157,40, Nachbörse 156,40 (— 1,90), Commandit
237,90 — 236,90 — 237,40 — 236,50, Nachbörse 236 (— 2,10). Von Bahnen
Mecklenburger, Galizier höher, Buschtiehrader, Duxer nachgebend; sehr
fest zeigten sich Schweizer Devisen. Gotthardbahn. Inland. Prioritäten
durchgängig besser auf die wieder eingeleitete Umwandlung der ver-
staatlichten Werthe in Consols. Oesterr.-ung. Prior. fest, russ. ziemlich gut,
behaupet. Rentenmarkt still. Russische Fonds meist unverändert,
Ungarn und Egypter unbedeutend abgeschwächt. 1880er Russen
ultimo 92,10 — 92, Nachbörse 92, 1884er Russen 102,25 — 102,30,
Nachbörse 102,25 (— 0,05), Russische Noten 217,75 bis
217,50, Nachbörse 217,50 (— 0,25), Ungarn 86,80 bis 86,75,
Nachbörse 86,50 (— 0,25). Deutsche Anlagewerthe meist unverändert,
3 und 1/2procentige Renten beliebt. Fremde Wechsel still. Prämien-
verkehr lebhaft. Bergwerke schwächer; Bochumer 204,25 — 203,40 bis
203,75, Nachbörse 203,25 (— 1,00), Dortmund 96,90 — 96,25, Nach-
börse 96,10 (— 0,40), Laura 139,00 — 138,40 — 138,60, Nachbörse 138,40
(— 0,50). Von anderen Industriewerthen blieben gesucht: Grosse
Berliner Pferdebahn, Norddeutscher Lloyd, Alte Münchener Brauhaus-
Actien; offerirt zeigten sich Schwarzkopf (4,00), Chamotte Didier (— 8,00),
Archimedes 145,25 Gd.

Berlin, 4. April. Productenbörse. Die Tendenz des heutigen
Marktes gestaltete sich für die meisten Artikel fest. — Loco Weizen
behaupet. Für Termine kamen zwar noch ziemlich starke Realisationen
in den Markt, aber für spätere Sichten war so rege Kauflust vorhanden,
dass die Course keinem weiteren Rückgang unterworfen waren, im Gegen-
theil mit etwas grösseren Report etwas höher als gestern schlossen. —
Loco Roggen hatte schwachen Handel zu behaupteten Preisen. Termine
nahmen nach matten Beginn entschiedene feste Tendenz; man gewahrte
entschieden mehr Neigung für Meinungskäufe. Course schlossen für
nahe Sichten 1 M., für spätere 1 1/2 M. höher als gestern. — Loco Hafer
gut preishaltend. Termine fest und höher. — Roggenmehl 10 Pf.
theurer. — Mais fest. — Rüböl naher Lieferung durch Realisationen
gedrückt, per Herbst fest. — Spiritus, in Folge schlanker Aufnahme
zu Kündigungen rege begehrt, schloss fest; in 70er Waare 20 — 30 Pf.,
in contingentirter 10 Pf. höher als gestern.

Posen, 4. April. Spiritus loco ohne Fass (50er) 52,80 Mark,
(70er) 33,10 Mark. Tendenz: Behauptet. Wetter: Regnerisch.
Havre, 4. April. Vorm. 10 Uhr 30 Min. Kaffee. Good average
Santos per Mai 99,25, per September 101,25, per December 101,75. —
Tendenz: Behauptet.

Magdeburg, 4. April. Zuckerbörse. Termine per April 17,15
M. Gd., 17,25 M. Br., per Mai 17,55 — 17,45 M. Br., 17,35 M. bez., 17,20 Gd.,
per Juni 17,30 M. Gd., 17,37 M. Br., per Juli 17,67 — 17,50 M. bez.,
u. Br., 17,35 Mark Gd., per Juli 17,70 Mark bez., 17,50 Mark Br., 17,40
Mark Gd., per August 17,75 — 17,50 M. bez. u. Br., 17,40 M. Gd., per
September 16,60 — 16,45 M. bez., per October 14,20 — 14,12 M. bez. u. Br.,
14,10 M. Gd., per Octbr.-Decbr. 13,67 M. bez., 13,70 M. Br. u. Gd., per
Novbr.-Decbr. 13,55 — 13,45 M. bez. Tendenz: Weichend.

Paris, 4. April. Zuckerbörse. Rohzucker 88° ruhig, loco 43,75,
weisser Zucker weichend, per April 47, per Mai 47,25, per Mai-August
47,30, per October-Januar 38,80.

London, 4. April. 12 Uhr 27 Minuten. Zuckerbörse. Ruhig.
Bas. 88° per April 17, 3, per Mai 17, 4 1/2, per Juni 17, 6 + 1/4, per
Juli 17, 7 1/2 + 1/4.

London, 4. April. Zuckerbörse. 96proc. Javazucker 18 1/2,
ruhiger, Rübenroh Zucker 17 1/4, ruhiger.

Newyork, 3. April. Zuckerbörse. Centrifugals 96 pCt. 6 1/2,
Muskovaders 89 pCt. 5 1/8.

Glasgow, 4. April. Roholien. 3. April. 4. April
(Schlussbericht). Mixed numbers warrants 45 Sh. — D. 44 Sh. 10 D.

London, 4. April. Wollauktion. Gute Auswahl, lebhaft Be-
theiligung, Preise fest behauptet.

Börsen- und Handels-Depeschen.
Berlin, 4. April. [Schlussbericht.]

Cours vom 3.	4.	Cours vom 3.	4.
Weizen pr. 1000 Kgr.		Rüböl pr. 100 Kgr.	
Schwankend.		Matt.	
April-Mai	186 25	April-Mai	57 — 56 50
Septbr.-Octbr.	186 50	Septbr.-Octbr.	50 50 50 60
Roggen pr. 1000 Kgr.			
Besser.			
April-Mai	143 50	Spiritus	
Juni-Juli	146 25	pr. 10000 L.-pCt.	
Septbr.-Octbr.	148 75	Befestigt.	
Hafer pr. 1000 Kgr.		Loco mit 70 M. verst. 35 —	34 80
April-Mai	141 —	Loco mit 50 M. verst. 54 50	54 50
Mai-Juni	139 —	April-Mai 50er	53 20
		August-Septbr. 50er	55 10

Hamburg, 4. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen
loco ruhig, holsteinischer 155 — 175, Roggen loco flau, mecklenbur-
gischer loco 155 — 168, russischer still, loco 95 — 100. Rüböl still, loco
58. Spiritus ruhig, per April-Mai 22 1/2, per Mai-Juni 23, per Juli-
August 24, per August-September 24 1/2. — Wetter: Schön.

Defin. 4. April. [am. lichte Schluss-Course.] Schwach.

Eisenbahn-Stamm-Actien.	Cours vom 3.	4.	Inländische Fonds.	Cours vom 3.	4.
Galiz. Carl-Ludw.-B.	87 20	88 10	D. Reichs-Anl. 4 1/2%	108 60	108 70
Gotthard-Bahn ult.	143 70	144 60	do. do. 3 1/2%	104 —	104 —
Lübeck-Büchen	181 20	182 50	Posener Pfandbr. 4 1/2%	102 20	102 —
Mainz-Ludwigshaf.	116 60	116 50	do. do. 3 1/2%	102 —	101 90
Mittelmeerbahn ult.	119 25	118 70	Preuss. 4 1/2% cons. Anl.	107 75	107 75
Warschau-Wien	228 50	230 —	do. 3 1/2% do.	104 70	104 70

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.	Cours vom 3.	4.	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	Cours vom 3.	4.
Breslau-Warschau	63 50	64 —	Oberschl. 3 1/2% Lit. E.	—	—
Ostpreuss. Südbahn	119 30	119 25	do. 4 1/2% 1879	103 20	103 20

Bank-Actien.	Cours vom 3.	4.	Ausländische Fonds.	Cours vom 3.	4.
Bresl. Discontobank	112 50	112 50	Egypter 4 1/2%	90 20	90 20
do. Wechselbank	107 50	107 50	Italienische Rente	96 50	96 30
Deutsche Bank	175 90	175 60	Mexikaner	95 40	95 30
Disc.-Command. ult.	238 —	236 70	Oest. 4 1/2% Goldrente	94 40	94 40
Oest. Cred.-Anst. ult.	157 70	157 —	do. 4 1/2% Papierre.	70 70	70 90
Schles. Bankverein	130 50	130 60	do. 4 1/2% Silber.	71 80	71 80

Archimedes	146	—	—	Oest. 4 1/2% Goldrente	94 40	94 40
Bismarckhütte	203	—	204	do. 4 1/2% Papierr.	70 70	70 90
Bochum-Gusssthl. ult.	204 10	203	20	do. 4 1/2% Silberr.	71 80	71 80
Brs. Bierbr. Wiesner	52	—	52	do. 1860er Loose.	123 70	123 50
do. Eisen-Wagenb.	185	—	184 70	Poin. 5 1/2% Pfandbr.	61 90	61 70
do. Pferdebahn	146	—	146 50	do. Liq.-Pfandbr.	58 40	58 30
do. verein. Oelfabr.	95 20	—	95 20	Rum. 5 1/2% Staats-Obl.	98 20	98 10
Cement-Giesel	166 20	—	166	do. 6 1/2% do. do.	108 20	—
Donnersmarckh.	78 90	—	78	Russ. 1880er Anleihe	92 10	92 20
Dortm. Union-St. Pr.	96 70	—	96 60	do. 4 1/2% Cr.-Pfor.	97 80	97 60
Erömannsd. Spinn.	106 20	—	106 20	do. 1883er Goldr.	114 90	114 60
Fraust. Zuckerfabrik	159 90	—	158 80	do. Orient-Anl. II.	67 30	67 40
Görlitz-Bd. (Lüders)	192 60	—	192 10	Serb. amort. Rente	86 —	86 60
Hofm. Waggonfabrik	176 —	—	176 50	Türkische Anleihe.	15 70	15 70
Kramsta Leinen-Ind.	142 —	—	142 40	do. Loose	51 80	51 40
Laurahütte	139 20	—	138 90	do. Tabaks-Actien	100 70	102 —
Obshl. Chamotte-F.	163 —	—	163 20	Ung. 4 1/2% Goldrente	87 —	86 90
do. Eisb.-Bed.	112 90	—	112 60	do. Papierreente ..	80 20	80 20
do. Eisen-Ind.	201 70	—	201 20	Banknoten.		
do. Portl.-Cem.	153 90	—	153 90	Oest. Bankn. 100 Fl.	168 80	169 —
Oppeln. Portl.-Cem.	137 —	—	131 75	Russ. Bankn. 100 SR.	217 70	217 40
Reichenhütte St.-Pr.	147 —	—	145 70	Wechsel.		
do. Oblig.	116 50	—	116 20	Amsterdam 8 T.	—	169 20
Schlesischer Cement	231 80	—	231 —	London 1 Lstrl. 8 T.	—	20 44 1/2
do. Dampf-Comp.	132 50	—	132 —	do. 1	—	20 35
do. Feuerversich.	—	—	—	Paris 100 Frs. 8 T.	—	80 95
do. Zinkh. St.-Act.	167 20	—	167 60	Wien 100 Fl. 8 T.	168 80	168 90
do. St.-Pr.-A.	167 20	—	168 —	do. 100 Fl. 2 M.	168 —	168 —
Tarnowitzer Act.	32 70	—	32 —	do. 100 Fl. 2 M. 168 —	168 —	168 —
do. St.-Pr.	97 50	—	—	Warschau 100 SR. 8 T.	217 65	217 50

Berlin, 4. April. 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche
der Breslauer Zeitung.] Sehr matt auf ungünstige Gerüchte vom
Pariser Platz.

Drum. Union-St. Pr.	96 70	96 60	do. 1884er do. ult.	102 30	102 50
Laurahütte Spinn.	106 20	106 20	do. 4 1/2 B.-Cr.-Pfor.	97 80	97 60
Laud. Zuck.-Fabrik	159 90	158 80	do. 1883er Goldr.	114 90	114 60
Lübeck-Büchen (Lüders)	192 60	192 10	do. Orient-Anl. II.	67 30	67 30
Magn. Wagonfabrik	176 —	176 50	Serb. amort. Rente	86 —	86 60
Maria Th. Leinen-Ind.	142 —	142 40	Türkische Anleihe.	15 70	15 70
Marzahnütte	139 20	138 90	do. Loose	51 80	51 40
Mech. Chamotte-F.	164 —	163 20	do. Tabaks-Action	100 70	102 —
do. Eisen-Bed.	112 90	112 60	Ung. 4 1/2 Goldrente	87 —	86 90
do. Eisen-Ind.	201 70	201 20	do. Papierrente ..	80 20	80 20
do. Portl.-Cem.	153 90	153 90	Banknoten.		
Meissn. Portl.-Cem.	130 —	131 75	Oest. Bankn. 100 Fl.	168 80	169 —
Neudorf St.-Pr.	147 —	145 70	Russ. Bankn. 100 SR.	217 70	217 40
do. Oblig.	116 50	116 20	Wechsel.		
Neudorf Cement	231 83	231 —	Amsterdam 8 T.	—	169 20
do. Dampf-Comp.	132 50	132 —	London 1 Lstrl. 8 T.	—	20 44 1/2
do. Feuerversich.	—	—	do. 1 " 3 M.	—	20 33 1/2
do. Zinkh. St.-Act.	167 20	167 60	Paris 100 Frs. 8 T.	—	80 95
do. St.-Pr.-A.	167 20	168 —	Wien 100 Fl. 8 T. 168 89	—	168 90
Neudorf St.-Pr.	32 70	32 —	do. 100 Fl. 2 M. 168 89	—	168 —
do. St.-Pr.	97 50	—	do. Warschau 100 SR 8 T.	217 65	217 50

Stettin, 4. April. 1 Uhr — Min.
Cours vom 3. 4.
Weizen pr. 1000 Kgr.
Geschäftlos.
April-Mai

Handelsgelds . . .	184 87	183 87	Ostpr. Südb.-A. ult.	107 50	106 25
sc. Command. ult.	238 12	236 -	Drtm. Union-St. ult.	96 37	96 25
sterr. Credit. ult.	157 87	156 37	Laurahütte	139 12	138 56
ngosen	102	101 50	Egypten	90 37	90 15
lizier	87 -	87 75	Italienr.	96 12	96 -
mbarden	42 75	42 37	Russ. 1880er Anl. ult.	91 87	92 -
beck-Büchen. ult.	182 50	183 -	Russ. 1884er Anl. ult.	102 12	102 25
ins-Ludwigsh. ult.	116 60	116 50	Russ. II Orient-A. ult.	67 37	67 -
rienb.-Mlawkau. ult.	82 62	82 62	Russ. Banknoten ult.	217 75	217 50

Wien, 4. April. [Schluss-Course.] Fest.
Cours vom 3. 4.
Credit-Actien

April-Mai.....	182 —	182 50	April-Mai.....	57 —	57 —
Septbr.-Octrbr.	185 50	185 50	Septbr.-Octrbr.	51 —	51 —
gegen pr. 1000 Kgr.			Spiritus.		
Verändert.			pr. 10000 L-pCt.		
April-Mai.....	142 50	142 50	Loco mit 50 M.verst.	54 60	54 40
Septbr.-Octrbr.	147 —	147 —	Loco mit 70 M.verst.	35 —	34 80
			April-Mai 70 er ..	34 —	33 80
			August-Sept.70er	35 60	35 40
troleum loco.....	12 —	12 —			
Wien, 4. April. (Schluss-Course.)			Fest.		

Paris, 4. April. Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Schwach.
Cours vom 3. 4.
3proc. Rente

Consols ord.	95 7	95 7	Ungar. Papierrente.	94 85	94 85
Paris, 4. April. Nachm. 3 Uhr.			[Schluss-Course.] Schwach.		
Cours vom 3.		4.	Cours vom 3.		4.
Proc. Rente.....	85 50	85 27	Türken neue cons.	15 50	15 42
Neue Anl. v. 1886 ..	—	—	Türkische Loose ..	—	—
Proc. Anl. v. 1872.	104 55	104 60	Goldrente, österr.	95 1/2	95 —
Italien. 5proc. Rente	96 20	96 15	do. ung. 4pCt. 86	86 81	86 68
Oesterr. St.-E.-A.	506 25	505 —	1877er Russen	—	—
Lombard. Eisenb.-A.	227 50	230 —	Egypter	455 62	455 —

London, 4. April. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platz-
discont 1 1/2 pCt. Bankinzahlung — Pfd. Sterl. Schwächer.

Cours vom 3.		Cours vom 3.	
Consols 2 1/2% März	98 5/8	Silberrente	70 1/2
Preussische Consols	106 —	Ungar. Goldr. 4proc.	86 —
Ital. 5proc. Rente . . .	95 1/4	Oesterr. Goldrente . .	—
Lombarden	9 01	Berlin	—
5proc. Russen de 1871 .	—	Hamburg 3 Monat . . .	—
5proc. Russen de 1873	102 3/8	Frankfurt a. M.	—
Silber	—	Wien	—
Türk. Anl. convert. . .	15 3/8	Paris	—
Unificirte Egypter . .	90 1/8	Petersburg	—

Frankfurt a. M., 4. April. Mittag. Credit-Actien 251, 87.
Staatsbahn 203, 37. Lombarden —. Galizier 175. — Ungarische
Goldrente 86, 90. Egypter 90, 40. Laura —. Ziemlich fest.

Köln, 4. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen
loco —, per Mai 19, 80, per Juli 19, 90. Roggen loco —, per Mai 14, 65,
per Juli 14, 65. — Rüböl loco —, per Mai 58, 30, per October 51, 90.
— Hafer loco 14, 50.

Paris, 4. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen
behaupet, per April 24, 90, per Mai 25, 00, per Mai-August 25, 10,
Juli-August 25, 00. — Mehl fest, per April 54, 30, per Mai 54, 75,
per Mai-August 55, 10, per Juli-August 55, 10. — Rüböl weichend, per

April 11, 50, per Mai 02, —, per Mai-August 64, 15, per September-
December 57, 25. — Spiritus ruhig, per April 41, 50, per Mai 42, 25,
per Mai-August 42, 75, per September-December 41, 75. — Wetter:
Regnerisch.

Amsterdam, 4. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.)
Weizen loco —, per Mai 202, —, per Nov. 205, —. Roggen loco —,
per Mai 112, per October 116.

Liverpool, 4. April. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12 000
Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Fest.

Abendbörsen.
Wien, 4. April. Abends 5 Uhr 30 Min. Oesterr. Credit-Actien
296, 90. Marknoten 59, 15. 4proc. Ung. Goldrente 102, 75. Galizier
207, —. Schwach.

Frankfurt a. M., 4. April. Abends 7 Uhr 2 Min. Credit-
Actien 250, —, Staatsbahn 202, 75, Lombarden —, Galizier 175, 75,
Ung. Goldrente 86, 60, Egypter 90, —. Schwach.

Ausweise.
Paris, 4. April. [Bankausweis.] Baarvorrath, Zunahme Gold
11 294 000, Zun. Silber 1 672 000, Portefeuille der Hauptbank und der
Filialen Abn. 2 453 000, Gesamtvorschüsse Zun. 13 097 000, Noten-
umlauf Zun. 36 605 000, Guthaben des Staatsschatzes Abn. 38 038 000,
Laufende Rechn. der Privaten Zun. 25 546 000.

London, 4. April. [Bankausweis.] Totalreserve 14 337 000,
Notenumlauf 24 494 000, Baarvorrath 22 631 000, Portefeuille 25 019 000,
Guthaben der Privaten 24 090 000, Guthaben des Staatsschatzes 12 359 000,
Notenreserve 13 139 000 Pfd. Sterl.

Marktberichte.
A-z. Jahrmärktebericht über Manufacturwaaren. Wie schon so
oft in den letzten Jahren hat auch dieses Mal der Verkehr des für den
Engrosverkauf beendeten Jahres selbst bescheidenen Erwartungen
nicht entsprochen. Ausser den bekannten Verhältnissen, welche
Messien und Märkte mehr und mehr beeinträchtigen, hat die wenig
frühlingssmässige Witterung der letzten Wochen zu diesem ungünstigen
Resultate beigetragen. Die grosse Concurrenz in der Webwaaren-
branche bewirkt es, dass die Frühjahrsbestellungen von den Geschäfts-
reisenden immer früher aufgeschoben werden und die Versendung der
bestellten Waaren geschieht meist schon im Januar und Februar. Tritt
dann milde Witterung ein, so beginnt das Detailgeschäft früh
und es ist zum hiesigen Frühjahrsmarkt schon wieder einiger Be-
darf vorhanden, während bei rauhem Märzweather die Läger noch
vollständig gefüllt sind. So war es dieses Jahr. Das Reisegeschäft
war im Allgemeinen gut, der Marktverkehr höchst unbedeutend.
Von den einzelnen Artikeln waren Bettzeuge, wie Inlet, Züchen,
Drillich zu Matratzen etc., noch am meisten begehrt, Schlesien liefert darin
ein zuverlässiges und beliebtes Fabrikat. Auch in Leinen und Halbleinen
zu Hemden wurde ein ziemlich befriedigendes Geschäft gemacht. Weniger
gut gingen baumwollene Hemden- und Unterzeugstoffe, auch in baum-
wollenen Futterstoffen war der Verkehr nicht bedeutend, alle diese
Artikel leiden unter der übermächtigen Wettbewerbung des El-
sass. Von den aus der sächsischen Oberlausitz und Langenbielau
zu Markte gebrachten baumwollenen Hosen- und Rockstoffen wurde
nicht allzuviel verkauft, es werden an deren Stelle vielfach die billigen
tuchartigen Gewebe verwendet. Die Grosshändler in der Stadt waren meist
mit dem Geschäft nicht unzufrieden, klagen jedoch sehr über den un-
pünktlichen Eingang der Aussenstände. Begehrt waren bedruckte
Baumwollengewebe Berliner und Elsässer Provenienz in geschmack-
vollen Mustern. Fertige Herren- und Damenkleider wurden vielfach
gekauft, namentlich waren Damenjackchen aus reinwollenem glatten
und einfarbig gestreiften Stoffen beliebt.

Jonis Kund,
Selma Kund,
geb. Sachs,
vermählt. [4211]
Beistreichung, 2. April 1889.

Die Geburt eines kräftigen Knaben
beehren sich ergebenst anzukündigen
Max Baderich und Frau
Katharina, geb. Sackur.
Breslau, 3. April 1889. [5447]

Statt jeder besonderen
Wiedung.
Durch die Geburt eines kräftigen
Jungen wurden hoch erfreut [5444]
Otto Klette und Frau
Anna, geb. Herzig.
Breslau, den 4. April 1889.

Die Geburt eines gesunden Knaben
zeigen hoch erfreut an [5472]
Dr. Louis Wolffberg und Frau
Selene, geb. Gottschall.
Breslau, 4. April 1889.



Soirée im Saale des Hôtel de Siblie.
Heute Freitag, den 5., Anfang 7½ Uhr.
Prof. St. Roman aus Mailand, Königl. preuss.
Hof-Magister, Mimiker und Virtuose bringt heute
staunenerregende neue Zauber-Vorstellungen zur An-
führung. Preise: Nummerierter Sitz 2 Mk., im Vor-
verkauf 1 Mk. 50 Pf., erster Rang 1 Mk., Part. 50 Pf.
Vorwärts zu haben in der Cigarrenhandlung des Herrn
Arnold, Kornede. Sonntag 2 Vorstellungen.

Chemals Kunitz'sche höhere Mädchenschule
Leichstraße 22/23.
Anmeldungen täglich von 12—3.
[5304] **Anna Malberg.**

Damen-Unterkleider
für heutige Toilette an sich unübertroffen, für Frühjahr u. Sommer,
von 4 Mark an, [3864]
größte Auswahl am Platze.
H. Wienanz, Ring 31.

Gestern Abend 9½ Uhr verschied plötzlich nach kurzem
schwerem Krankenlager an einer Lungenentzündung mein
theurer Gatte, unser lieber Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn
und Schwager, der prakt. Arzt

Dr. Carl Brettschneider,
im 39. Lebensjahre.
Dies zeigen Freunden und Bekannten statt besonderer Mel-
dung mit der Bitte um stille Theilnahme tiefbetruert an
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 3. April 1889.

Am 1. d. Mts. löste ein sanfter Tod die langen Leiden
meines Mannes
Carl August Trautwein
in seinem 75. Lebensjahre.
Dies zeigt theilnehmenden Verwandten und Freunden
hiermit an
Auguste Trautwein,
geb. Kübler.
Berlin, den 3. April 1889.

Danksagung.
Es sind uns anlässlich der Krankheit und des Ablebens
unserer innigstgeliebten, theuren Mutter so viele Beweise herz-
licher Theilnahme von Nah und Fern zugegangen, dass wir
nur auf diesem Wege im Stande sind, für alle diese Freund-
schaftsbezeugungen, welche uns in unserem Schmerze getröstet
und aufgerichtet haben, unseren tiefgefühlten Dank auszusprechen.
Breslau, den 4. April 1889. [5428]
Geschwister Braniss.

Danksagung.
Für die so sehr zahlreichen
Beweise innigster Theilnahme,
welche mir anlässlich des Hin-
scheidens meiner geliebten Frau
Ida, geb. Steinitz,
von Nah und Fern entgegen
gebracht wurden, und für welche
jedem Einzelnen besonders zu
danken, ich völlig außer Stande
bin, spreche ich hiermit in
meinem und im Namen meiner
Familie und der Geschwister der
dahingeschiedenen meinen herz-
lichsten Dank aus. [1805]
Oberheide
bei Schwientochlowitz,
den 3. April 1889.
Hermann Steinitz.

Beginn des Gottesdienstes
in den beiden Gemeindegemeinden.
Freitag, d. 5. April, Abends 6¼ Uhr.
Sonntags, d. 6. April, Morg. 8¼ Uhr.
An den Wochentagen:
Morgens 6¼ Uhr, Abends 6¼ Uhr.

Stadt-Theater.
Freitag, „Der fliegende Holländer“
Romantische Oper in 3 Acten von
H. Wagner.
Sonntags, „Fidelio.“ Große Oper
in 2 Acten von L. van Beethoven.
Sonntag. Zum ersten Male: „Im
Namen des Geistes.“ Ro-
mantische Oper in 3 Acten von Siegfried
Dohs.

Lobe-Theater.
Freitag, „Die wilde Jagd.“
Sonntags. Benefiz für Herrn
Capellmeister Zeit: „Das ver-
wünschte Schloss.“ Operette
in 3 Acten von Müllbacher.

**Paul Scholtz's Stablisse-
ment.**
Heute, Freitag, den 5. April 1889.
„Familie Hörner.“
Possen-Lustspiel in drei Acten von
H. Anno. [5437]

Freische [4034]
Waldmüller = Bowle,
per St. incl. M. 1.20.
Raymond, Carlstr. 10.

Ein gebrauchter, noch gut er-
haltener Flügel von Brettschneider
für 250 Mk., ein Flügel von Gebauer
für 300 Mk., ein guter Nussbaum-
flügel von Berndt, engl. Mech., für
550 Mk. verkauft. **Lichtenberg,**
Zwingerplatz 2. [4199]

Panorama,
Bischstr. 3, I.
Diese Woche: Berlin.

Liebig's Etablissement.
Heute und folgende Tage:
Große [4189]
humoristische Soirée
der allbeliebten
**Leipziger Quartett-
n. Concertsänger**
(Direction **Gebr. Lipart**),
Gastspiel
des urkomischen musikalischen
Clowns
Mr. Harris,
des Costumfängers
P. Schadow
und des anerkannten
besten Damen-Imitators
Deutschlands
Man de Wirth.
Abendlich stürmischer Beifall.
Hochkomisches Programm.
Billets à 40 Pf. in den be-
kannten Commanditen.
Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Kasseneröffnung 6¼ Uhr,
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten.
Direction: **C. Kleininger.**
Schlesische Tyroler,
Börsenpantomime. Ausstatt. neu.
Lebensbild a. d. Riesengebirge.
12 Tyrolerinnen, Tyroler u.
Antonio van Gofre,
in seinen unerreichten Productionen.
Annita und **Bollini**, Kanonen-
Exercitien, **Hans Sachs II.,**
Tauern-Meisinger, Mikado,
Duettsitten, **Mr. und Mlle.**
Obertonne, A. Bellinskaja,
russische Chansonette.
Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

FACHSCHULE
Müller-Mühlendauer
DIPLOMISCHES
Breslau
Zähne und Plomben,
Schmerzlose Zahnextraktion
Robert Peter,
Bücherplatz 13, am Riembergsho.

Das Neueste
in
Damenhüten,
Modelle sowie Copien,
ausschließlich vornehmer Genre, zu bekannt soliden Preisen
J. Bachstitz,
Eckladen, Tauenzienplatz 4.

Bielefelder Oberhemden,
garantirt tadellos!
vorzügliche Arbeit, bestes Material,
per Stück 3,50, 4 und 4,50 Mark, im ½ Duzend billiger,
in allen Maßweiten am Lager. [3863]
H. Wienanz, Ring 31.

Die eine grosse Dampfmaschine besitzende Deutsche
Müller- und Mühlenbauschule
zu Dippoldiswalde in Sachsen eröffnet am 1. Mai neue Curse.
Prospecte gratis. [1801]

Zeltgarten.
Auftritt des Omeus-Trio,
großartige Productionen auf
dem Drahttisch, des Musio-
nisten Herrn Meunier mit
seinem Wunderkoffer (sen-
sationelles, räthselhaftes Ex-
periment), der Frères Edwardo,
König- und Reckturner, des
Mr. Willson, Equilibrist, Fräul.
König, Fräul. Nancy Valerie und
Miss Marion Graham,
Sängerinnen, Herrn Mariott und
Fräul. Mariette, Duettsitten.
Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Unverwundlicher
waschechter
Kinderstrumpf
mit Doppelknie.
Albert Fuchs.
Hoflieferant,
49 Schweidnitzerstraße 49.

Bis zum 10. d. M.
verreist.
Dr. Landmann.

Ich wohne jetzt [1798]
Obdlaunerstr. 65, II.
Dr. med. Hepner.

Ich wohne jetzt [5350]
Gartenstr. 47
(am Sonnenplatz neben der Apoth.).
Dr. Wilhelm Herz,
prakt. Arzt.

Mein Comptoir befindet sich
von heute ab:
Neue Taschenstr. 6,
parterre.
Alexander Laband,
Holz-Geschäft. [5366]

Königl. Gymnasium
zu **Strehlen.**
Die Prüfung und Aufnahme neuer
Schüler erfolgt am **Mittwoch, den**
24. April, und zwar für die Vor-
schule und Serta von 9 Uhr Vor-
mittag, für die übrigen Klassen von
3 Uhr Nachmittag ab. Geeignete Pen-
sionen können nachgewiesen werden.
Dr. Petersdorff, Director.

Blech-Closets
mit pol. Holzrand, dopp.
Wasserverschluss und
Einsatzzeimer.
Zinkblech 9,00 Mk.
fein lackirt 10,50 Mk.

**Water-
Closets**
mit Porzellan-
Becken
u. selbstthätiger
Spülung,
lackirt 35,00 Mk.
erle dunkel polirt 39,00 „
echt mahagoni oder
nussbaum furnirt 44,00 „

**Polirte
Streu-
Closets,**
50 Mk.,
Desinfections-Pulver
hierzu billigt.

Herz & Ehrlich,
Breslau.
Preislisten auf Wunsch gratis
und franco. [4205]

Parquetböden-Wichse,
anerkannt bestes Fabrikat für
Parquetböden und gestrichene
Dielen. [3646]

Stahlspläne
entfernen mit Leichtigkeit jeden
Schmutz und Fettflecken aus
den Parquetten. Alte Böden,
mit Stahlsplänen abgerieben,
werden wieder gleich neuen.
Preis ½ Kilo 75 Pf.

Umbach & Kahl,
Taschenstr. 21.

Das Pädagogium
zu **Groß-Lichterfelde**
bei Berlin, [1600]

Unterrichtsanstalt und Pen-
sionat für Söhne aus den ge-
bildeten Ständen, hat seit 1873
die Berechtigung, Zeugnisse für
den einjähr. Militärdienst aus-
zustellen. Es beschränkt sich auf
circa 50 Pensionäre, für deren
individuelle Erziehung und ge-
wissenhafte Aufsicht es sorgt.
Großer Garten, schöner Turn-
platz, gesunde Luft.

Empfohlen von den Herren
Dr. Bach, Director des kgl.
Realgymnasiums, **Prof. Dr.**
Büchenschütz, Director des
Friedrich-Werder'schen Gym-
nasiums, **Prof. Dr. Hoff,** Direc-
tor des Louisenstädtischen Real-
gymnasiums, **Prof. Dr. Runge,**
Director des Friedrichs-Real-
gymnasiums, **Prof. Dr. Simon,**
Director des Königl. Realgym-
nasiums in Berlin, u. **Prediger**
Stephany in Groß-Lichterfelde.
Prospecte durch den Vorsteher
der Anstalt **Dr. Deter.**

Leinen-Offerte.
Während des Jahrmektes werde ich einen grossen
Posten
handgewebter Bleichleinen, bester Frühjahrsbleiche,
die wir, um unseren Webern während des Winters
Beschäftigung zu geben, angearbeitet haben,
in ganzen und halben Stücken, sowie in Resten
zu noch nicht dagewesenen billigen Preisen
ausverkaufen.

Wiederverkäufer, Hausirer und Nähterinnen
machen wir auf diese sehr günstige Gelegenheit
aufmerksam. [4206]
Zur Selbstanfertigung von Wäsche für
Ausstattungen etc. lassen wir auf Wunsch Probestücke
gratis zuschneiden oder vorheften.

Gleichzeitig bringen wir unser Fabriklager
Bielefelder, Schlesischer u. Sächsischer
Tischzeuge und Handtücher
für Wiederverkäufer, Hotelbesitzer, Restaurateure und
Hausfrauen in empfehlende Erinnerung.
**Diese Artikel werden zu Original-Fabrik-
Preisen laut Preis-Courant abgegeben.**

Der Verkauf geschieht nur gegen Baarzahlung
und werden Waaren im Betrage von **20 Mark** an
- franco durch ganz Deutschland versandt.

Abtheilung für
Leinen, Tischzeuge u. Handtücher.

Julius Henel vorm. C. Fuchs,
k. k. österr. u. k. rumän. Hoflieferant,
BRESLAU, am Rathhause No. 26.

Berlin
SW. König-
grätzer-Str. 107.
Möbelfabriken
mit Dampftrieb
und
300 Arbeitern.
Illustrirte Preis-
listen gratis und
franco.
Hamburg
Neuer Wall 84.

E. Langer,
Hoflieferant
Möbel
Decor-
ationen u.
ganze Wohn-
einrichtungen unter
Garantie reeller und ge-
diegenster Ausführung zu
Russert soliden Preisen.

Breslau
Ring 17.
Prämiirt auf
fünf
Ausstellungen.
Silberne
und
broncene Staats-
medaille.
Schweidnitz
Friedrichstr. 4.

Ungarweine in vorzüglichen Qualitäten
aus dem
Königlich Ungar.
Landes-Central-Musterkeller
in Flaschen mit Schutzmarke [4174]
zum Preise von Rmk. 1,20 incl. Flasche aufwärts.
Wiederverkäufern wird lohnender Rabatt gewährt.
Preislisten gratis und franco durch den Unterzeichneten, sowie
durch die in vielen Städten Deutschlands errichteten Verkaufsstellen.

Ferner offerire folgende Fassweine, klar abgestochen, flaschenreif:
Ungarische Rothweine.
Erlauer Rothwein per Hectoliter Mk. 95
Villányer dto. „ „ 98
Ofener dto. „ „ 96

Ungarische Süß- und Medicinalweine.
Süßer Ungarwein per Hectoliter Mk. 132
Medicinal-Ausbruchwein, alt, fett u. süß. „ 175
dto. „ 220
dto. Rothausbruchwein dto. „ 190
Alter Medicinal Ober-Ungarwein, ohne Süße „ 170
Preise incl. Fass, verzollt ab Breslau. Unverzollt um den Zoll-
betrag ermässigt. — Ziel 4 Monat. — Weinproben gratis und
franco. — Bei Wagenladungsbezügen 5% Preisermässigung.

Schindler, Ungarwein-Grosshandlung, Breslau,
General-Vertretung des
Königlich Ungar. Landes-Central-Musterkeller.

Die Schwaben u. Wanzel
Wirkung ihres Linsol gegen
ist so erfolgreich, daß ich selbst Jedermann bestens empfehlen kann.
nur bei **F. Stoermers Nachfgr., F. Hoffschmidt, Obdlaunerstr. 24/25.**

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des fernerer Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Oberschlesischen Eisenbahn**, nämlich:

- 1) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Lit. D** (Privilegium vom 24. Mai 1883),
- 2) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Lit. F I. Emission** (Privilegium vom 26. Juni 1887),
- 3) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Lit. G** (Privilegium vom 28. Mai 1886),
- 4) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen, Emission von 1873** (Privilegium vom 9. April 1873),
- 5) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen, Emission von 1874** (Privilegium vom 24. Juli 1874),
- 6) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen, Emission von 1880** (Privilegium vom 5. Januar 1880),
- 7) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen, Emission von 1883** (Privilegium vom 19. Februar 1883),

dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe **jetzt unter folgenden Bedingungen** anbiete:

- a. Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- b. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also die Schuldverschreibungen zu 1 und 3 bis zum 2. Januar 1890, die Schuldverschreibungen zu 2 bis zum 1. April 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung **bis einschließlich den 30. April d. J.** schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Breslau oder bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse in Berlin W., Leipzigerplatz 17, sowie bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen in Oppeln, Reife, Kattowitz, Ratibor, Posen, Glogau und Lissa i. P., außerdem auch bei den königlichen Regierungs-Haupt-Kassen in Liegnitz, Stettin, Frankfurt a. O., Magdeburg, Köln und Wiesbaden unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Breslau, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, für jede Gattung von Obligationen besonders, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist.

Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einseitiger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorbezeichneten Kassen unentgeltlich verabfolgt. Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen $\frac{3}{2}$ procentige Staatschuldverschreibungen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Breslau, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des fernerer Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Breslau-Schweidnitzer-Freiburger Eisenbahn**, nämlich:

- 1) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Lit. H** (Privilegium vom 6. April 1872),
- 2) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Lit. K** (Privilegium vom 21. December 1874),
- 3) der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Emission von 1876** (Privilegium vom 26. Juni 1876)

dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe **jetzt unter folgenden Bedingungen** anbiete:

- a. Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- b. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also die Schuldverschreibungen zu 1 und 3 bis zum 2. Januar 1890, die Schuldverschreibungen zu 2 bis zum 1. April 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung **bis einschließlich den 30. April d. J.** schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Breslau oder bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse in Berlin W., Leipzigerplatz 17, sowie bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen in Oppeln, Reife, Kattowitz, Ratibor, Posen, Glogau und Lissa i. P., außerdem auch bei den königlichen Regierungs-Haupt-Kassen in Liegnitz, Stettin, Frankfurt a. O., Magdeburg, Köln und Wiesbaden unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Breslau, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, für jede Gattung von Obligationen besonders, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einseitiger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorbezeichneten Kassen unentgeltlich verabfolgt. Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen $\frac{3}{2}$ procentige Staatschuldverschreibungen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Breslau, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Hypothekarische Darlehne

und **Dauergelder** gewährt die Preussische Hypotheken- und Renten-Bank zu den günstigsten Bedingungen. Anträge nimmt entgegen die General-Agentur **Schötenstraße 35 part. 9-3** Uhr.

Ortmann.

[4227]

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des fernerer Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Rechte-Ober-Weise-Eisenbahn**, nämlich der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen von 1877** (Privilegium vom 7. Februar 1877) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe **jetzt unter folgenden Bedingungen** anbiete:

- a. Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- b. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung **bis einschließlich den 30. April d. J.** schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Breslau oder bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse in Berlin W., Leipzigerplatz 17, sowie bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen in Oppeln, Reife, Kattowitz, Ratibor, Posen, Glogau und Lissa i. P., außerdem auch bei den königlichen Regierungs-Haupt-Kassen in Liegnitz, Stettin, Frankfurt a. O., Magdeburg, Köln und Wiesbaden unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Breslau, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.

von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, für jede Gattung von Obligationen besonders, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einseitiger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorbezeichneten Kassen unentgeltlich verabfolgt. Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen $\frac{3}{2}$ procentige Staatschuldverschreibungen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Breslau, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des fernerer Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Stettiner Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen III. Emission** (Privilegium vom 6. September 1888) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe **jetzt unter folgenden Bedingungen** anbiete:

- a. Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- b. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 1. April 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung **bis einschließlich den 30. April d. J.** schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, oder bei der königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kasse in Stettin unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.

von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einseitiger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf von 8 Tagen bei derjenigen Kasse, welcher sie vorgelegt worden sind, wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Werthangabe nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen $\frac{3}{2}$ procentige Staatschuldverschreibungen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Reelle Heirathspartien

in jüd. Familien vermittelt streng discreet **H. Friedländer**, Schmeibergstraße 55, I. Sprechstunden von 12-1 Uhr außer Sonntags.

Für selbstständige Kaufleute oder Herren mit fester Erfindung habe gute Partien an der Hand. [5464]

Streng reell.

Um Ag. zu vermeid., suche auf dies. Wege für m. Tochter, 24 J., mol., Wittig 10000 M., einen geb. j. M., Wittw. nicht ausg., mit sich. Er. Off. unter A. B. 116 zur Weiterbef. an die Expd. der Bresl. Ztg. [4208]

2 schöne Regulatordrehen sofort billig zu verkaufen **Weiden**straße 19, 1 Et. **Vogel**.

2 gebr. Geldschränke, ein mittelgroßer u. ein kleiner, bill. zu verk. Rothenhaferstr. 16. A. Gerth.

Holzwohle

lieft. billig Schaffer, Klosterstraße 2.

Nasse Füße u. Rheumatismus

geben bei vielen Menschen Hand in Hand. Allen diesen Leiden, den bei weitem häufigsten, das von Apotheker Scholms in Flensburg erfundene Wicht-, Rheumatismus- u. Herenschupplaster empfiehlen, welches, auf die betr. Körperstelle aufgelegt, binnen Kurzem die rheumatischen Schmerzen vertreibt. Nur echt mit obiger Schutzmarke. Preis pr. Blechdose mit ausführlicher Gebrauchsanweisung 75 Pf.

dem jetzigen kälteren Wetter das von Apotheker Scholms in Flensburg erfundene Wicht-, Rheumatismus- u. Herenschupplaster empfiehlen, welches, auf die betr. Körperstelle aufgelegt, binnen Kurzem die rheumatischen Schmerzen vertreibt. Nur echt mit obiger Schutzmarke. Preis pr. Blechdose mit ausführlicher Gebrauchsanweisung 75 Pf.

Gebrauchte Civil- u. Militair-Sachen kauft und zahlt die höchsten Preise [5268]

D. Juliusburger, Stadtstraße 26. Bestellungen per Postkarten erbet.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des fernerer Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Görlicher Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen Lit. B** (Privilegium vom 9. October 1871) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe **jetzt unter folgenden Bedingungen** anbiete:

- a. Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- b. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung **bis einschließlich den 30. April d. J.** schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipzigerplatz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.

von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist.

Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einseitiger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf von 8 Tagen wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Werthangabe nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen $\frac{3}{2}$ procentige Staatschuldverschreibungen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des fernerer Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der vierprocentigen **Prioritäts-Obligationen der Schleswig'schen Eisenbahn** dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe **jetzt unter folgenden Bedingungen** anbiete:

- a. Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der $\frac{3}{2}$ procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- b. Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Jan. 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung **bis einschließlich den 30. April d. J.** schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipzigerplatz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.

von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist.

Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einseitiger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf von 8 Tagen wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Werthangabe nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen $\frac{3}{2}$ procentige Staatschuldverschreibungen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Mein Hotel u. Restaur. =

Grundstück in Breslau, in bester Lage gelegen, mit vollst. eleg. Inventar, 18 Fremdenzimmern und 3 Resta. - Lokalen, 27 Jahre mit bestem Erfolge bestehend, will ich mit Anz. v. 24.000 M. preisw. verk. oder m. 3000 M. Caution verpachten. Hyp. z. 4 pSt. fest. Off. u. W. 60 Hauptpostl. Breslau erb.

Wegen vorgerückten Alters bin ich Willens, mein Haus, am Ring, unweit der Kirche, worin ich seit dem Jahre 1845 ein Schnittwaaren-, Stabstich- und Spirituosen-Geschäft mit bestem Erfolge betrieb, zu verkaufen, event. auch zu verpachten. Das Haus ist der Neuzeit entsprechend gut massiv gebaut. Käufer wollen sich melden bei **L. Lustig**, Woißhuf.

Ein in einem belebten Fabrikvorort in Waidenburgers Krefe gelegenes **Colonialwaaren-Geschäft**, zu welchem sich eine Bäckerei einrichten läßt, ist veränderungshalber mit Grundst. zu verkaufen. Anzahlung ca. 6000 Mark.

Gründl. Reflectanten erfahren Näheres durch **Carl Anders**, Waidenburg i. Schles. [1804]

Mein Haus

Albrechtsstraße 6 „zum Palmbaum“ beabsichtige ich wegen andauernder Kränklichkeit, ohne Einmischung dritter Personen zu verk. **Serrmann Gumpert**, Bahnhofstr. 7.

Eine holländische Windmühle, die dicht an einer Stadt der Oberlausitz gelegen, bei schöner Windlage, in gutem Bauzustande und die einzige am Orte, ist freihandlich zu verkaufen. Offerten an die Expedition des „Muskauer Anzeigers“ zu Muskau O.-L. [4179]

Verkauf.

Eine reizend gelegene Restauration mit 80 Morgen Areal ist sofort an einen tüchtigen Wirth billig und mit geringer Anzahlung zu verkaufen. Offert. sub B. C. 113 an die Exp. d. Bresl. Ztg. [4178]

In einem evangelischen Kirchvorort wird eine **flotte Restauration** mit vollem Inventar bald zu verkaufen gesucht unter **Chiffre N. H. 60** postlagernd Tarnowitz Oberschlesien. [5112]

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Hamburger Eisenbahn**, nämlich der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen I. Emission (Privilegium vom 27. November 1846) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3½procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3½procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt;
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist.

Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einwilliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf von 8 Tagen wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3½procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Thüringischen Eisenbahn**, nämlich der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen VI. Emission (Privilegium vom 23. Mai 1874) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3½procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3½procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt;
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einwilliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf von 8 Tagen wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3½procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

An einer nachweislich rentablen
Schuhfabrik
mit 100 sehr billigen Arbeitskräften kann sich sofort Jemand mit Capital
[1799]
betheiligen.

Dasselbe wird auf Wunsch sicher gestellt. Offerten sub H. 21748 an Haasenstein & Vogler, Breslau.

Bald gesucht 6000 Mk. zu 5% hinter 18000 Mk. auf bewohntem 2stöckigen, 6stündigen Hause, innerhalb der Feuerzone, beste Lage in größter Stadt Schlesiens.

Näheres durch Rudolf Woffe, Breslau, sub Chiffre B. 393.

Ein kleines
Eisenwaren-Geschäft,
seit 20 Jahren von Besitzer betrieben, ist u. den günstigst. Beding. zu verk. ebenso ist ein Speisereisladen nebst Einrichtung, seit 40 Jahr. bestehend, sofort zu verm. Off. sub M. 403 an Rudolf Woffe, Breslau.

Bekanntmachung.
In unser Gesellschaftsregister ist heute unter Nr. 198 die zu Königs- walde bei Weisthien unter der Firma: **Weihrauch & Zimmer** gegründete Handelsgesellschaft mit dem Beifügen eingetragen worden, daß dieselbe heute begonnen hat und daß die Gesellschafter sind:
1) Kaufmann Richard Zimmer aus Schweidnitz; [1806]
2) Landwirth Hermann Weihrauch aus Peterswalbau. Waldburg, den 29. März 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
Unter Nr. 432 unseres Firmen-Registers ist heute die Firma **Siegfried Tockus**, als deren Inhaber die Kaufmanns- frau Fanny Tockus und als Ort der Niederlassung **Oppeln** eingetragen worden.
Oppeln, den 1. April 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Anhaltischen Eisenbahn**, nämlich der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen II. Emission (Privilegium vom 25. Juni 1856) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3½procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3½procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt;
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitägigen Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2ten Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.

Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einwilliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versehenen Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf von 8 Tagen wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahme-Erklärung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3½procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Isidor Fuchs**

zu Oppeln ist, nachdem das hiesige königliche Amtsgericht den am 13ten März 1889 angenommenen Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß von demselben Tage bestätigt hat, durch Beschluß desselben Gerichts von heute aufgehoben worden.

Zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, event. zur Erhebung von Einwendungen gegen dieselbe, ist Termin auf [4215]

den 9. Mai 1889, Vormittags 9 Uhr, vor dem königlichen Amtsgericht hieselbst im Zimmer Nr. 12 des neuen Justizgebäudes anberaumt. Oppeln, den 2. April 1889.

Burghardt,
Gerichtsschreiber
des königlichen Amtsgerichts.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Weinkaufmanns **Ernst Hielscher**

zu Reiffe ist, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 23. Februar 1889 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 23. Febr. 1889 bestätigt ist, aufgehoben worden. Reiffe, den 30. März 1889.

Geier,
Gerichtsschreiber
des königlichen Amts-Gerichts.

Concursverfahren.

Ueber den Nachlaß des am 3. Februar 1889 verstorbenen Rittergutsbesizers

Georg Wiesand aus Lentschütz ist am 3. April 1889, Mittags 12½ Uhr,

Concurs eröffnet. Verwalter: Kaufmann Carl Lange zu Witzig. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum [4216]

5. Mai 1889. Anmeldefrist bis zum 1. Juni 1889. Erste Gläubigerversammlung den 1. Mai 1889, Vormittags 10 Uhr. Allgemeiner Prüfungstermin den 14. Juni 1889, Vormittags 10 Uhr. Witzig, den 3. April 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unserm Firmen-Register ist die unter Nr. 668 eingetragene Firma: **Alexander Schastok** zu Königswalde bei Weisthien heute gelöscht worden. [1812]
Ferner ist in unserm Proccuren-Register unter Nr. 136 das Erlöschen der Procura des Hütten-Ingenieurs **Rudolf Lorenz** für die Firma **Alexander Schastok** zu Königswalde bei Weisthien — Nr. 668 des Firmen-Registers — heute vermerkt worden.
Waldburg, den 29. März 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Georg Rappaport, Breslau,

Graupen-Grüße-Gries-Dampfmühle, Sirse, Reinigungs- und Sortir-Anlagen für Hülsenfrüchte, Landesproducte etc.

empfehlen sehr preiswerth: [1736]
Buchweizen (Haide)-Grüße, Gries, Mehle, Tafelhirse, Hafergrüße, Schälgerbfein, Gerstenaufkochen in allen Sorten, Weizengries, Kaiseranstrichmehl, Linsen garantirt käsefrei, größte, wie mittlere und kleine Bohnen, Erbsen gereinigt und sortirt etc. Preisverzeichniß und Bemusterung franco.

Oberschlesische Portland-Cement-Fabrik.

Die Actionäre der Oberschlesischen Portland-Cement-Fabrik werden zu einer

außerordentlichen General-Versammlung

für
Freitag, den 26. April cr., Nachmittags 3 Uhr, in das Geschäftslocal der Gesellschaft in Oppeln einberufen.

Tages-Ordnung:

- 1) Vermehrung des Grundcapitals der Gesellschaft um 550 000 Mk., zwecks Erweiterung der Fabrikanlage, mit der Maßgabe, daß der Actionären auf 4 alte Aktien das Bezugsrecht auf eine neue Actie zu einem noch festzusetzenden Course gewahrt bleibe, und dem entsprechend Abänderung des § 5 des Gesellschafts-Statuts.
- 2) Beschlußfassung über die Ausführung dieser Maßregel.
- 3) Umwandlung der das Bestehen der Gesellschaft belastenden Hypothek in eine 4procent. Obligationsschuld.

Zur Theilnahme an der Versammlung sind laut § 29 unserer Statuten nur diejenigen Actionäre berechtigt, welche bis spätestens den 24. April cr., Abends 6 Uhr, ihre Aktien

in Oppeln bei der Gesellschaftskasse,

• Breslau bei der **Breslauer Disconto-bank**,

• Berlin bei Herrn **S. L. Landsberger, W.**, Französisch-Strasse 33 d,

• Herren **Gebr. Guttentag, NW.**, Neustädtische Kirchstraße 3,

hinterlegt und dagegen einen Depötschein, welcher als Einlaßkarte zur General-Versammlung dient, in Empfang genommen haben.

Oppeln, den 3. April 1889.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths.
Julius Schottländer.

Oberschlesische Portland-Cement-Fabrik in Oppeln.

Activa. Schluss-Bilanz am 31. December 1888. Passiva.

An Anlage-Conto:		Per Actien-Capital-Conto:	
Umfasst sämtliche Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Utensilien zum Einkaufspreise, laut Kaufvertrag vom 20. März 1888 mit	Rmk. 2 435 000,—	Emittirte 2200 Stück Actien à 1000 Rmk.	2 200 000 —
sowie die bis ultimo 1888 hinzugetretenen Neubauten u. Neuanschaffungen zu den Selbstkosten	28 587,23	Hypotheken-Conto: eingetragene Hypothek	600 000 —
	Rmk. 2 463 587,23	Dispositionsfonds-Conto	3 429 03
ab Abschreibungen pro 1888	51 777,60	Gewinn- u. Verlust-Conto: Netto-Gewinn pro 1888	287 549 —
	2 411 809 63		
• Thonförderungs-Conto: Im Jahre 1888 erworbene Berechtigungen zur Thonförderung	10 096 40		
• Patentgebühren-Conto C. Dietzsch: Im Jahre 1888 erworbene Berechtigung zum Bau Dietzsch'scher Brennöfen	25 000 —		
• Conto-Corrent-Conto: Ausstehende Forderungen incl. Banquier-Guthaben und hinterlegter Cautionen bei Behörden	459 653 54		
• Cassa-Conto: Kassenbestand	22 058 41		
• Wechsel-Conto: Bestand an Wechseln, abzügl. Bankdiscont.	45 632 15		
• Effecten-Conto: Bestand an cautionfähigen Effecten	1 547 25		
• Assecuranz-Conto: Vorausbezahlte Feuer-Versicherungsprämie ..	453 —		
• Inventur-Bestand: Bestand an Portland-Cement, Halbfabrikaten und zur Fabrikation und Reparaturen nothwendigen Materialien und Ersatzstücken ..	114 727 65		
	3 090 978 03		3 090 978 03

Verluste. Gewinn- und Verlust-Conto. Gewinne.

An Anlage-Conto:		Per Fabrikat-Conto:	
Abschreibung	51 777 60	Brutto-Ertrag pro 1888	969 047 42
Dispositionsfonds-Conto:	3 429 03	Wirthschafts-Conto: Gewinn pro 1888	2 812 39
Reparaturen-Conto: Instandhaltung der Maschinen, Utensilien, Gebäude etc.	45 077 40		
Unkosten-Conto: Betriebs-Unkosten	564 161 42		
Zinsen-Conto:	19 865 36		
Gewinn-Vertheilung laut § 38 der Statuten ..			
Reservefonds-Conto 10 pCt. Rmk. 28 754,90 ..			
Tantiemen-Conto: Vorstand und Beamte ..	9 369,84		
Dividenden-Conto: 10 pCt. Dividende auf Rmk. 2 200 000 Actien-Capital.	220 000,—		
Zur Verfügung der Generalversammlung	29 424,26		
	971 859 81		971 859 81

Der Aufsichtsrath.
Julius Schottländer.

Der Vorstand.
C. Körtzer. L. Frankfurter.

Vorstehende Schluss-Bilanz, sowie Gewinn- und Verlust-Conto mit den Büchern verglichen und in Uebereinstimmung gefunden.

Oppeln, den 12. Februar 1889.

Die Revisions-Commission.
Richard Juncker. S. Juliusburger.

Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch billigster.

Ueberall zu haben in Büchsen à
Rm. 3.30, Rm. 1.80, Rm. 0.95.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von
a. 224 cbm Granitbruchsteine,
b. 270 hl Graufalk,
c. 2560 = gelochten oberfläch-
förmigen Weizfalk,
d. 380 = gelochten hölzernen
Weizfalk,
e. 780 cbm Mauerwand,
f. 565 000 Stück Mauerziegel
2. Sorte,
g. 219 000 Stück Mauerziegel
1. Sorte, zu den äußeren
Verblendungen, und
h. 15 860 Stück Formziegel zu den
äußeren Verblendungen,
[4220]

sowie
h. die Ausführung der Erd-
und Mauerarbeiten zum
Bau des neuen Feuerweh-
depots an der Elbingstraße
sollen in Submission vergeben werden.
Die Offerten sind bis
Montag, den 15. April 1889,
vormittags

ad a bis e um 10 Uhr,
ad f bis h um 11 Uhr,
in der Bauinspektion H. W., Elb-
straße Nr. 14, 2. Et., Zimmer Nr. 47,
wofür die Bedingungen zu ein-
zuholen sind, abzugeben. Eröffnung
der Offerten geschieht zur angegebenen
Stunde in Gegenwart der Bieter.
Breslau, den 5. April 1889.
Die Stadt-Bau-Deputation.

Nottinghamer

Gardinen-Fabrik
sucht für Breslau einen tüchtigen,
bei hochf. Geschäften eingeführten
Agenten. Off. sub H. R. 783 an
Rudolf Mosse, Hamburg, erbeten.

Versteigerung einer Villa

und des

Villen-Inventars

Wegen Ueberfälligkeit des Herrn
Baron von Sobieratzka nach
Ausschluss bin ich beauftragt, für
dessen Rechnung in Deutsch-Lissa
bei Breslau, am 11. April a. o.,
vormittags 10 Uhr, beginnen:
die vollständige, fast neue, im
eleganten Stil gehaltene
Schloßeinrichtung, bestehend
in eigenen, schwarzen und
französischen Saloneinrichtungen,
der verschiedensten Art, Luxus-
Majorika, Cuivre poli - Gegen-
stände, sehr große Smyrna-
Kissen und andere Teppiche,
Vorhänge, Kronenleuchter,
Lampen, Spielwerke, 1 hoch-
eleg. Piano, 2 große fran-
zösische u. holl. Bettstellen mit
Matratzen und completer
Schlafzimereinrichtung, ein
compl. Billardzimmer von be-
sonderer Eleganz (Billard von
Neuhusen), die Fremdenzimmer-
und Kucheneinrichtung, Por-
zellan, Gläser, Handrath,
einige 1000 Topfpflanzen,
2 große Lorbeerbäume, Oleander,
Agaven u. Gartenmöbel;
Mittags 2 Uhr:

die werthvollen Gemälde,
wobei Giovanni Battista de
Rosso, Veneziano Bonifazio,
Jusepe de Ribera und Andere;
ferner: 2 vollständige Ritter-
rüstungen, Lanzen, Waffen etc.,
sowie nachmittags 4 Uhr da-
selbst im Speisesaal:

die hochherrschaffl. und in jeder
Weise komfortabel eingerichtete
Villa mit Garten
versteigern.

Der Verkauf des Inventars er-
folgt gegen sofortige Baarzahlung,
der der Villa nach besonderen Ver-
einbarungen.
Verkaufsbedingungen werden im
Termin bekannt gemacht.

Die Befichtigung der Villa und des
Inventars ist nur am 9. und 10ten
April a. o., je nachmittags von 1 bis
6 Uhr gestattet. [5334]
Nesentanten der Villa haben eine
Votingcaution von 6000 Mark in
baar dem Unterzeichneten bei dem
Termin zu deponiren.
Der königl. Auktions-Commis-
sion für die Stadt und den Landkreis
Breslau
G. Hausfelder.
Bureau: Zwingerstr. 24, Breslau.

Auktions-Verlegung.

Die für heute 9½ Uhr Bräuer-
straße 5 anberaumte Auktion wird
bis auf weitere Bekanntmachung
aufgeschoben. [5473]

Der
Königliche Aukt.-Commissarius
G. Hausfelder.

Wichtig für Aerzte.
Zwei Landauer Geispanne sind
im Abonnement zu vergeben; auf
Wunsch können Pferde gewechselt
werden. Näheres Carlstraße 3
in der Bäckerei. [5458]

**Lebende Hechte,
Karpfen, Lachs,
Seezungen, Schollen,
Maränen, Barse etc.,
Austern, Caviar,
Geräuch. Rheinlachs**
empfehlen billigst [5451]

Carl Schröder,
Fischhdlg., Ohlauer Str. 43.

Es ist schon lange her!

daß unsere Großeltern reinen, guten,
nicht verfälschten Candiszucker mit
einer Zwiebel kochten und diesen
primitiven Trank gegen Husten hoch-
hielten. Oscar Tietze in Namslau
bemächtigte sich dieser alten,
aber vorzüglichen Grundidee und
fabricirt seit einigen Jahren unter
Benutzung der vorzüglichsten Roh-
materialien nunmehr die bekannten
echten Oscar Tietze'schen
Zwiebel-Bonbons,
ein vorzügliches und ebenso billiges
Hausmittel gegen jeglichen Husten
und Verschleimung. Der Erfolg
dieser Tietze'schen Bonbons regte
zu Nachahmungen an und achte man
genau auf den vollen Namen
„Oscar Tietze“.

Zu haben in Breslau bei:

Erich & Carl Schneider, Hofliefer-
anten, Schweidnitzerstraße; S. G.
Schwartz, Ohlauerstr.; Oscar Rey-
mann, Neumarkt 18; Umbach & Kahl,
Taschensir.; Otto Kahl, Schweidnitzer-
straße; E. Störmer's Nachf., Ohlauer-
straße; Eldau & Zimmermann, Neue
Schweidnitzerstraße; O. Heilberg,
Matthiasplatz; Rob. Schlabs, Ohlauer-
straße; Paul Neugebauer, Ohlauer-
straße; Carl Engel, Holteistr.; Ede
Schillerstr.; F. Eckert, Freiburgerstr.;
Hermann Ernst, Neumarkt; J. Sperber,
Alte Graupenstr.; Ad. Roatsch Ditt-
manns Nachf., Ede Garten-
und Zimmerstr.; Oscar Giesler, Junfer-
straße; Herm. Straka, Ring, Kieme-
rstraße 10; Traugott Geppert, Kaiser
Wilhelmstr. 13; Gustav Biller, Messer-
gasse 20 und Heiligegeiststr. 15; Oscar
J. Kaiser, Altbürgerstr. 29; E. Wiehle,
Kupferstraße 49; Franz Klein,
Schweidnitzerstr. 51; Oberstraße 17,
Blücherplatz 12; Amand Gebauer,
Höfchenstr. 25; C. Stübenrath, Holte-
straße 31; Müller, Delicatessenhdlg.,
Agnesstraße 13; Hermann Elsner,
Carlsplatz 3; E. Hühndorf, Schmiede-
brücke 21; Franz Scholz, Am Ober-
schles. Bahnhof; Carl Peuker, Sonnen-
straße 38; C. L. Sonnenberg, Tanc-
zienstr. 63; Paul Guder, Neue Taschen-
straße 14a u. Albalberstr. 15; Paul
Buschmann, Sabowastr. 69; Eugen
Steymann, Friedr.straße 52; E. Nabel,
Gahistr. 13; P. Dierich, Behndamm;
C. Stephan, Gneisenaustr. 9; Gude's
Nachf. Rosse, Klosterstr.; O. Schnalke,
Sonnenstr. 17. [1797]
Wo noch nicht vertreten, gebe unter
günstigen Bedingungen Niederlagen.
Oscar Tietze, Namslau.

Ein Paar große braune Wallachen,
ganz sichere und gut zusammenpassende

Wagenpferde,

sowie

ein Damen-Reitpferd,

sehr hübsche Schimmelfaute, verkauft
Pleg.

Die Fürstlich Pleß'sche Marstall-
Verwaltung

Bahleke.

Stellen-Anerbieten

und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine Kindergärtnerin

israel. Confession, wird zu einem
Knaben und 3 Mädchen im Alter
von 4-10 Jahren in eine Grenz-
stadt Bayerns per 1. Mai d. J.
aufzunehmen gesucht; derselben
würden der nöthigste Unterricht in
Literatur, Religion, Musik u. franz.
Sprache, sowie die körperliche Pflege
der Kinder obliegen. Anschluß an
die Familie wird zugesichert.
Off. unter H. 21498 an Haasen-
stein & Vogler, Breslau, erbet.

Zum 1. Juli suche aufs Land zu

3 Kindern eine geprüfte Kinder-
gärtnerin. Meldungen erbitet
Frau Louise Glücksmann,
Mysłowice, Post Rosdzin OS.

Zum Antritt per 1. Mai er. suche

ich eine geprüfte Kindergärtnerin,
isr. Confession, die auch wirtsch. affl.
Kenntnisse hat. [4207]

Ludwig Pollack,
Rattowitz OS.

Tücht. Kammerjg., Bonnen, Wirt-
schaft, Stubenmädch., Köchinnen,
Mädchen für Alles melden sich:
Bureau Kupferstraße 21.

Eine anständige Frau, welche
die Glanzplätterei gut versteht,
wird als Wirtshauskammerfrau bei einem
einzelnen Herrn gesucht. Persönliche
Meldungen Gartenstraße 15a,
parterre, Nachm. 3-4 Uhr. [5433]

Empfehlen den hohen Herrschaften
Wirtshauskammerfrauen, Kammerjungf.,
Bonnen, Stubenmädch., Köchinnen,
Mädchen f. Alles, auch ins Ausland,
das Bureau Kupferstraße 21.

Für mein Posamentier- u.
Weißwaren-Geschäft suche
per sofort eine tüchtige

Verkäuferin

chriftl. Confession, welche gute
Zeugnisse ihrer bisherigen Thä-
tigkeit aufweisen kann. [4180]
Hermann Bleberstein,
Sprottau.

Eine tüchtige Verkäuferin,
mit Handarbeiten vertraut,
findet in meinem Tapiserie-
Geschäft sofort Stellung.
S. A. Fraustadt Wwe.,
Liegnitz. [1796]

Ein Fräulein sucht pass. Stellung.

Dasselbe ist in der Wirtsch.,
sowie mit Schneidern vertr., war auch
in größ. Geschäft thätig und bef. sich
im Besitz guter Zeugnisse. [1791]
Gest. Off. erb. unter E. S. G. Nr. 23
postlagernd Gr.-Glogau.

Einen herrschaftl. unverb. Diener
sucht Zolki, Freiburgerstr. 25.

Tücht. Köchin empfiehlt für bald
P. Grammel, Sonnenstr. 13.

Einige von mir in den Han-
delswissenschaften ausgebildete

Comptoiristen

suchen Stellung per sofort
oder später und bin ich zu
näherer Auskunft gern bereit.
Heinrich Barber,
gerichtlich vereideter Bücher-
revisor und Handelslehrer.
Carlsstraße 36.

Ein durchaus tüchtiger

Buchhalter,

der doppelten Buchführung mächtig,
auch etwas Sprachkenntnisse besitzen
muß, wird zum möglichst baldigen
Antritt gesucht. Offerten mit An-
gabe der Gehaltsansprüche u. Zeug-
nisse-Abdrücken sind sub E. 396 an
Rudolf Mosse, Breslau, zu richten.

Ein tüchtiger Buchhalter

und gewandter Correspondent,
38 J. alt, dem über seine bisherige
Thätigkeit die besten Referenzen zur
Seite stehen, sucht per bald anderw.
Engagement, auch ist derselbe bereit,
auf einer größeren Geschäftshaus-
stellung als Rechnungsführer
oder Nebentat anzunehmen.
Gefällige Offerten sub Z. 391 an
Rudolf Mosse, Breslau. [1815]

Ein tüchtiger

junger Mann

der Galanterie- u. Glas-Branche,
wird für die Reise gesucht. Antritt
sofort oder 1. Mai. Meldungen mit
Zeugnis- u. Abdrücken und Gehalts-
ansprüchen an Rudolf Mosse,
Breslau, sub H. 399. [1808]

Für d. Detailverf. m. Lign- u. Rum-
fabr. suche ich ein. Hnt. u. verl.
j. Mann a. Vert., w. i. größ. Brand-
weinverschleiß u. Spec.-Gesch. läng.
Zeit thät. war. Off. u. Zeugnisabdr.
an Adolf Bellak, W. Ostrau.

Ein mit der Eisenhütten-
Branche gründlich vertrauter

Techniker,

tüchtiger Constructeur, wird für
die Dauer der Bauaison,
mindestens aber für 6 Monate,
zum sofortigen Antritt gesucht.
Offerten mit Zeugnis- u. Ab-
drücken und Gehaltsansprüchen
werden unter G. 398 an
Rudolf Mosse, Breslau,
erbeten. [1809]

Für eine größere Handelsmühle
wird ein unrichtiger, energischer,
nachweislich tüchtiger

Bodenmeister gesucht.

Offerten unter F. 397 an Rudolf
Mosse, Breslau.

Für ein Farbwaren- u. Chemicalien-
u. Engros-Geschäft wird ein Lehrling
zum sofortigen Antritt gesucht.
Meldungen L. 36 hauptpostlagernd.

Für mein Holz- u. Gerber-
Geschäft suche ich per bald einen
frühtigen

Lehrling.

Sohn achtbarer Eltern.
Heinrich Waldmann,
Cösl. OS.

Für mein Colonial- und Kurz-
waren-Geschäft suche ich per
1. Juni einen jungen Commis, der
auch der polnischen Sprache mächtig
ist. Offerten mit Ansprüchen und
Zeugnis-Copien postlagernd A. B.
Bentzen OS. [1803]

Für ein Fabrikgeschäft wird
ein zuverlässiger Comptoirist,
der eine schöne Handschrift hat,
und mit der Buchführung gut
vertraut ist, per 1. Mai d. J.
gesucht. Offerten mit Ge-
halts- u. Ansprüchen hauptpost-
lagernd A. B. 10. [5436]

Für unser Herren- u. Knaben-
Garderoben- u. Engros-Geschäft
suchen wir einen

tüchtigen Lageristen

zum sofortigen Antritt. [5471]
Riesefeld & Wachsner,
Neuschestrasse 8/9.

Ein praktischer

Destillateur,

welcher sich für Reife und
Comptoir eignet, wird per
15. April cr. event. früher ge-
sucht. — Offerten mit Lebens-
lauf, Zeugnis- u. Abdrücken, Ge-
haltsanspr. u. sonstige Referenz.
erbeten durch Rudolf Mosse,
Breslau, unter V. 388. [1788]

Ein gebildeter junger Mann, der
nachweislich in der Getreide-,
Woll- u. Sämereienbranche sehr
wohl bewandert, mit der Corre-
spondenz und Buchführung voll-
ständig vertraut und von durchaus
ehrenhaftem Charakter ist, findet
in meinem Geschäft am 1. Juli Stel-
lung. — Bewerbungen unter Angabe
der bisherigen Thätigkeit u. sonstigen
Verhältnisse erbitet
S. Seligsohn, Bromberg. [4084]

Ein junger Mann

mit guten Empfehlungen, cautious-
fähig, der Buchführung, Correspondenz
und sämtlicher Comptoir-Arbeiten,
sowie der poln. Sprache mächtig,
im Maschinen-Fach bewandert, sucht
Stellung unter bescheidenen Anpr.
Gest. Off. unter E. B. 44 Exped. d.
Breslauer Zeitung erb. [5448]

Für Expedition und Lager einer

Strohhußfabrik

wird ein junger Mann gesucht.
Offerten sub N. W. 203 „Indu-
striedienst“ Dresden erb. [4209]

Im Comptoir einer Fabrik in Breslau
findet ein junger Mann mit
guter Handschrift, firm im Rechnen,
dauernde Anstellung. Antritt bald
oder später. Off. mit Referenzen unt.
Fabrik 49 Exped. der Bresl. Ztg.

Ein in der Getreide- u. russ. Pro-
ducten-Branche fester junger
Mann, mit Einkauf, Verkauf, Buchf.
u. Corresp. vertr., sucht Stell. Gest.
Off. unt. E. G. 51 Exped. der Bresl. Ztg.

Ein tüchtiger

junger Mann

der Galanterie- u. Glas-Branche,
wird für die Reise gesucht. Antritt
sofort oder 1. Mai. Meldungen mit
Zeugnis- u. Abdrücken und Gehalts-
ansprüchen an Rudolf Mosse,
Breslau, sub H. 399. [1808]

Für d. Detailverf. m. Lign- u. Rum-
fabr. suche ich ein. Hnt. u. verl.
j. Mann a. Vert., w. i. größ. Brand-
weinverschleiß u. Spec.-Gesch. läng.
Zeit thät. war. Off. u. Zeugnisabdr.
an Adolf Bellak, W. Ostrau.

Ein mit der Eisenhütten-
Branche gründlich vertrauter

Techniker,

tüchtiger Constructeur, wird für
die Dauer der Bauaison,
mindestens aber für 6 Monate,
zum sofortigen Antritt gesucht.
Offerten mit Zeugnis- u. Ab-
drücken und Gehaltsansprüchen
werden unter G. 398 an
Rudolf Mosse, Breslau,
erbeten. [1809]

Für eine größere Handelsmühle
wird ein unrichtiger, energischer,
nachweislich tüchtiger

Bodenmeister gesucht.

Offerten unter F. 397 an Rudolf
Mosse, Breslau.

Für ein Farbwaren- u. Chemicalien-
u. Engros-Geschäft wird ein Lehrling
zum sofortigen Antritt gesucht.
Meldungen L. 36 hauptpostlagernd.

Für mein Holz- u. Gerber-
Geschäft suche ich per bald einen
frühtigen

Lehrling.

Sohn achtbarer Eltern.
Heinrich Waldmann,
Cösl. OS.

Lehrling.

Für mein Tuch- und Confections-
Geschäft suche ich einen Lehrling,
Sohn achtbarer Eltern. [5470]
Julius Friede's Nachf.

Für mein Herren-Garderoben- u.
Manufacturwaaren-Geschäft
suche ich einen Lehrling oder
Volontair, der auch polnisch spricht,
zum baldigen Antritt. [5450]
Leopold Klotter, Bentzen OS.

Für unser Herren-Garderoben-
u. Engros-Gesch. suchen wir einen
frühtigen Lehrling aus achtbarer
Familie zum baldigen Antritt.
Riesefeld & Wachsner,
Neuschestrasse 8/9.

In einem hiesigen Fabrikgeschäft
wird ein Lehrling mit guter
Schulbildung per bald oder nach
Schluß gesucht. Offert. unter
A. W. 47 Briefk. der Bresl. Ztg.

Ein Lehrling wird für ein hiesiges
Manufactur- u. Waaren-Geschäft
en gros gesucht. Abdr. sind Bresl.
Zeitung-Exped. u. H. # 48 abzugeb.

1 Lehrling für Colonial-
Waaren en gros wird gesucht.
Offert. L. E. 50 Exp. d. Bresl. Ztg.

Vermietungen und

Mietgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Bahnhofstr. 32,

3. Etage, per Juli 3 zweifelnstr. Zim.,
1 einseitr. Mittelcab., gr. Entree,
Küche, Boden, Keller, Gartenbenütz.
Näheres part. b. Kachner.

Zum 1. Juli cr. ist

Zunferstraße 11, 3. Etage, eine
Wohnung von 4 Zimmern, Küche
und Beigelaß für 750 Mk. zu ver-
mieten. Näb. im Fraenkel'schen
Nachlaß-Bureau. [3916]

Schillerstr. 16

hochherrsch. ruh. Hause 1. Et., großer
Salon u. 4 Zimmer, sofort zu verm.,
desgl. im 3. Stod 4 Zimmer.

Schweidnitzerstraße 46

ist die erste Etage, bestehend aus 6
Zimmern, Küche u. Zubehör, per ersten
October cr. zu vermieten. Näheres
dieselbst parterre im Bankgeschäft.

Klosterstraße 36

ein Laden m. Wohn. f. 300 Thlr. u. schöne Wohn. v. 80-250 Thlr. bald z. verm.

Gelle Geschäftsräume

in der ersten Etage, Schweidnitzer-
Zunfer-, Ohlauerstraße, Blücher-
platz oder Ring, werden per 1. Juli a. o. zu mieten gesucht.
Offerten erbeten unter Chiffre S. 40 Briefkasten der Bresl. Ztg.

Telegraphische Witterungsberichte vom 4. April.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort

Bar. d. d. Gr.

Temperat.

Wind.

Wetter.

Bemerkungen.

Mullaghamore. 743 7 NW 6 bedeckt.

Aberdeen. 747 3 OSO 7 bedeckt.

Christiansund. 756 3 OSO 4 bedeckt.

Kopenhagen. 754 -1 SO 2 Nebel.

Stockholm. 756 -1 O 2 bedeckt.

Haparanda. 765 -2 still heiter.

Petersburg. 761 -1 still Nebel.

Moskau. 758 -2 NW 1 Nebel.

Cork, Queenst. 745 8 NW 6 heiter.

Cherbourg. 748 7 W 3 Regen.

Helder. 748 3 SO 2 Regen.

Sylt. 752 3 S 1 wolkig.

Hamburg. 753 1 S 1 Nebel.

Swinemünde. 755 -1 still bedeckt.

Neufahrwasser. 752 0 NNW 4 Schnee.

Memel. 754 2 O 3 bedeckt.

Paris. 752 1 S 2 h. bedeckt.

Münster. 754 4 NO 1 wolkig.

Karlsruhe. 753 3 W 2 bedeckt.

Wiesbaden. 755 1 SW 4 wolkenlos.

München. 755 1 SW 3 h. bedeckt.

Chemnitz. 754 3 still wolkenlos.

Berlin. 753 2 NW 4 h. bedeckt.

Wien. 753 1 NW 3 bedeckt.

Breslau. 753 1 NW 3 bedeckt.

Isle d'Aix. 754 6 still wolkenlos.

Nizza. 754 6 still wolkenlos.

Triest. 754 6 still wolkenlos.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach

4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm

10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.
Tiefe Minima liegen über der Irischen See und über Ungarn, getrennt
durch eine breite Zone relativ hohen Luftdruckes, welcher sich von
Nordeuropa südwärts über Deutschland hinaus nach den Alpen erstreckt.
Ueber Centraleuropa ist das Wetter ruhig, theils heiter, theils neblig,
ohne erhebliche Aenderungen der Temperatur. In Deutschland haben
fast überall Nachfröste stattgefunden. Budapest meldet 39 mm Regen.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles;

für das Feuilleton: Karl Vollrath;

für den Inseratenteil: Oscar Meltzer; sämtlich in Breslau.

Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.